



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
3. September 2020

Protokoll Nr. 46

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 04. Juni 2020, 08.15–18.00 Uhr
im Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal

Vorsitz:
Ratspräsident Albert Schwarzenbach

Präsenz:
Anwesend sind 45-46 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:
Reto Biesser, Adrian Achermann (ganzer Tag)
Christov Rolla (Vormittag)

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.
Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki ist ab 15 Uhr
entschuldigt.

Protokoll:
Karin Spinnler Schmid / Barbara Sabel

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	4
2. Blick über den Tellerrand Gast: Einwohnerratspräsidentin Horw, Rita Wyss	5
3. Bericht und Antrag 7/2020 vom 11. März 2020: Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtauto- bahn»	8
4. Bevölkerungsantrag 362, Guerino Riva, Barbara Seiler und Ruedi Schmidig na- mens der Antragstellenden vom 9. Dezember 2019: Es bleibt dabei: SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisaus- bau	16
5. Bericht und Antrag 19/2020 vom 22. Mai 2020: Sonder- und Nachtragskredite zum Budget 2020 aufgrund der Corona-Pandemie ▪ Kompensation von Billettsteuer-Ausfällen ▪ Ausfallentschädigung Spielgruppen	17

	▪ Abbau Bearbeitungsstau bei pendenten Baugesuchen und Baukontrollen ▪ Taskforce Detailhandel ▪ Unterstützungsbeitrag Luzern Tourismus AG	
6.	Bericht und Antrag 6/2020 vom 4. März 2020: Ersatzbeschaffung Lösch- und Rettungsboot Sonder- und Nachtragskredit	38
7.	Bericht und Antrag 11/2020 vom 1. April 2020: Baurecht Warteggstollen Abgabe der Grundstücke 2344, 1373 und 1370, GB Luzern, linkes Ufer, im Baurecht an die ewl Rechenzentrum AG	46
-	Dringliches Postulat 414, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 6. Mai 2020: Kreditorenrechnungen so schnell wie möglich bezahlen	49
-	Dringliche Interpellation 416, Andreas Felder und Peter Gmür namens der CVP-Fraktion vom 12. Mai 2020: Wie geht es wirtschaftlich in der Stadt Luzern weiter?	50
-	Dringliches Postulat 417, Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 13. Mai 2020: Mobile Sitzgelegenheiten und vorübergehende Begrünung von ungebrauch- ten Car-Parkplätzen	57
-	Dringliches Postulat 422, Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 25. Mai 2020: Badeinfrastruktur im Sommer 2020 erweitern	61
8.	Ombudsstelle der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2019	65
9.	Bericht und Antrag 8/2020 vom 18. März 2020: Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern Luzerner Theater Teil Planungsbericht ▪ Evaluation Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern ▪ Ergebnis Testplanungsverfahren Theaterplatz und Vorschlag für das wei- tere Vorgehen Teil Bericht und Antrag ▪ Übergangsfinanzierung Zweckverband für die Jahre 2021 und 2022	66
10.	Postulat 402, Irina Studhalter und Mirjam Landwehr namens der G/JG-Fraktion vom 27. April 2020: Die Lunge der Stadt retten: Keine Lüftungszentrale im Gütschwald	79

11.	Interpellation 325, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 19. September 2019: Erneuerbare Energien im Produktmix der ewl	83	
12.	Interpellation 326, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 23. September 2019: Veloparkplätze am Bahnhof Luzern	85	
13.	Postulat 328, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 26. September 2019: Veloparkierung – Es braucht eine Diskussion über die Bewirtschaftung	86	
14.	Postulat 327, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion vom 23. September 2019: Den Erfolg weiterführen – gute Sitzmöglichkeiten in der Stadt	90	
15.	Postulat 353, Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. November 2019: Obstbäume für die Bevölkerung	90	
16.	Postulat 346, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 31. Oktober 2019: Grünstadt-Label Gold in Luzern als erste Stadt anstreben	94	
17.	Interpellation 365, Claudio Soldati und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 17. Dezember 2019: Chlorothalonil-Rückstände im Wasser – Können wir Luzerner Trinkwasser unbedenklich konsumieren?	97	
18.	Postulat 338, Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion, Mirjam Landwehr und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion sowie Daniel Lütolf und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 23. Oktober 2019: Tempo 30 nachts	97	
19.	Postulat 330, Marco Baumann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Agnes Keller-Bucher und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion sowie Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 3. Oktober 2019: Parkplatzlösung für Stadtluzerner Vereine schaffen		Wurde aus zeitlichen Gründen auf die nächste Ratssitzung verschoben
20.	Postulat 376, Mirjam Landwehr und Heidi Rast namens der G/JG-Fraktion vom 20. Januar 2020: Schulareale als wichtigen Teil des öffentlichen Raums anerkennen		Wurde aus zeitlichen Gründen auf die nächste Ratssitzung verschoben

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Albert Schwarzenbach begrüsst zur heutigen Ratssitzung und spricht gleich zu Beginn sein blaues Auge an, welches unübersehbar ist und welches er sich bei einem Joggingunfall zugezogen hat. Sonst ist er aber wohlauf und er freut sich auf die Sitzung.

Zunächst werden allgemeine Informationen dargelegt: Aufgrund der Corona-Schutzmassnahmen muss auf eine gemeinsame Kaffeepause verzichtet werden. Zudem darf der Saal gleichzeitig nicht von mehr als zwei Personen verlassen werden. Aus Sicherheitsgründen sind offiziell keine Gäste zugelassen. Das Publikum ist beschränkt auf die Medien und auf eine Zweierdelegation des Initiativkomitees. Dafür wird die Sitzung als Livestream übertragen. Der Sprechende dankt Regisseur Peter Soland, der von Dominique Schaubert unterstützt wird, für seine Arbeit, die er ausnahmsweise nicht für den Regierungsrat, sondern für den Grossen Stadtrat macht. Nach der Mittagspause, so meldet der Sprechende weiter, wird das Zentralschweizer Fernsehen Tele 1 Filmaufnahmen zum Geschäft «Luzerner Theater» erstellen.

Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Zu den vier als dringlich eingereichten Vorstössen

- Dringliches Postulat 414, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 6. Mai 2020:
Kreditorenrechnungen so schnell wie möglich bezahlen.
- Dringliche Interpellation 416, Andreas Felder und Peter Gmür namens der CVP-Fraktion vom 12. Mai 2020:
Wie geht es wirtschaftlich in der Stadt Luzern weiter?
- Dringliches Postulat 417, Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 13. Mai 2020:
Mobile Sitzgelegenheiten und vorübergehende Begrünung von ungebrauchten Car-Parkplätzen.
- Dringliches Postulat 422, Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 25. Mai 2020:
Badeinfrastruktur im Sommer 2020 erweitern.

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit dieser vier Vorstösse nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit der vier Vorstösse ist somit beschlossen

Sie werden nach der Mittagspause behandelt.

Die Antworten des Stadtrates werden nun für die Ratsmitglieder und die Medienschaffenden elektronisch aufgeschaltet.

2 Blick über den Tellerrand

Gast: Einwohnerratspräsidentin Horw, Rita Wyss

Ratspräsident Albert Schwarzenbach: Im Rahmen der Aktion «Blick über den Tellerrand» darf er heute zum dritten Mal einen Gast begrüßen: Rita Wyss, Einwohnerratspräsidentin der Gemeinde Horw. Das erste Mal war Roger Erni, ein Freisinniger, zu Gast, das zweite Mal Marta Eschmann von der CVP und heute Rita Wyss von der L20. Wie bei den vorherigen Malen ist auch Rita Wyss frei in dem, was sie sagen möchte, der Ratspräsident hat ihr keine Vorgaben gemacht. Albert Schwarzenbach heisst Rita Wyss herzlich willkommen und lädt sie ein, das Wort zu ergreifen.

Einwohnerratspräsidentin Horw, Rita Wyss bedankt sich herzlich für die Einladung, hier im Grossen Stadtrat zu Luzern sprechen zu dürfen und überbringt den Parlamentarierinnen und Parlamentariern die besten Grüsse von der Horwer Gemeinde, d.h. von den Einwohnerrätinnen und -räten und allen Horwerinnen und Horwern. Rita Wyss begrüsst die Initiative des Ratspräsidenten Albert Schwarzenbach zu diesem Austausch auf parlamentarischer Ebene ausserordentlich. Er ist wichtig, weil die Gemeindeparlamente kaum je miteinander zu tun haben.

«Über den Tellerrand schauen», so heisst die Leitidee für den Besuch der Ratspräsidentinnen und -präsidenten aus der Agglomeration. Dies wirft einige Fragen auf – praktische für die Rede der Sprechenden, aber auch grundlegende Fragen zum Verhältnis in der Agglomeration. In praktischer Hinsicht: Soll sie als Ratspräsidentin über den Tellerrand schauen, dann berichtet sie dem Grossen Stadtrat über die Stadt Luzern – allenfalls über Kriens oder Hergiswil. Doch über die Stadt wissen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ja bestens Bescheid. Vielmehr möchten sie wohl von ennet dem Tellerrand der Stadt hören. Doch – hier beginnt das Generelle – leben Horwerinnen und Horwer ennet dem Tellerrand? Beziehungsweise ennet welchem? Wo liegt die Grenze von was? Von der Stadt? Von der Agglomeration? Schon für viele Horwerinnen und Horwer ist es nicht einfach, die Horwer Grenzen zu bezeichnen, die Stadtluzernerinnen und Luzerner werden da schon mehr Mühe haben, geschweige denn Auswärtige. Die Biregg hat ebenso eine Luzerner Postleitzahl wie St. Niklausen. Wo die Grenze genau verläuft, erfahren Neuzugezogene manchmal erst, wenn sie sich fälschlicherweise in der Stadt anmelden möchten. Ähnliches gilt auch für die Krienser Kuonimatt. Dies ist aber nicht etwa das Resultat der jüngsten Siedlungsentwicklung, sondern schon seit Mitte des letzten Jahrhunderts so, als diese Quartiere entstanden sind. An anderen Stellen ist die Grenze zwischen den Gemeinden gut erkennbar: Natürlich entlang des Sees, an dem Horw das längste Ufer hat. Andererseits stehen etwa der Pilatusmarkt, der Ökihof, die Hochhäuser auf der Allmend oder die Pilatusarena, die bald in Angriff genommen wird, praktisch auf der Grenze.

In den letzten Jahrzehnten wurden unliebsame Nutzungen gerne weit an die Peripherie verlagert oder – um das Bild des Tellerrandes zu bemühen – wie Fischgräten am Tellerrand platziert. Der Dialog mit den Nachbarn war dabei – um es elegant auszudrücken – unterschiedlich intensiv. Vielleicht liegt es am Arbeitsort des Präsidenten Albert Schwarzenbach, dass er den aktuellen nachbarschaftlichen Dialog zwischen den Parlamenten initiiert hat. Täglich hat er die Allmend vor Augen, die sich rasant zu einem neuen Stadtzentrum entwickelt, eines von verschiedenen Zentren der zunehmend polyzentrischen Agglomeration. Wer heute vom Horwer Kirchfeld oder vom Pilatushang auf den Talboden zwischen Horw, Kriens und Luzern blickt, wird das Zentrum just dort

vermuten, wo sich die drei Gemeinden treffen – nämlich Downtown Mattenhof. Die Peripherie wird also zu einem der neuen Zentren. Diese Agglomerationsstruktur mit Luzern Süd, Nord und Ost verlangt nicht nur den Blick über den Tellerrand hinaus – vielmehr verlangt sie einen eigentlichen Perspektivenwechsel.

Am Rand der Agglomeration gelegen, sind Horwerinnen und Horwer es gewohnt, auch das politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen im bisherigen Stadtzentrum mitzuverfolgen. Auf dem Arbeitsweg der Sprechenden nach Ebikon durchquert sie täglich zweimal die Stadt mit dem Velo und erlebt so die Entwicklungen hautnah. Dabei stellt Rita Wyss auch täglich fest, dass es von Horw ins Stadtzentrum gleich weit ist wie von dort zurück nach Horw. Eine Erkenntnis, die die Horwerinnen und Horwer manchmal vermissen und die manchmal auch amüsiert. So zum Beispiel während der Debatte um Boa und Südpol. Damals wurde der Weg von der Stadt Luzern zum Südpol – in die sogenannte Peripherie – tatsächlich als unzumutbar ins Feld geführt, obwohl er nur ein paar Minuten länger dauert als in die Boa. Dass es hingegen immer wieder gelang, Stadtluzernerinnen und -luzerner ins Kulturlokal Zwischenbühne zu locken, ist da schon ein Meisterstück. Inzwischen finden die Stadtluzernerinnen und -luzerner den Weg nicht nur in den Südpol und die Musikschule, sondern immer mehr – und in Zukunft noch häufiger – in den Campus der Hochschule. Dabei haben sie auch festgestellt, dass das Freigleis nicht nach Horw, sondern nach Kriens führt – ein wichtiger Grund, weshalb sich Horw nicht an der Finanzierung hat beteiligen wollen, auch wenn die L2O-Partei anderer Meinung gewesen ist.

Vorbildlich hat sich die Stadt Luzern um die Umnutzung und Renaturierung des Waffenplatzes gekümmert und – zu grossen Teilen auf Horwer Boden – ein wunderschönes Erholungs- und Naturgebiet geschaffen. Dazu gratuliert und dankt die Sprechende im Namen der Horwer Bevölkerung ganz herzlich.

So zeigt sich auch, dass die Horwerinnen und Horwer inzwischen «*Agglomeration können*» – aber doch nicht ganz: Luzern Süd hat zwar zur näheren Zusammenarbeit geführt, ist aber aufgrund der Organisationsstruktur für die meisten fremd geblieben. Gerade in Bezug auf die Siedlungsqualität sind Chancen verpasst worden. Öffentliche Infrastruktur und Grünräume fehlen. Die Stadt- und Gemeinderäte haben sich zu wenig eingebracht – vermutlich aufgrund der peripheren Lage Schlund – die Parlamente blieben weitgehend aussen vor. Hier gilt es sicher die Lehren zu ziehen und künftige strukturell nachzubessern. Einige grössere Projekte sind noch im Gange oder stehen bevor: In Horw betrifft dies etwa die Realisation von «Horw Mitte», die Erweiterung des Hochschulcampus, aber auch die Aufwertung des Gebietes am See. Mit Horw Mitte konzentriert Horw seine Entwicklung – ganz im Sinne der Siedlungsentwicklung nach innen und vergleichbar mit dem Mattenhof – rund um den Bahnhof.

Horw hat dabei nicht erst in jüngster Zeit im Sinne des Raumplanungsgesetzes gearbeitet. Schon in den 1980er-Jahren hat es die Kapazität der Bauzonen um rund die Hälfte reduziert, unter anderem nachdem die Bevölkerung die Initiativen des Vereins Pro Halbinsel Horw zur Freihaltung der Horwer Halbinsel unterstützt hatte. Horw hatte nämlich in den 1960er-Jahren, in der Wachstumseuphorie, eine Bauzonenkapazität von rund 30'000 Einwohnern, – heute jedoch, bei einer Bevölkerung von 14'000, noch für rund 16'000 Einwohner. Man sieht also: Horw hat seine Hausaufgaben diesbezüglich gemacht. Die Bevölkerung hat seither diese gezielte Redimensionierungs-Politik immer wieder unterstützt. Und das prächtige Naherholungsgebiet Horwer Halbinsel, das auch die Stadtluzernerinnen und -luzerner geniessen, ist seither unangetastet geblieben.

Der Campus Horw der Hochschule wird einen weiteren Entwicklungsschub für die Siedlung geben. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Qualität für dieses Gebiet mittendrin eine wichtige Rolle spielt – und die Schaffung einer zusätzlichen S-Bahn-Haltestelle würde bezüglich der Mobilität einen Quantensprung bedeuten – für den Campus, die Quartiere und die Naherholung. Die Aufwertungen im Bereich der Horwer Bucht werden aktuell unter dem Titel «Horw See» von LuzernPlus planerisch bearbeitet. Dieses Planungsprojekt wird wohl noch mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen als die Siedlungsprojekte.

Im Bereich des Seeufers mit dem wichtigen und national geschützten Steinbachried treffen zahlreiche Nutzungsansprüche aufeinander: Sport, Erholung, Naturschutz – von Einheimischen und Auswärtigen. Diese Perle richtig zu fassen ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie dürfte auch sehr viele Emotionen wecken, hat dieses Gebiet doch für viele Horwerinnen und Horwer einen hohen Identifikationswert, den es zu berücksichtigen gilt. Bei der Lösung dieser Aufgabe können die Stadt Luzern und Horw gewiss von einander lernen, hat doch die Stadt Luzern mit der Allmend Erfahrungen gesammelt und ist sie mit der Gestaltung des linken Seeufers mit ähnlichen Herausforderungen befasst. Wenn es gelingt, diese Aufgabe gut zu lösen, wird dieses Gebiet längerfristig zu einem Gewinn für die gesamte Agglomeration.

Insgesamt ist die Naherholung eines der wichtigen Themen der regionalen Zusammenarbeit. Nur nebenbei erwähnt auch im Bireggwald, wo Spaziergängerinnen, Biker, Hunde- und Waldbesitzende mitten im wichtigen Lebensraum von Pflanzen und Tieren in Nutzungskonflikte geraten. Die Nah- und Nächsterholung prägt die Qualität des Lebensraums Agglomeration. Die Verantwortung für die Qualität des öffentlichen Raums liegt in erster Linie bei den einzelnen Gemeinden bzw. Städten; davon profitieren kann aber die Bevölkerung der gesamten Agglomeration. Deshalb gilt es, diesem Aspekt in der regionalen Zusammenarbeit auch mehr Gewicht zu verleihen. Im Zusammenhang mit der polyzentrischen Struktur wird uns auch der Detailhandel und die Gastronomie als gemeinsames Problem beschäftigen.

Wie gestalten wir alle diese Zentren bei der – bereits ohne Corona-Pandemie – bestehenden Krise des Detailhandels? Welche Nutzungen können künftig die Erdgeschosse dieser Zentren mit Leben füllen? Welche Nutzungsmodelle sind geeignet? Diese Fragen beschäftigen die Agglomerationsgemeinden gleichermassen und die Antworten dazu sind dringend nötig.

Insgesamt hat Horw in den vergangenen Jahrzehnten die Koordination und die Zusammenarbeit in einigen Bereichen geübt, vor allem im Rahmen von Luzern Süd, aber auch im Sozialbereich, im Kulturbereich, schon sehr lange bei REAL, mit dem Zivilschutz und der regionalen Schiessanlage, im Sicherheitsbereich sowie natürlich im öffentlichen Verkehr.

Wir können also Agglomeration, aber doch noch nicht ganz. Das Projekt «Starke Stadtregion Luzern», das wesentlich von der Fusionsfrage geprägt war, hat den Dialog letztlich nicht gefördert. Eine intensivierte Koordination hat jedoch erfolgreiche Projekte hervorgebracht, ist aber auch kompliziert und hat viele Schnittstellen. Und es fehlt eine parlamentarische Abstützung. Für die Zukunft gilt es deshalb, diese Koordination zu optimieren. Es gilt auch Lösungen zu finden, um eine starke Öffentlichkeit für den Dialog in der Agglomeration zu schaffen. In diesem Sinne sind die gegenseitigen Besuche der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten ein notwendiger, aber kein ausreichender Schritt. Es sind Ideen gefragt, wie der Dialog intensiviert werden kann, ohne gleich am nächsten Tellerrand zu scheitern. Rita Wyss bedankt sich für die Aufmerksamkeit und wünscht den Parlamentarierinnen und Parlamentariern eine gute Sitzung [Langandauernder Applaus].

Rita Wyss überreicht Ratspräsident Albert Schwarzenbach im Anschluss an ihre Rede ein Geschenk. Es sind verschiedene Köstlichkeiten von der Horwer Halbinsel, welche der Sprechenden, man hat es im Referat gehört, sehr am Herzen liegt. Zudem lädt Rita Wyss den gesamten Grossen Stadtrat zu einer Veranstaltung in die Zwischenbühne Horw ein, sobald Corona dies wieder zulässt.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach bedankt sich für die sehr sympathischen Worte und das Geschenk und freut sich auf den für das ganze Parlament in Aussicht gestellten Anlass in der Zwischenbühne Horw.

3 Bericht und Antrag 7/2020 vom 11. März 2020: Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn»

Ratspräsident Albert Schwarzenbach schlägt vor, den Bericht und Antrag 7/2020: Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn» zusammen mit dem Bevölkerungsantrag 362: «Es bleibt dabei: SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau» zu behandeln, weil sie thematisch nah beieinanderliegen.

EINTRETEN

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Baukommission hat den Bericht und Antrag zur Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn» sowie den Bevölkerungsantrag «Es bleibt dabei: SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau» an ihrer Sitzung vom 7. Mai 2020 beraten.

Die Baukommission empfing mehrere Vertreterinnen und Vertreter des Bevölkerungsantrags sowie eine Vertreterin des Initiativkomitees. Vor allem seit der Einreichung der Initiative am 24. April 2019 hat sich einiges bewegt. Das Projekt «Spange Nord» beinhaltet heute vor allem noch den Bau einer neuen Reussportbrücke und verschiedene Basisausbauten. Die Baukommission war sich grossmehrheitlich einig darüber, dass der Bau der Reussportbrücke, vor allem für den öffentlichen Verkehr, keinen oder zu wenig Nutzen bringt. Die Eingriffe in verschiedene Wohnquartiere wären indessen sehr gross. Sehr positiv beurteilt wurde hingegen der inzwischen verstärkte gute Dialog zwischen der Stadt und dem Kanton im Hinblick auf ein zukunftsgerichtetes gemeinsames Mobilitätskonzept. Eine gemeinsame Planung des weiteren Vorgehens, gestützt auf aktuelle Zahlen und Entwicklungen, wäre unbedingt anzustreben. Die Initiative wird von der Baukommission als gültig erachtet und der Stimmbevölkerung mehrheitlich zur Annahme empfohlen. Ein Teil der Baukommission hätte aufgrund der Entwicklungen des Projekts den Rückzug der Initiative als angebracht erachtet. Der Bevölkerungsantrag, der sich auf das aktualisierte Projekt bezieht, wurde hingegen grossmehrheitlich entgegengenommen.

Rieska Dommann: Im Mai 2018 bewilligte der Kantonsrat den Sonderkredit für die Planung der Spange Nord. Auf Antrag der FDP-Fraktion beauftragte er den Regierungsrat zudem u. a. damit, alternative Ideen, einen Verzicht auf den Bau der Brücke über die Reuss und sogar einen Verzicht auf den Bau der Spange Nord zu prüfen. Die FDP-Fraktion im Kantonsrat hatte die Ängste der betroffenen Bevölkerung in den Quartieren von Anfang an ernst genommen und eine unabhängige, neutrale Überprüfung des Projekts ermöglicht. Das Ergebnis der Überprüfung ist allen bekannt. Das Projekt Spange Nord ist in dieser Ausprägung vom Tisch. Vom ursprünglichen Projekt ist nur noch die Reussportbrücke übriggeblieben. Allerdings stösst auch dieses Projekt auf erheblichen Widerstand, insbesondere im betroffenen Quartier.

Der Kanton Luzern hat signalisiert, dass er, zusammen mit der Stadt und weiteren Gemeinden, ein umfassendes Mobilitätskonzept erarbeiten will. Die FDP-Fraktion begrüsst diesen Schritt sehr. Wir brauchen unbedingt eine gemeinsame verkehrspolitische Strategie, welche die heutigen und die zukünftigen Anforderungen an die Mobilität berücksichtigt. Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich weiterhin offen gegenüber Infrastrukturprojekten und ist der Auffassung, dass diese punktuell auch nötig sein werden, denn die Stadt muss auch in Zukunft für unterschiedliche Verkehrsträger erreichbar sein.

Das Anliegen der Initianten, die Spange Nord zu stoppen, ist inzwischen erfüllt, das Ziel erreicht. Die FDP-Fraktion würde deshalb einen Rückzug der Initiative begrüssen, ja eigentlich erwarten. Ein Abstimmungskampf über ein Projekt, das vom Tisch ist, ergibt keinen Sinn. Im Gegenteil: eine Abstimmung kostet auch Geld. Wir sollten aber gerade in der aktuellen Situation darauf verzichten, Geld, ohne jeglichen Nutzen, auszugeben.

Die FDP-Fraktion ist froh, dass zwischen der Stadt und dem Kanton Konsens herrscht über die nächsten Schritte und dass der Kanton Offenheit signalisiert, um mit der Stadt gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Diesen Weg müssen wir nun beschreiten. Die FDP-Fraktion erklärt die Initiative als gültig. Weil es keinen Sinn ergibt, über ein Projekt abzustimmen, das gar nicht mehr geplant wird, wird sich die FDP-Fraktion der Stimme enthalten.

Zum Bevölkerungsantrag 362: «Es bleibt dabei: SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau»: Die FDP-Fraktion steht einer Reussportbrücke skeptisch gegenüber, welche nicht in eine gemeinsame Strategie eingebunden ist und die nicht auf einem zukunftsgerichteten Mobilitätskonzept basiert. Zudem machen die Anwohnerinnen und Anwohner zurecht aufmerksam auf negative Auswirkungen im Quartier und auch aus Sicht der FDP-Fraktion erscheint der Nutzen, zumal für den öffentlichen Verkehr, viel zu gering, als dass ein solcher Eingriff im Quartier gerechtfertigt wäre. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb die Überweisung des Bevölkerungsantrags als Postulat.

Peter Gmür: Die CVP-Fraktion steht dem Projekt «Spange Nord» seit Beginn relativ kritisch und skeptisch gegenüber. Bekanntlich hat die CVP-Fraktion im Kantonsrat eine Motion eingereicht, um eine Verbesserung herbeizuführen. Es ist für die Fraktion nicht ganz nachvollziehbar, dass man vorgibt, die Stadt entlasten zu wollen, was eigentlich auch nicht so schlecht wäre, aber im Endeffekt würde trotzdem ein grosser Teil der Stadt belastet. Für gewisse Leute in der Regierung ist halt nicht ganz klar, dass die Stadt Luzern nicht nur aus der Seebrücke besteht. Gegen das Projekt «Spange Nord» wurde bekanntlich eine Initiative lanciert. Der Kanton zog das Projekt richtigerweise zurück und präsentierte ein neues Projekt, unter neuem Namen, das mit dem alten nicht mehr viel zu tun. Deshalb ist die Initiative eigentlich obsolet. Die CVP-Fraktion erwartet, dass die

Initianten die Initiative zurückziehen. Alles andere wäre eine Zwängerei, eine reine Geldverschwendung und eine Profilierung auf Kosten der Bevölkerung. Es macht keinen Sinn, eine Abstimmung über ein Projekt zu führen, das bereits tot ist. Die Leute würden hinters Licht geführt, weil man ja für ein anderes Projekt Unterschriften sammelte. Das ist nicht ehrlich. Auf der anderen Seite ist es nicht zielführend, sämtliche Projekte des Kantons einfach abzulehnen und trotzdem tagein, tagaus von Dialog und Lösungen zu sprechen. Aber Vorschläge, wie man das irgendwie lösen möchte, gibt es nicht.

Der Bevölkerungsantrag ist für den Sprechenden nachvollziehbar. Der Nutzen ist aber relativ gering. Überhaupt ist für den Sprechenden der Nutzen des gesamten Projekts nicht gut ersichtlich. Wichtig ist nun aber, dass nicht nur der Kanton, sondern auch die Stadt bereit ist, ehrlich in den Dialog zu treten. Die Stadt muss sich im Klaren sein, dass sie nicht einfach eine Mauer um Luzern bauen und meinen kann, die anderen würden das Problem lösen. Grundsätzlich ist die CVP-Fraktion der Ansicht, man müsse punktuell in der Infrastruktur eine Anpassung machen. Aufgrund dessen, dass man eigentlich erwartet, dass die Initianten die Initiative zurückziehen, lehnt die CVP-Fraktion die Initiative ab und stimmt dem Bericht und Antrag zu.

Oliver Heeb: Die SVP-Fraktion kam nach längerer Diskussion zur Schlussfolgerung, dass sich die Initiative auf einen Abstimmungsgegenstand bezieht, der in dieser Form gar nicht mehr existent ist. Die Initiative bezieht sich auf das ursprüngliche Projekt «Spange-Nord», das verschiedene Komponenten beinhaltete. Die Initiative kann aus Sicht der SVP-Fraktion somit nicht gültig sein, weil über etwas abgestimmt werden soll, was es in der ursprünglichen Form gar nicht mehr gibt. Würde die Initiative so zur Abstimmung kommen, könnte fälschlicherweise die Ansicht aufkommen oder vertreten werden, dass nun auch über die «Bestvariante Reussportbrücke» abgestimmt wird.

Bei der Abstimmung zur Empfehlung wird sich die Fraktion der Stimme enthalten. Das, als logische Konsequenz, da es der SVP-Fraktion nicht möglich ist, eine Abstimmungsempfehlung über etwas abzugeben, worüber gar nicht mehr abgestimmt werden kann.

Zusammenfassend: Die SVP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten. Die Gültigkeit der Initiative wird abgelehnt und bei der Empfehlung zur Annahme der Initiative wird sich die SVP-Fraktion der Stimme enthalten.

Zum Bevölkerungsantrag 362: «Es bleibt dabei: SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau»: Im Gegensatz zur Initiative, die sich auf das ehemalige Projekt «Spange Nord» bezieht bzw. bezogen hat, geht es beim Bevölkerungsantrag um das Folgeprojekt «Bestvariante Reussportbrücke». Die SVP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die ehemaligen Vorteile und Verkehrsentlastungen der «Spange Nord» nicht mehr im gleichen Umfang gegeben sind. Auch innerhalb der SVP-Fraktion wird die Abwägung von Kosten und Nutzen einer Reussportbrücke unterschiedlich und kontrovers beurteilt. Dennoch ist der Bevölkerungsantrag zu eng gefasst. Es geht nicht nur um das endgültige Verhindern der Reussportbrücke, sondern auch der Basisausbauten. Unter dieser neuen Ausgangslage ist die Forderung nach einer durchgehenden Busspur Kriens – Luzernerhof, also auch die Sperrung zweier Fahrbahnen auf der Seebrücke, keine Option, die aktuell durchgesetzt werden kann. Positiv beurteilt die SVP-Fraktion den Austausch, den Dialog zwischen Stadt, Kanton und dem Bund bei diesen Verkehrsprojekten. Das ist der Weg in die Zukunft. Die SVP-Fraktion beantragt, den Bevölkerungsantrag 362 abzulehnen.

Daniel Lütolf bedankt sich im Namen der GLP-Fraktion bei den Initianten für ihren Einsatz bezüglich der Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn». Die GLP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und ihm zustimmen.

Es gibt in der Tat Situationen und Momente – das kennen sicher ganz viele von uns – in denen nichts tun durchaus sinnvoller und zielführender ist, als einen Unsinn zu machen. Im Fall Spange Nord und Reussportbrücke ist das genauso. Ausnahmsweise ist nichts machen – zumindest in baulicher und verkehrstechnischer Hinsicht und für die Quartiere und deren Bewohnerinnen und Bewohner – die wesentlich bessere Lösung.

Der Stadtrat äusserte sich in seinen Stellungnahmen zur Spange Nord stets kritisch, da er der Ansicht ist, dass ein solcher Eingriff in den städtischen Siedlungsraum und den Naherholungsraum Reuss/Rotsee nicht stadtverträglich ist. Der Sprechende geht einen Schritt weiter und sagt, dass beide Vorhaben ein Schwachsinn sind. Die GLP-Fraktion will weder die Spange Nord noch die Reussportbrücke. Die GLP-Fraktion will eine zukunftsorientierte Stadt Luzern. Das wollen auch viele engagierte Bürgerinnen und Bürger; über 3'500 Unterschriften konnten gesammelt werden. Das ist ein grosser Erfolg und der Sprechende gratuliert dafür. Es ist ein grosses Bekenntnis für die Erhaltung der Lebensqualität in der Stadt Luzern. Der Sprechende dankt an dieser Stelle auch all den engagierten Personen und Organisationen, welche sich für eine moderne und zukunftsgerichtete Stadt Luzern einsetzen, ohne sinnfreie Spange Nord und ohne ergebnisfreie Reussportbrücke. Die GLP-Fraktion wird auf den vorliegenden Bericht und Antrag eintreten und empfiehlt die Annahme der Initiative. Die Fraktion nimmt auch den als Postulat zu behandelnden Bevölkerungsantrag 362: «Es bleibt dabei: SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau» entgegen.

Yannick Gauch: Die SP/JUSO-Fraktion dankt den verantwortlichen Personen aus der Verwaltung für den vorliegenden Bericht und Antrag zur Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn» und auch für den Bevölkerungsantrag 362.

Die Planung der «Spange Nord/Reussportbrücke» bewegt die städtische Bevölkerung wie nur wenig andere kommunale Themen. Das zeigt nicht nur die Rekordanzahl von über 3'500 gültigen Unterschriften, es genügt schon ein Spaziergang durch die direkt betroffenen Quartiere. Innert kürzester Zeit erblickt man hunderte von Fahnen und Banner gegen das Verkehrsprojekt aus längst vergangenen Tagen. Dass sich die SP/JUSO-Fraktion als ökologische und zukunftsorientierte Partei an vorderster Front gegen eine «Spange Nord/Reussportbrücke» wehrt, mag wohl nicht weiter erstaunen und ist der Grund für die vorliegende Volksinitiative. Die Einschätzungen der Stadt zu dieser Initiative freut die SP/JUSO-Fraktion sehr und zeugt von einer konsequenten Haltung in der Mobilitätsfrage – sie machen die Politik des Stadtrates glaubwürdig und stärken das Vertrauen, dass man den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen will.

Dass man in Zukunft vermehrt mit angebots- statt nachfrageorientierten Planungsansätzen die klimapolitischen Ziele erreichen will, unterstützt die SP/JUSO-Fraktion in aller Form. Genau dieser Grundsatz widerspiegelt die Politik der ökologischen Parteien und wird auch von der SP/JUSO-Fraktion seit Jahren propagiert.

Denn: Wie der Stadtrat im Bericht und Antrag richtig feststellt, führt die sogenannte «Bestvariante» kaum zu einer Entlastung der Innenstadt oder zu einem nachhaltigeren Projekt. Im Gegenteil:

Durch den Wegfall der durchgehenden Busspur «Kupferhammer – Luzernerhof» verliert der geplante «Beton-Koloss» sogar noch seinen kleinen grünen Mantel und entpuppt sich spätestens jetzt als reines Autoprojekt aus längst vergangenen Tagen. So widerspricht der geplante Ausbau der Strassenkapazitäten dem Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität und unterwandert alle klimapolitischen Ziele der Stadt und des Kantons Luzern. Spätestens seit den letzten Wahlen sollte allen hier im Parlament klar sein, dass ein solches Projekt diametral von den Werten und Haltungen der Luzerner Bevölkerung abweicht. Die Luzernerinnen und Luzerner stehen für eine ökologische und nachhaltige Zukunft und für eine Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität. Diese Politik und der eingeschlagene Weg bestätigte die Bevölkerung auch schon mehrfach an der Urne. Man denke z. B. an die Abstimmung über das «Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität», an die autofreie Bahnhofstrasse oder an die Inseli-Initiative. Auf der anderen Seite ist auch an die deutlich gescheiterte SVP-Initiative mit dem verführerischen Titel «Für einen flüssigen Verkehr» zu erinnern. Es ist Aufgabe der Stadt als Standortgemeinde, sich mit allen Mitteln gegen ein Projekt zu wehren, welches der städtischen Bevölkerung dermassen widerstrebt. Gerade weil es sich um ein kantonales Projekt handelt, ist es demokratiepolitisch besonders wichtig, dass sich die Bevölkerung der massgebend betroffenen Gemeinde vorgängig zum Projekt äussern kann. Das möchte die SP/JUSO-Fraktion der Bevölkerung mit der vorliegenden Initiative ermöglichen. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die Bemerkung «die Gültigkeit der Initiative [könnte] in einem Beschwerdefall als kritisch beurteilt werden» und auch andere Voten, die heute bezüglich des Titels dieser Initiative gefallen sind, die SP/JUSO-Fraktion irritieren. Für die Fraktion und für eine sehr grosse Mehrheit – der Sprechende ist sich sicher, dass es 99 % der über 3'500 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind – ist klar, dass die im Initiativtext erwähnten Quartiere nach wie vor massiv von einem Bau der «Reussportbrücke» und einem «Autobahnanschluss Lochhof» betroffen sind. Der Wille der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ist klar und unmissverständlich: Die Stadt Luzern soll sich für den Erhalt der Lebens- und Wohnqualität, in der von der Spange Nord bedrohten Quartiere einsetzen und die Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr (MIV) entlasten. Das soll sie machen, indem sie den öffentlichen Verkehr weiter fördert. Dass die Gültigkeit der Initiative überhaupt speziell erwähnt wird, ist für die SP/JUSO-Fraktion unverständlich und hat auch beim Initiativkomitee Kopfschütteln ausgelöst. Allgemein hätte sich die SP/JUSO-Fraktion gewünscht, dass man schon jetzt etwas mehr darauf eingegangen wäre, wie der Stadtrat vorhat, die Initiative umzusetzen bzw. wie auch die Lebens- und Aufenthaltsqualität in den betroffenen Quartieren weiter verbessert werden kann.

Im Grossen und Ganzen ist die SP/JUSO-Fraktion mit dem vorliegenden Bericht und Antrag sehr zufrieden. Die Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und ihm zustimmen.

Selbstverständlich wird die SP/JUSO-Fraktion auch den Bevölkerungsantrag 362: «Es bleibt dabei: SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau» unterstützen und als Postulat überweisen. Die Fraktion dankt den Initiantinnen und Initianten des Bevölkerungsantrags für ihr Engagement für eine lebenswerte Stadt Luzern. Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass sich der Stadtrat mit allen möglichen Mittel gegen eine «Spange Nord/Reussportbrücke» und gegen den geplanten Basisausbau zur Wehr setzen muss. Dass er das auch macht, in Form einer ablehnenden Vernehmlassungsantwort zuhanden des Kantons, gehört für die SP/JUSO-Fraktion selbstverständlich dazu.

Martin Abele: Die G/JG-Fraktion hat in diesem Rat schon mehrfach betont, dass sie die Pläne des Kantons sowohl für die Spange Nord wie auch für die neue Variante mit Basisausbau am Schlossberg und dem Bau einer Reussportbrücke ablehnt und bekämpft. In diesem Sinn hat die Fraktion auch immer den Bevölkerungsantrag aus Reihen der Gegenbewegung unterstützt. Entsprechend freut sie sich, dass der Stadtrat ihre Meinung teilt und die Anliegen des Bevölkerungsantrags unterstützt. Die G/JG-Fraktion ist auch einverstanden, dass die Initiative der SP/JUSO-Fraktion zur Annahme empfohlen wird. Diese Initiative heisst zwar im ersten Teil «Spange Nord stoppen»: Es ist allen bekannt, dass der Regierungsrat inzwischen vom ursprünglichen Projekt Spange Nord Abstand genommen hat und neu ein Projekt mit einem Basisausbau am Schlossberg und einer neuen Brücke im Reussport empfiehlt. Trotzdem ist die Initiative in den Augen der G/JG-Fraktion nicht obsolet, weil, wie es der Stadtrat im Bericht und Antrag schreibt, der Planungsbericht (Projektplanung Spange Nord) noch nicht vom Tisch ist und – und das wiegt besonders schwer –, weil die massiven Einschnitte für viele Luzerner Quartiere noch immer eine furchtbare Konsequenz der kantonalen Planung sind. Den Quartieren Maihof, Friedental, Fluhmühle und BaBeL und auch weiteren angrenzenden Quartieren droht weiterhin eine unzumutbare Belastung, ohne dass es einen Mehrwert für die Stadt, zum Beispiel durch eine merkliche Entlastung vom motorisierten Individualverkehr, bringt. Der zweite Teil der Initiative «Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn» ist also nach wie vor hoch aktuell und die Forderung darum wichtig.

Die G/JG-Fraktion ist froh um die sehr klare Haltung des Stadtrates zu den Plänen des Kantons, die er im Bericht und Antrag und in seiner Antwort zum Bevölkerungsantrag zum Ausdruck bringt. Die G/JG-Fraktion freut sich über das klare Bekenntnis für eine nachhaltige Mobilität und für eine Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr und auf umweltschonende Verkehrsmittel. Die Fraktion unterstützt auch ganz klar den angebots- statt nachfrageorientierten Ansatz, den der Stadtrat in seiner Mobilitätsstrategie fährt. Es braucht ganz einfach ein Umdenken: Nicht mehr die Nachfrage nach unbegrenzter Mobilität soll die Verkehrspolitik bestimmen, sondern das Wohl der Menschen, die hier leben. Intelligente, zukunftsweisende Lösungen im Sinne einer ökologischen und sozialverträglichen Mobilität sind gefragt. Die Initiative fordert von der Stadt Luzern, dass sie sich für die Lebens- und Wohnqualität in den von den kantonalen Ausbauplänen für die MIV-Infrastruktur bedrohten Quartiere einsetzt. Es ist wichtig, dass der Stadtrat sich für die Menschen in den betroffenen Quartieren engagiert. Die G/JG-Fraktion freut sich, dass sich der Stadtrat ganz dezidiert für den Verzicht auf die Spange Nord und die Reussportbrücke einsetzen will. Die Fraktion hofft sehr, dass die Strategie des Stadtrates aufgeht, indem er das Gespräch mit dem Kanton und insbesondere mit Regierungsrat Fabian Peter sucht. Unabhängig davon muss der Stadtrat auch rasch Lösungen für eine effektive Förderung des öffentlichen Verkehrs und für die Entlastung der Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr bringen. Das braucht einen zielgerichteten Umbau der heutigen Verkehrsinfrastrukturen in der Stadt. Es ist richtig, dass die Stadt für eine solche zukunftsweisende und nachhaltige Umorientierung Geld investiert. Die G/JG-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrates und unterstützt die Gültigerklärung der Initiative sowie die Empfehlung zur Annahme. Ebenfalls unterstützt die Fraktion selbstverständlich den Bevölkerungsantrag 362.

Peter Gmür meldet sich nochmals zu Wort und korrigiert sein vorhergehendes Votum: Die CVP-Fraktion nimmt die Initiative und den B+A 7/2020 selbstverständlich an. Der Sprechende entschuldigt sich für seine irrtümliche Aussage.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Die heutige Debatte hat eine sehr lange und auch eine sehr bewegte Vorgeschichte. Der Stadtrat brachte sich seit den Überlegungen des Kantons zum Projekt «Spange Nord» immer kritisch ein und forderte eine siedlungsverträgliche Lösung. Der Stadtrat formulierte Gelingensbedingungen. Als man im März 2018 sah, dass diese Bedingungen nicht erfüllt werden können, entschloss sich der Stadtrat, das Projekt abzulehnen. Das war eines der Elemente, welches viel Dynamik in die Diskussion brachte. Andererseits trug auch der Kantonsrat dazu bei: Der Sprechende war bei der Debatte im Mai 2018 anwesend, als beschlossen wurde, zwar den Planungskredit von sechs Millionen Franken freizugeben, aber gleichzeitig auch beschlossen wurde, grundsätzlich alles überprüfen zu lassen, bis hin zu einem Verzicht; also die ganze Palette. Der Kanton machte die Aufgabe sehr gut und fundiert. Darüber ist der Stadtrat sehr froh. Der Kanton kam dann zu einem anderen Schluss als in den vorderen sechs Jahren, als man sagte, die Spange Nord sei die Lösung. Man merkte, dass das vielleicht doch nicht die richtige Lösung ist. Der Stadtrat prüfte darauf den frischen Ansatz mit der Variante Reussportbrücke. Durch die nicht dringliche Beratung zum Bevölkerungsantrag erhielt der Stadtrat dafür etwas mehr Zeit. Einerseits konnte intern fachlich sauber geprüft werden, was die Auswirkungen der alternativen Projekte, der Variantenvorschläge bis hin zum Basisausbau, der ja auch über einen Bevölkerungsantrag zur Diskussion steht, sind. Andererseits konnte auch der Dialog mit dem Kanton ausführlich geführt werden. Der Stadtrat ist nicht in allen Punkten gleicher Meinung wie der Kanton. Aber es entstand ein guter und konstruktiver Dialog. Es ist klar, dass die Stadt frische Ansätze in der Mobilitätsentwicklung braucht. Aus städtischer Sicht braucht es eine angebotsorientierte Mobilitätsplanung und nicht eine nachfrageorientierte. Der Kanton geht immer noch davon aus, dass der Autoverkehr in der Region Luzern in den nächsten fünfzehn Jahren um 20 % steigt. Das ist eine Annahme. Der Stadtrat hat einerseits vom «Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität» her den Auftrag, dass der Autoverkehr nicht wachsen soll und andererseits kann die Stadt diesen Mehrverkehr gar nicht verarbeiten. Sie könnte das nur in den Nebenzeiten oder in der Nacht verarbeiten. Aber das will man ja eigentlich nicht. Das Projekt «Zukunft Mobilität im Kanton Luzern» entstand aus der Debatte im Kantonsrat. Das ist ein sehr hoffnungsvoller Ansatz, ein gemeinsamer Ansatz, ein Ansatz über den Dialog. Die Stadt darf dort als eine der Partnerinnen sowohl in der Projektgruppe wie auch in der Projektsteuerung dabei sein. Weitere Partner sind etwa LuzernPlus und andere regionale Entwicklungsträger. Es ist ein Projekt, das definieren soll, wie sich die Mobilität über den ganzen Kanton weiterentwickelt. Der Stadtrat merkt, dass es vielleicht nicht die genau gleichen Ansätze im ländlichen Raum wie im Agglomerationsraum braucht. Mittlerweile sind die Agglomerationsgemeinden in der Mobilitätspolitik recht nah bei dem Modell, wie sich die Stadt Luzern in den letzten Jahren entwickelt hat. Beim Projekt Reussportbrücke käme noch dazu, dass eigentlich der einzige ÖV-Fortschritt dieser Projekte, die bisher im Gespräch waren, nämlich eine durchgehende Busspur vom Kupferhammer bis zum Luzernerhof, wegfallen würde. Die geringfügigen verkehrlichen Entlastungen zum Beispiel auf der Baselstrasse oder die Entlastungen der Autobahnanschlussknoten Kasernenplatz und Seetalplatz rechtfertigen nach Ansicht des Stadtrates und auch nach Ansicht einer grossen Mehrheit des Parlaments die Eingriffe in den Landschaftsraum und den Siedlungsraum nicht. Auch bei der Analyse zum geplanten Basisausbau kommt der Stadtrat zum Schluss, dass es sehr grosse Eingriffe sind, verkehrlich nicht zweckmässig und dass es ganz sicher günstigere und zweckmässigere Lösungen gibt. Deshalb unterstützt der Stadtrat den Bevölkerungsantrag, welcher u. a. den Verzicht des Basisausbaus fordert. Der

Stadtrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Im Text zur Initiative schreibt der Stadtrat, dass die Gültigkeit der Initiative in einer gerichtlichen Beurteilung relativ kritisch betrachtet werden könnte. Aber der Stadtrat sieht im Titel der Initiative zwei Punkte: Einerseits geht es um ein Projekt, das es in dieser Form nicht mehr gibt und andererseits geht es um die Lebensqualität in den Quartieren. Diese wird auch bei einer Reussportbrücke tangiert, namentlich ist z. B. das Quartier Fluhmühle genannt. Zum anderen werden alternative Massnahmen vorgeschlagen, die eigentlich in der Mobilitätspolitik der Stadt Luzern bereits bestehen. Insofern verstand der Sprechende nicht ganz, was der Sprecher der CVP-Fraktion meinte, als dieser sagte, der Stadtrat lehne alle kantonalen Projekte ab, habe aber keine Lösungsansätze. Der Stadtrat hat überzeugende Mobilitätsstrategien, die im Parlament diskutiert wurden und werden. Es sind nicht grosse Einzelprojekte, sondern viele kleine Massnahmen, die in den letzten acht Jahren kontinuierlich verfolgt wurden. Es gibt bereits zwei Mobilitätsstrategien. Bei den zahlreichen Massnahmen daraus geht es darum, den Modalsplit zu verändern, gute, sichere Veloverbindungen zu schaffen, mehr Fläche für Fussgängerinnen und Fussgänger zu generieren, eine bessere Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr zu schaffen etc. Zudem hat man ein grosses gemeinsames Projekt, nämlich den Durchgangsbahnhof. Wie man da zum Schluss kommen kann, man habe keine Lösungsansätze, ist dem Sprechenden schleierhaft.

Der Sprechende freut sich, wenn den Anträgen des Stadtrates gefolgt wird und er freut sich auch auf die Weiterentwicklung in der Mobilitätsdiskussion. Eines darf man nicht vergessen: Mobilität muss in Zukunft auch einen ganz wesentlichen Beitrag zur Klimapolitik leisten. Ansätze, die man bisher verfolgte, mit einem Wachstum zum Beispiel beim Autoverkehr, sind aus Sicht des Klimaschutzes überhaupt nicht tragbar. Da muss man einiges umdenken. Die Stadt ist daran, der Weg ist lang. Man wird es aber schaffen, denn man muss es schaffen.

Somit tritt der Grosse Stadtrat auf den B+A 7/2020: «Initiative ‹Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn›» ein.

DETAIL

Seite 21 f. 7 Antrag und Beschluss

- I. Der Grosse Stadtrat stimmt der Gültigerklärung der Initiative zu.**
- II. Der Grosse Stadtrat empfiehlt die Initiative mit 30 : 0 : 14 Stimmen zur Annahme.**
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 7 vom 11. März 2020 betreffend

Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn»,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004 sowie Art. 9 lit. b, Art. 10 Abs. 1 und Art. 12 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. In eigener Kompetenz:
Die Initiative «Spange Nord stoppen – Lebendige Quartiere statt Stadtautobahn» ist gültig.
- II. Zuhanden der Stimmberechtigten:
Die Initiative «Spange Nord stoppen – Lebendige Quartiere statt Stadtautobahn» wird zur Annahme empfohlen.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum.

**4 Bevölkerungsantrag 362, Guerino Riva, Barbara Seiler und Ruedi Schmidig namens der Antragstellenden vom 9. Dezember 2019:
Es bleibt dabei: SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau**

Ratspräsident Albert Schwarzenbach: Die SVP-Fraktion beantragt, den Bevölkerungsantrag abzulehnen, der Stadtrat hingegen will den als Postulat zu behandelnden Bevölkerungsantrag entgegennehmen. Deshalb wird nun darüber abgestimmt. – Resultat: Der Grosse Stadtrat stimmt dem Bevölkerungsantrag grossmehrheitlich zu.

Somit überweist der Grosse Stadtrat den als Postulat zu behandelnden Bevölkerungsantrag 362.

- 5 Bericht und Antrag 19/2020 vom 22. Mai 2020:
Sonder- und Nachtragskredite zum Budget 2020 aufgrund der Corona-Pandemie**
- **Kompensation von Billettsteuer-Ausfällen**
 - **Ausfallentschädigung Spielgruppen**
 - **Abbau Bearbeitungsstau bei pendenten Baugesuchen und Baukontrollen**
 - **Taskforce Detailhandel**
 - **Unterstützungsbeitrag Luzern Tourismus AG**

EINTRETEN

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Geschäftsprüfungskommission der Stadt Luzern hat an der Sitzung vom 28. Mai 2020 den Bericht und Antrag zu den Sonder- und Nachtragskrediten zum Budget 2020 aufgrund der Corona-Pandemie diskutiert. Der Sprechende möchte an dieser Stelle verzichten, auf alle Sonderkredite einzeln einzugehen, weil die Entscheide mit der kürzlich versandten Medienmitteilung bereits bekannt gemacht wurden. Für Diskussion dürften im Rat aber zwei von der Kommission abgelehnte Sonderkredite sorgen. In der Geschäftsprüfungskommission wurden diese kontrovers diskutiert. Einerseits handelt es sich um den Sonderkredit «Taskforce Detailhandel». Ziel ist es damit, den Detailhandel der Stadt Luzern in der aktuell sehr schwierigen Lage kurzfristig zu unterstützen. Das Budget der Wirtschaftsförderung im Globalbudget Stabsleistungen Finanzdirektion soll aufgestockt werden, damit bei Vorliegen entsprechender Umsetzungsprojekte durch die Taskforce Detailhandel rasch und projektorientiert unterstützt werden kann. Die Geschäftsprüfungskommission hat den Nachtragskredit abgelehnt. Eine knappe Mehrheit war der Ansicht, dass dafür mit dem ALI-Fonds bereits ein geeignetes Instrument zur Verfügung stehen würde. Es ist diesbezüglich von der GPK eine Protokollbemerkung überwiesen worden. Der zweite Unterstützungsbeitrag, der für Diskussionen sorgte, ist derjenige für die Luzern Tourismus AG. Auch der Tourismus ist aufgrund der Corona-Pandemie stark betroffen. Es fehlen der Luzern Tourismus AG Einnahmen aus den Kurtaxen, aber auch aus den Beherbergungsabgaben. Die Geschäftsprüfungskommission hat den Unterstützungsbeitrag für die Luzern Tourismus AG knapp abgelehnt, bei zwei Enthaltungen. Bezweifelt wurde insbesondere die Wirksamkeit des geplanten «Recovery-Programms», mit dem einheimische Gäste mit werbetechnischen Massnahmen für Luzern gewonnen werden sollten.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die schnelle Ausarbeitung des B+A 19/2020: «Sonder- und Nachtragskredite zum Budget 2020 aufgrund der Corona-Pandemie». Die Fraktion sieht die Notwendigkeit der einzelnen Kredite, auch wenn sie nicht hinter jedem Antrag voll und ganz stehen kann. Bei der Diskussion um die Billettsteuer ist die Fraktion der Meinung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, nochmals laut darüber nachzudenken, die Steuer gänzlich abzuschaffen. Der Kreditantrag für die Spielgruppe ist für die SVP-Fraktion unbestritten. Wo sie ein Fragezeichen setzt, ist der Kreditantrag in der Baudirektion. Es mag sein, dass durch vereinfachte Bewilligungsverfahren mehr Anträge bearbeitet werden müssen. Die Fraktion hält

aber die im Bericht und Antrag beschriebenen Begründungen als ein Problem innerhalb der Baudirektion und sieht keinen grossen Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Im Widerspruch steht, dass im Bericht und Antrag von hängigen Gesuchen die Rede ist, in der Diskussion aber Mehrarbeit als Folge von vermehrten Gesuchen für die Boulevardgastronomie als Begründung angegeben wurde. Der «Taskforce Detailhandel» steht die SVP-Fraktion kritisch gegenüber. Die Fraktion anerkennt die Wichtigkeit des Detailhandels. Aber der Detailhandel ist nur ein Teil der Wirtschaft und selbst im Detailhandel selber sind nicht alle davon betroffen. Wenn der Stadtrat vom Detailhandel spricht, so geht es vor allem um die Geschäfte in der Altstadt; die Probleme in der Altstadt sind bekannt. Der klassische Lebensmittel-Detailhandel wurde fast gar nicht davon betroffen, ganz im Gegensatz zu vielen kleineren Handwerksbetrieben, Malern, Elektrogeschäften, Reinigungsunternehmen, die alle eine starke Verflechtung aufweisen. Diese wurden von der Corona-Pandemie hart getroffen und litten in den vergangenen Wochen und Monaten genauso stark unter dem Lockdown. Juristisch korrekte Verträge wurden von heute auf morgen nicht mehr eingehalten. Wie die einzelnen Betriebe damit umgehen sollen, wurde ihnen überlassen. Etliche Mitarbeiter hätten kurz- oder langfristig anderweitig beschäftigt werden müssen, wenn man eine Kündigung hätte vermeiden wollen. Wenn man eine Taskforce ins Leben ruft, so müsste man auch die Betriebe bzw. das ganze Gewerbe miteinbeziehen. Momentan ist noch kein Gesuch oder Projekt in der Stadt eingetroffen, welches die Fr. 200'000.– begründen oder rechtfertigen würden, sodass man diesen Betrag bewilligen müsste. Die Verwendung der Gelder ist nicht ersichtlich. Einfach auf Zusehen hin Fr. 200'000.– einzustellen, sieht die SVP-Fraktion nicht als zielorientiert. Beim zusätzlichen Kredit für die Luzern Tourismus AG tut sich die Fraktion ebenfalls schwer. Alle wissen, wie wichtig der Tourismus für die Stadt Luzern ist. Aber der Tourismus besteht nicht nur aus Busreisen und Asiaten, die innerhalb weniger Stunden die Stadt erkunden und am gleichen Tag nach Interlaken weiterfahren. Die Stadt Luzern hat so viele Sehenswürdigkeiten und ist auch für Inländer sehr attraktiv. Mit Freude war gestern aus den Medien zu entnehmen, dass vermehrt Leute aus der Romandie in der Deutschschweiz oder eben in Luzern Ferien verbringen. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es wichtig, dass man in diverse Märkte investiert, unter anderem auch in den inländischen Markt. Davon hat man in der Vergangenheit und bis heute leider nicht so viel gesehen. Welche Massnahmen das «Recovery-Programm» beinhaltet, ist aus dem Bericht und Antrag nicht ersichtlich. Vermutlich bringt eine lokale Veranstaltung wie zum Beispiel das Blue Balls in der Stadt Luzern viel mehr an Aufmerksamkeit und an Logiernächten als die Fr. 200'000.– Marketingausgaben, von denen nicht sicher ist, für was und wo dieses Geld eingesetzt wird. Die SVP-Fraktion möchte aber die Diskussion um Luzern Tourismus AG nicht heute führen und stimmt deshalb zähneknirschend dem Kredit zu. Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, lehnt Ziffer 4 ab und stimmt den restlichen Ziffern zu.

Mirjam Fries: Aus Sicht der CVP-Fraktion haben Bund und Kanton gut reagiert, was die wirtschaftliche Unterstützung in der Corona-Krise angeht. Die Sprechende denkt da beim Bund an das vereinfachte Verfahren für Kurzarbeit, an die Sofortkredite für Unternehmungen oder beim Kanton an die Unterstützung der KITAS. Auf städtischer Ebene gibt es jetzt noch Gelder, welche subsidiär – das ist wichtig für die Fraktion – gesprochen werden. Die Stadt soll nur dort einspringen, wo es zusätzlich wirklich notwendig ist. Die Sprechende kann es vorwegnehmen: Die CVP-Fraktion unter-

stützt in dem Sinne alle Massnahmen in diesem Bericht und Antrag. Unbestritten ist bei der Fraktion die Kompensation der Billettsteuerausfälle. Das System als solches kann und wird man wegen dem hängigen Vorstoss im Kanton sowieso diskutieren müssen. Jetzt geht es aber kurzfristig darum, dass die versprochenen Beiträge für Kultur und Sport gesprochen werden können. Es geht hier um die Verlässlichkeit gegenüber den betroffenen Organisationen und Vereinen und in vielen Fällen wohl schlicht um das Überleben. Unbestritten ist auch die Ausfall-Entschädigung für die Spielgruppen, welche bekanntlich gleichzeitig mit den Volksschulen vom 16. März bis am 11. Mai 2020 schliessen mussten. Der Kanton unterstützt bereits die Kitas; die Stadt möchte zusätzlich die Spielgruppen soweit notwendig unterstützen und somit eine Lücke schliessen. Der Stau bei den Baugesuchen ist wohl nicht wirklich ein Corona-Thema. Die Fraktion kann den Mehraufwand für die zusätzlichen Baugesuche für die Boulevardgastronomie nachvollziehen. Ansonsten scheint es eher ein generelles Problem zu sein. Die CVP-Fraktion ist aber interessiert an einem möglichst schnellen Verfahren und wird deshalb dem Kredit zustimmen.

Zu hundert Prozent steht die Fraktion hinter der Unterstützung von Tourismus und Detailhandel. Es ist offensichtlich, dass die beiden Branchen besonders stark betroffen sind. Es stehen Betriebe und sehr viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Es ist für die CVP-Fraktion deshalb richtig, dass der Tourismus und der Detailhandel unterstützt werden; die beiden Bereiche sind voneinander abhängig oder unterstützen sich gegenseitig. Dasselbe gilt für die Gastronomie.

Der Tourismus kann über den Beitrag an Luzern Tourismus AG unterstützt werden. Die Kurtaxen sind eingebrochen, es fehlt das Geld für zusätzliche Marketingaktivitäten zur Wiederankurbelung des Tourismus mit Fokus auf dem Schweizer Markt. Vor allem für die Hotels ist eine solche gemeinsame Werbekampagne absolut wichtig. Es übersteigt die personellen und finanziellen Kapazitäten eines einzelnen Betriebs, eine eigene Marketingkampagne auf die Beine zu stellen. So oder so macht es Sinn, wenn man sich zusammenschliesst.

Beim Detailhandel ist es ähnlich. Mit der «Taskforce Detailhandel» haben sich verschiedene betroffene Akteure zusammengeschlossen. Es ist richtig, dass die Stadt diese Initiative unterstützt, und zwar zusätzlich zu den Geldern des ALI-Fonds, welche in der aktuellen Situation schnell und voll zum Tragen kommen sollen. In dem Sinne unterstützt die CVP-Fraktion die Protokollbemerkung der Geschäftsprüfungskommission. Die Fraktion möchte aber auch seitens Stadt ein Zeichen für den Detailhandel setzen. Es ist wichtig, dass die Stadt attraktiv bleibt und weiterhin zum Einkaufen und Verweilen einlädt.

Ein Wort noch zur Verhältnismässigkeit: Bei den Beiträgen an Kultur und Sport spricht man von 3,7 Mio. Franken, beim Tourismus von Fr. 440'000.– und beim Detailhandel von Fr. 200'000.–. Die CVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird komplett zustimmen.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die Corona-Pandemie hat alle in ihrer Dimension überrascht. Der Bundesrat hat am 16. März 2020 die ausserordentliche Lage erklärt und den Lockdown verordnet. Es ist ein Ereignis, das wir noch nie erlebt haben und das wir hoffentlich auch nie mehr erleben müssen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind enorm und sie werden noch bestimmt lange nachhallen. Um den Schaden minimieren zu können, hat der Bundesrat und der Regierungsrat einige Unterstützungsmassnahmen sofort eingeleitet. Die FDP-Fraktion betrachtet die Massnahmen im vorliegenden Bericht und Antrag als subsidiäre Hilfe. Gelder dürfen nur in den Fällen gezahlt werden, wo nicht bereits von anderer Stelle eine Unterstützung angefordert worden ist. Bei Projekten, die

frühzeitig gestoppt werden konnten, z. B. beim Fonds Kultur und Sport, muss der genaue Unterstützungsbedarf durch die Stadt geklärt werden. In diesen schwierigen Zeiten, wo viele von uns Lohneinbussen durch Kurzarbeit hinnehmen müssen, darf es auf keinen Fall sein, dass sich jemand durch die verschiedenen Unterstützungstöpfe bereichern kann. All die gesprochenen Kredite sind als Kostendach zu verstehen. Man geht davon aus, dass die Gelder nicht ausgeschöpft werden müssen. Die FDP-Fraktion steht hinter der Kompensation der Billettsteuerausfälle. Der Fonds kann im budgetierten Ausmass nicht geäuft werden, da das Verbandsverbot gilt und somit alle Quellen versiegt sind. Die Mittel sind jedoch bereits versprochen und so sind die Organisatoren im Clinch. Man möchte mit diesen Coronakrediten einen gewissen Strukturhalt garantieren, damit man auch nach Corona auf eine vielfältige und blühende Sport- und Kulturwelt in der Stadt Luzern zählen darf. Auch die Ausfallentschädigung für die Spielgruppe ist für die FDP-Fraktion unbestritten. Spielgruppen sind ein wichtiges Element der frühen Förderung. Der zusätzliche Kredit für die Dienstabteilung Städtebau hat in den Augen der FDP-Fraktion wenig mit dem Lockdown zu tun. Der Beweis, dass die Bearbeitungsdauer nichts mit dem Coronavirus zu tun hat, liest die Fraktion aus dem Jahresbericht der Stadt Luzern. So sind im letzten Jahr bei den ordentlichen Verfahren gerade mal 28 % von allen innerhalb der kantonalen gesetzlich vorgegebenen Frist eingehalten worden. Vorgeschrieben wären 80 %. Natürlich begrüsst die Fraktion die angestrebte Verkürzung der Bearbeitungsdauer von Baugesuchen. Dazu hat das Parlament im Juli 2018 eine Motion der FDP-Fraktion überwiesen, damit der Missstand aufgegriffen und Verbesserungen herbeigeführt werden, u. a. auch bei internen Prozessen. Leider ist die Motion auch nach zwei Jahren noch nicht beantwortet. Dafür kommt nun der Corona-Antrag. Ein Teil der FDP-Fraktion geht davon aus, dass mehr personelle Ressourcen den generellen Missstand nicht vermindern können. Ein anderer Teil der Fraktion ist der Meinung, dass eine gewisse personelle Aufstockung mindestens zu einer gewissen Verkürzung der Verarbeitungsdauer verhelfen kann. Die Fraktion hat sich dazu noch keine abschliessende Meinung gemacht. Im Detailhandel ist sich die Fraktion wieder sehr einig. Denn die Läden, es ist jetzt nicht die Rede von den Lebensmittelläden, mussten auch schliessen. Für die Kleiderindustrie ist es ganz schwierig, weil die ganze Frühlings- und Sommerkollektion für nichts eingekauft wurde; sie sitzen nun auf dieser Ware. Hier muss man schauen, dass sie wieder in Gang kommen, indem man versucht, mit einer Werbekampagne oder mit besonderen Aktionen die Leute in die Stadt zu holen. Gemäss einer Studie zieht es in den Shoppingcentern wieder an, in der Stadt aber nicht. Die Leute haben offenbar Angst, den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Da wäre vielleicht eine Teilkampagne nicht schlecht, um den Leuten Sicherheit zu geben, dass die Ansteckungsgefahr im öffentlichen Verkehr nicht grösser ist als im eigenen Auto. Denn die Stadt hat, wie man weiss, nicht unlimitiert Parkplätze zur Verfügung, um alle Leute zu empfangen. Die Stadt muss etwas für den Detailhandel unternehmen, denn es gibt kaum etwas Traurigeres, als leere Ladenflächen in einer Stadt. Damit die Läden überleben können, möchte die FDP-Fraktion die Bemühungen der Wirtschaftsförderung unterstützen. Hinter jedem Laden stecken viele Menschen und Arbeitsplätze. Wirklich schlimm hat die Corona-Krise den Tourismus in der Stadt Luzern getroffen. Die Übernachtungszahlen sind eingebrochen und werden wohl tief bleiben, da nicht absehbar ist, ab wann interkontinentaler Tourismus wieder möglich sein wird. Die Luzern Tourismus AG (LTAG) finanziert u. a. ihre Aktivitäten aus Kurtaxengeldern und Beherbergungsabgaben, kurz: Ihre Einnahmen sind weggebrochen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Stadtrat in seinen Bemühungen, die LTAG finanziell zu unterstützen. Der Tourismus ist ein Teil der Stadt Luzern. Viele Arbeitsstellen

sind direkt und indirekt vom Tourismus abhängig. Es ist daher im Interesse aller, dass die Übernachtungszahlen wieder möglichst schnell den Vor-Corona-Status erreichen können. Dazu braucht es eine schlagkräftige Vermarktungsorganisation wie die LTAG. Diese braucht das Geld für das Marketing, damit alle touristischen Angebote in der Stadt wieder gebraucht und besucht werden können. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass die Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden, damit am Schluss alle von der Finanzspritze Gewinner sind. Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird allen Anträgen, bis auf einen, zum Wohl der ganzen Stadt und der Bevölkerung, zustimmen.

Irina Studhalter hat sich diese Situation nicht gewünscht. Aber auch das Parlament kommt in den Genuss, Geld zu sprechen wegen einer globalen Pandemie. Im Bericht und Antrag werden fünf verschiedene Orte genannt, an welche das Geld fliessen soll. Die G/JG-Fraktion wird nur drei der fünf bedingungslos unterstützen. Über die Billettsteuer können junge Sportlerinnen und Sportler, junge Musikerinnen und Musiker, junge Künstlerinnen und Künstler unterstützt werden. Die Förderung muss trotz Corona weiterlaufen, sie wird nicht weniger wichtig. Auch die Frühförderung der Spielgruppenkinder ist genauso wichtig. Wenn die Baudirektion ihre Pendenzen abschaffen kann, dann ist das auch im Sinn der Fraktion. Die G/JG-Fraktion hat aber Mühe mit dem Nachtragskredit für die «Taskforce Detailhandel» und für «Luzern Tourismus AG» und zwar aus unterschiedlichen Gründen. Im Bericht und Antrag ist zu lesen, dass sich eine Taskforce Detailhandel zusammengefunden hat und dass mit einem Nachtragskredit ein attraktives Detailhandelsangebot erhalten bleiben soll. Mehr darüber ist im Bericht und Antrag nicht zu erfahren. Deshalb bereitet es der Sprechenden Mühe, guten Gewissens Geld zu sprechen, wenn sie keine Vorstellung davon hat, wann was damit passiert. Die Sprechende wird deshalb eine Protokollbemerkung stellen, mit der die G/JG-Fraktion nachhaltige Kriterien bei der Geldsprechung verlangt. Die Stadt Luzern hat seit vielen Jahren den ALI-Fonds; seit vielen Jahren bringt er sein Geld nicht weg. Der ALI-Fonds ist auf einen engen Perimeter begrenzt, das ist bekannt, aber im Reglement steht, dass mit diesem Geld «...in Ausnahmefällen auch Massnahmen ausserhalb der Innenstadt» gefördert werden können. Es sind sich wohl alle einig, dass eine globale Pandemie, wie wir sie gerade erleben, einen Ausnahmefall im Sinne des Zitats bedeutet. Übrigens hat der ALI-Fonds im Moment mehr Geld zur Verfügung als der beantragte Nachtragskredit. Die Sprechende möchte den ALI-Fonds herausfordern, für einmal seine Kassen leer zu bekommen. Mit dem Unterstützungsbeitrag für die Luzern Tourismus AG (LTAG) hat die Sprechende ein anderes Problem: Schon lange wünscht sich die G/JG-Fraktion von der LTAG, dass der sanfte Tourismus gefördert wird, weil das nachhaltiger wäre. Trotzdem setzte man ohne Zögern auf den asiatischen Markt. Mit nachhaltig meint die Sprechende übrigens nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch nachhaltig. Irgendwie wurde der Wunsch von der LTAG nie gehört. Aber jetzt, wo der Geldfluss aus Asien versiegt ist, sollen die Stadt und der Kanton die Werbung für einen sanften Tourismus bezahlen. Die Sprechende bezweifelt auch, ob eine Vermarktung von Luzern zum heutigen Zeitpunkt überhaupt sinnvoll ist. Die Message ist bei allen angekommen, dass im Sommer 2020 keine Reise nach Griechenland oder Miami angesagt ist, sondern dass man in der Schweiz bleiben soll. Alles, was jetzt noch kommt, ist eine PR-Schlacht der Tourismusregionen gegen andere Tourismusregionen. Der Betrag von Fr. 440'000.– für die LTAG geht nicht ausschliesslich an das «Recovery-Programm», sondern Fr. 200'000.– sol-

len an die Tourist Information gehen. Die G/JG-Fraktion unterstützt diesen Teil des Nachtragkredits, weil eine Tourist Information für einen Tourismusort wichtig ist, weil dort Personen angestellt sind, die auch weiterhin beraten sollen können. Die Sprechende wird deshalb einen Antrag stellen, dass der Unterstützungsbeitrag LTAG auf Fr. 200'000.– für die Tourist Information gekürzt wird. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein.

Jules Gut dankt dem Stadtrat und der Taskforce der Stadt unter der Leitung von Armida Raffener, der neuen Stadtschreiberin Michèle Bucher und dem Ratsbüro unter der Leitung von Brigitte Koller für ihre Arbeit unter den stark fordernden Rahmenbedingungen. Der Dank geht auch an ihre Teams, denn für gute Arbeit ist immer ein tolles Team notwendig. Die GLP-Fraktion wird auf den vorliegenden Bericht und Antrag eintreten. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen ist die Fraktion einverstanden. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist die Unterstützung des Detailhandels und des Luzern Tourismus jedoch zu zaghaft und in der Summe zu tief. Der Detailhandel wie auch der Tourismus erleiden teilweise einen hundertprozentigen Ausfall. In der Regel sind es bis zu 75 %. Die ersten hundert Angestellten sind bereits entlassen worden. Das ist massiv und existenzbedrohend. Man geht mit Stand heute davon aus, dass einige Geschäfte die Krise nicht überleben werden. Schon heute stehen viele Läden in der Stadt leer. Im Detailhandel und im Tourismus sind nicht zuletzt Personen beschäftigt, die bereits heute Mühe haben, im ersten Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. In vielen Luzerner Familien arbeiten Personen im Tourismussektor. Für die GLP-Fraktion ist Tourismus Luzern und Luzern ist Tourismus. Das Parlament wird im nächsten Traktandum ein neues Löschboot bestellen und an der nächsten Sitzung Mehrkosten von über Fr. 250'000.– für die Sanierung von zwei Plastikfussballfeldern behandeln und wohl ohne grosse Opposition genehmigen. Direkte Arbeitsplätze sind damit keine verbunden. Auch die Ausfallentschädigung für die städtischen Spielgruppen wird die GLP-Fraktion oppositionslos genehmigen und den Ausfall der Billettsteuer mit 3,7 Mio. Franken gegenfinanzieren. Notabene ohne Rahmenbedingungen. Die GLP-Fraktion stellt keine Bedingungen für die Entschädigung an die städtischen Spielgruppen oder bei der Billettsteuer. Aber genau das sollte bei der Zahlung im Detailhandel und insbesondere für die Unterstützung vom Tourismus durchgedrückt werden. Zu wenig nachhaltig, zu wenig lokal, falsche Herkunftsländer der Touristen, falsches Marketing, falsche Zielgruppe und so weiter und so fort. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist das willkürlich. Niemand will Tourist sein, aber alle wollen reisen. Beim Tourismus in der Stadt Luzern spricht man aktuell von über 7'000 Vollzeitarbeitsstellen, was über 10'000 Menschen sind. In vielen Luzerner Familien gibt es Personen, die direkt oder indirekt vom Tourismus leben. Sei es in einem Hotel, in einem Restaurant, bei der SGV, in einem Kulturbetrieb oder in der Zulieferindustrie. Die Stadt Luzern schlägt nun zwei sehr bescheidene Massnahmenpakete für eine direkte Hilfe des Detailhandels und ein «Recovery-Programm» für den Tourismus vor. Im Vergleich zur Stadt Genf, die einen Drittel der Kosten, die dem Gast entstehen würden, direkt übernimmt, oder im Vergleich mit dem Wallis oder Tessin sind die Geldbeträge sehr bescheiden. Im letzten Jahr realisierte die Stadt Luzern einen Gewinn von fast 30 Mio. Franken. Nun spart man im Detailhandel und im Tourismus, weil das Marketing nicht passt und weil Touristen aus dem falschen Teil unserer Weltgemeinschaft kommen. Dogmatische Grundsätze zu vertreten ist oft eine Stärke, in der Krise wäre es aber auch eine Stärke, für einmal die eisernen Vorsätze stehenzulassen und einander zu helfen. Der Bundesrat hat in den vergangenen Wochen ein milli-

ardenschweres Hilfsprogramm umgesetzt, notabene ohne jegliche Auflagen und politische Vorgaben. Innerhalb einer halben Stunde konnte man einen Kredit beantragen und bekam diesen ausbezahlt. Die GLP-Fraktion findet es nicht korrekt, wenn man nun finanzielle Hilfe an inhaltliche bzw. politische Vorgaben koppelt. Der entsprechende politische Prozess über die zukünftige Ausrichtung von Luzern Tourismus 2030 läuft bereits und zusammen wurde beschlossen, dass man über diese Ausrichtung noch eingehend miteinander diskutieren wird. Spätestens wenn die Stadt die nächste Leistungsvereinbarung mit der LTAG ausarbeitet, sitzen wieder alle am Tisch und können Ja oder Nein dazu sagen. Weshalb nun mit dem Vorschlaghammer über die Luzern Tourismus AG urteilen? Warum will man eine Stadt ohne Touristen? Nur noch Basler- und Genfertouristen? Das bedeutet konkret eine massiv tiefere Wertschöpfung, mit all ihren direkten Folgen für unser Gewerbe. Die GLP-Fraktion will den notwendigen Change in einem partnerschaftlichen und partizipativen Prozess gemeinsam mit den touristischen Leistungsträgern und der Bevölkerung erarbeiten und ihn nicht jetzt im Parlament mit einem harten Geldentzug, ohne Rücksicht auf Verlust, durchdrücken. Das ist keine grünliberale Sachpolitik. Als Grünliberaler bittet der Sprechende den Rat, alle Massnahmen inklusive die direkte Hilfe für den Detailhandel, wie zum Beispiel die Beflaggung an der Pilatusstrasse, eine Onlineplattform, auf welcher Gutscheine für spätere Konsumationen gekauft werden können, und dem «Recovery-Programm» Luzern Tourismus zuzustimmen. Die GLP-Fraktion steht vorbehaltlos hinter dem Detailhandel und dem Tourismus in Luzern. Für eine internationale Touristenstadt wie Luzern sind die nun beantragten Unterstützungsgelder viel zu tief. Aus Sicht der Grünliberalen steuert man in den nächsten Monaten gerade im Tourismus auf einen veritablen Crash zu. Die über hundert Entlassungen, die angekündigt sind, werden beileibe nicht die einzigen bleiben. Der Sprechende ist überzeugt, dass es jetzt an der Zeit ist, schnell und intensiv Werbung für Luzern Tourismus zu machen, ohne Auflagen und politische Vorgaben. **Die GLP-Fraktion beantragt deshalb, die Hilfe der LTAG ohne Zweckbindung auf Fr. 640'000.– zu erhöhen.** Da alle anderen im Bericht und Antrag beantragten Gelder an keine Bedingungen geknüpft sind, wird die GLP-Fraktion entsprechende Forderungen im Tourismus ablehnen. Die Fraktion wird auf den vorliegenden Bericht und Antrag eintreten.

Martin Wyss: Zurecht werden im Moment unglaubliche Summen zur Sicherung der Existenzgrundlage und zur Rettung der Unternehmen investiert. Investitionen, die wir und kommende Generationen noch lange spüren werden. Deshalb liegt es auch in unserer Verantwortung, gut und bedacht abzuwägen, wo und wie viel wir investieren. Ganz sicher ist es sinnvoll, jetzt Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Das Rückgrat einer Zukunft sind zweifellos die kommenden Generationen und deshalb erachtet die SP/JUSO-Fraktion die Unterstützung zur Rettung der Spielgruppen als äusserst sinnvoll. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der frühen Förderung und legen das Fundament, auf dem zukünftig angeeignetes Wissen aufgebaut werden kann. Ebenso sinnvoll erachtet die Fraktion die Kompensation der Billettsteuerausfälle. Ähnlich wie die Spielgruppen das Fundament für eine gesunde Bildungsbiographie legen, bietet der Sport und die Kultur die Basis für eine gesunde Gesellschaft. Der Ausfallausgleich mit den bereits versprochenen Geldern bereitzustellen, ist definitiv eine Investition in eine gesunde Zukunft. Ausserdem gilt es zwingend zu verhindern, dass die soziale Zugänglichkeit von Vereinen und Veranstaltungen durch steigende Vereinsbeiträge und Eintrittspreise reduziert wird. Auch die Unterstützung der Taskforce Detailhandel erachtet die SP/JUSO-Fraktion grundsätzlich als sinnvoll. Allerdings braucht es dazu keine zusätzlichen

Gelder. Mit dem ALI-Fonds verfügt die Stadt über einen Topf, der die angedachten Massnahmen unterstützt und mit dem diese finanziert werden können. Zwar ist der Perimeter gemäss Reglement des ALI-Fonds eng gefasst, aber die aktuelle Ausnahmesituation erlaubt es, gewisse Ausnahmen zu machen. Kontrovers hingegen ist der Nachtragskredit für Luzern Tourismus AG (LTAG) diskutiert worden. Klar ist es auf der einen Seite, dass der Tourismus und die Gastronomiebranche mit brutaler Härte getroffen worden sind. Zahlreiche Betriebe und Zulieferer sind in ihrer Existenz bedroht, tausende von Arbeitsplätzen stehen auf dem Spiel. Auf der anderen Seite ist die LTAG mit ihren aufwendigen und teuren Marketingmassnahmen in Ostasien der zentrale Treiber für den konsumgesteuerten Gruppentourismus. Seit Jahren wird vonseiten SP/JUSO-Fraktion kritisiert, dass der Fokus verstärkt auf inländische und europäische Märkte gelegt werden soll und die Verweildauer der Touristen und Touristinnen erhöht werden muss. Die LTAG zeigte lange überhaupt kein Verständnis für diese Forderung. Erst seit Kürzerem scheint ein zögerliches Einlenken stattzufinden, was die SP/JUSO-Fraktion sehr begrüsst. Trotzdem wird nun offensichtlich, dass es die LTAG verpasst hat, ein wirksames Programm für Schweizer Touristen und Touristinnen aufzubauen. Genau das Versäumnis fällt uns nun mit vollem Gewicht auf die Füsse. Es stellt sich jetzt die Frage, wie die öffentliche Hand in dieser Krisensituation kurzfristig einspringen kann. Ausser Frage steht bei der SP/JUSO-Fraktion, dass in dieser Lage die Stadt Luzern in die wertvolle und wichtige Dienstleistung der Tourist Information investieren soll. Eine Infrastruktur, wie die Tourist Information, wo Gäste direkt, persönlich begrüsst und wo professionelle Dienstleistungen angeboten werden, ist die beste Werbung für Luzern. Um das Motto «Ferien zu Hause» zum Fliegen zu bringen, braucht es eine klare Marketingstrategie und eine LTAG, die ihre Ausrichtung entsprechend justiert. Familien und inländische Touristen kommen nicht aufgrund eines Flyers nach Luzern, sondern wegen der guten Infrastruktur und den breiten und attraktiven Angeboten. Wenn die LTAG bereit ist, ihre Strategie auf diese Angebote auszurichten und ihren Fokus zu erweitern, weg vom Klumpenrisiko Gruppentourismus, dann kann aus dem «Recovery-Programm» eine nachhaltige Investition werden. Dazu braucht es einen klaren Auftrag und die Bereitschaft seitens LTAG. Schliesslich noch kurz zum Bearbeitungsstau bei den Baugesuchen: Tatsächlich könnte man argumentieren, es sei weniger eine Investition in die Zukunft, als eher ein Versäumnis aus der Vergangenheit, das aufgeholt werden muss. Aber eine Massnahme, die bereits früher dringlich gewesen ist, wird in einer Krisensituation nicht per se weniger dringlich oder sogar hinfällig. Deshalb unterstützt die SP/JUSO-Fraktion auch bei dem die Hauptziele dieser Massnahme und wird den Nachtragskredit gutheissen. Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub hält fest, dass in der Verwaltung während der Coronazeit massiv weniger Papier ausgedruckt wurde und trotzdem alles funktionierte. Das nimmt die Sprechende zum Anlass, heute ihre Gedanken erstmals papierlos vorzutragen, ausgestattet nur mit ihrem Convertible. Die Sprechende bedankt sich für das pragmatische Vorgehen beim Erarbeiten des vorliegenden Berichts und Antrags. Damit der Grosse Stadtrat noch vor den Sommerferien Gelder sprechen, Gelder verfügbar machen kann für diejenigen, die Unterstützung benötigen, lassen sich sowohl die Verwaltung, der Stadtrat, die Geschäftsprüfungskommission wie jetzt der Grosse Stadtrat auf die Verkürzung der Fristen ein. Dieses Traktandum war nicht ordentlich traktandiert, sondern bedurfte eines sehr pragmatischen Vorgehens. Im Gegensatz zu Zürich bei-

spielsweise, verfügt die Stadt Luzern über keinen Regierungsratsbeschluss und über keine Verordnung, die der Stadt Notrecht erteilt hätte. In Zürich gab es während der Corona-Pandemie eine Kompetenzdelegation an die Exekutive der Gemeinden. Die Sprechende staunte, dass in Winterthur sofort 5 Mio. Franken zur Verfügung gestellt wurden. Die Situation in der Stadt Luzern ist anders. Als Vorstandsmitglied der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD) fand sie im Austausch heraus, was es für Spezialregelungen gibt. Am 7. April 2020 haben die KSFD und der Städteverband zu einer Umfrage, die in sämtlichen Städten über die ergriffenen Massnahmen aufgrund der Corona-Pandemie durchgeführt wurde, eine Medienmitteilung herausgegeben. Sie gibt eine sehr gute Übersicht und lässt eine Einordnung zu, was Luzern im Vergleich zu anderen Städten macht. Die Sprechende leitet über zum Thema Detailhandel und bemerkt, dass zum anderen Thema, dem Tourismus, der eigentlich auch in der Zuständigkeit der Finanzdirektion liegt, nachher Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki sprechen wird. Sie ist als Verwaltungsrätin der Luzern Tourismus AG bei jenem Teil des Geschäfts, beim Beitrag an die LTAG, im Ausstand. Zum Detailhandel: Heute Morgen sprach die Horwer Einwohnerratspräsidentin Rita Wyss. In ihrem Grusswort erwähnte sie die generellen Probleme des Detailhandels, die auch in Horw auftreten. Es gibt viele Probleme, die nicht nur die Stadt Luzern betreffen und es gibt auch sehr viele Probleme, die vor und nach Corona weiterbestehen werden, die nicht coronavirusbedingt und -verursacht sind. Der stationäre Detailhandel kämpft seit Jahren ums Überleben. Es gibt Shoppingtourismus, das ist eine andere Form von Tourismus, ins preisgünstigere Ausland, wo die Mieten und Löhne tiefer sind. Es ist schwierig, da konkurrenzfähig zu bleiben. Es rufen alle aus oder sind entsetzt, wenn der Quartierladen schliesst. Auch diejenigen, die vorher nie im Quartierladen eingekauft haben, rufen aus, wenn die Infrastruktur wegfällt. Vor drei Jahren hatte man grosse Angst vor der Eröffnung der Mall of Switzerland. Man hörte, wie die Läden in der Innenstadt sich Sorgen machten, wie sie gegen Shoppingcenters bestehen können. Das ist ein Auf und Ab. Eine Zeit lang hatte man das Gefühl, man habe sich im Zentrum behaupten können, im Moment gibt es offenbar Tendenzen, dass die Leute lieber in ein Shoppingcenter gehen als in die Innenstadt. Man hat auch generell das Problem vom Onlinehandel. Auch das bestand schon vorher und ist nicht wegen Corona. Aber in der Coronakrise hat der Onlinehandel massiv Marktanteile ausgebaut. Man konnte lesen, dass Firmen ihre Mitarbeiterzahl erhöhen konnten, BRACK beispielsweise um über 50 Leute, Digitec Galaxus stellte hunderte von neuen Mitarbeitern ein; an anderen Orten mussten man dafür abbauen. Im stationären Detailhandel in der Innenstadt von Luzern sind momentan immer noch sehr viele Leute in Kurzarbeit. Wenn diese ausläuft, dann kann man noch so sagen, der Detailhandel und die Wirtschaftsleute seien innovativ, aber wenn es um Kosteneinsparungen geht, dann sind die Personalkosten ein grosser Kostenblock – so viel Kreativität bleibt da nicht mehr übrig.

Wir setzen uns jeweils ein für durchmischte und belebte Quartiere, insbesondere in der Innenstadt. In der Bau- und Zonenordnung steht, dass Erdgeschossflächen frei bleiben sollen für öffentliche, publikumsorientierte Nutzungen. Ladenflächen stehen aber monate-, zum Teil jahrelang frei. Daran sieht man, dass es für Hauseigentümer einfacher ist, Wohnungen zu vermieten als Mieterinnen und Mieter im Gewerbebereich zu finden. Viele der Probleme waren schon vorher existent, es hat sich nun einfach aufgrund der Zwangsschliessung von mehreren Monaten massiv verschärft. Die «Taskforce Detailhandel» vertritt die bestehenden Branchenverbände in der Stadt Luzern. Bisher waren diese recht eigenständig unterwegs. Zu Beginn der Coronakrise, noch vor dem Lockdown,

haben sie sich an einem runden Tisch zusammengefunden und miteinander überlegt, welche Vorkehrungen sie treffen könnten. Sie haben Initiativen gestartet, entwickelt und unterstützt. Zum Teil kam die Unterstützung mit Hilfe des ALI-Fonds, der heute schon mehrmals erwähnt worden ist, zustande. Es ist ein schönes Zeichen, dass die verschiedenen Detailhandelsverbände von beiden Seiten der Reuss, inklusive Littau/Reussbühl zusammengefunden und miteinander Sachen entwickelt haben. So sah man zum Beispiel die Kommunikationskampagne «Kaufen Sie lokal. Jetzt» oder die Online-Plattform «Wir sind Luzern». Klar sind es Unternehmen, die das realisiert haben. Aber diese haben eine Marge, sie erzielen einen Gewinn daraus, diese Plattformen zu betreiben. Diejenigen, die das unterstützt und finanziert haben, sind die Branchenverbände, zusammen mit dem ALI-Fonds. Der Detailhandel ist ein sehr wichtiger Teil der Stadt Luzern. Fast 6'000 Arbeitsplätze, fast 10 % der Arbeitsstätten in der Stadt Luzern sind im Detailhandel. Die Sprechende versteht den Vorbehalt, dass die Fr. 200'000.– noch nicht konkret mit einem Projekt verbunden sind. Es geht um eine Erhöhung des Budgetkredits. Im Bericht und Antrag steht, dass das Geld am Schluss projektbasiert ausbezahlt wird. Im Moment gibt es kein vorliegendes Projekt, von dem die Sprechende sagen könnte, das würde man in der Fachstelle Wirtschaftsfragen bewilligen und gutheissen. Im Moment gibt es diese Möglichkeit gar nicht, weil im Budget nichts dafür eingestellt ist. Deshalb ist es zum vornherein ausgeschlossen. Es fragt sich, ob der ALI-Fonds ein Ersatz ist. Die Sprechende meint, dass dieser eher eine Ergänzung darstellt. Der ALI-Fonds hat ein eigenes Reglement. Eine gewählte Fonds-Verwaltung agiert unabhängig und selbstständig. Die Stadt kann dieser nicht befehlen, was sie zu tun hat. Die Fonds-Verwaltung ist diesem Reglement verpflichtet. Es wurde bereits sehr viel gemacht, es gab ausserordentliche Sitzungen und auch die vorhin erwähnten Plattformen wurden vom ALI-Fonds unterstützt. Der ALI-Fonds ist im Moment sehr aktiv. Es ist richtig, er hat genug Geld, die Stadt wäre froh, er könnte aufgrund der Kriterien, die er hat für die Vergabe, mehr machen und unterstützen. Aber aufgrund des Reglements und der Unabhängigkeit gibt es keinen direkten Durchgriff der Stadt. Die Stadt hat bei sich selber nichts im Budget eingestellt. Die Wirtschaft braucht, um diese Krise zu überstehen, Hilfe zur Selbsthilfe, und sie braucht vor allem eine Hoffnung auf Zukunft. Der stationäre Detailhandel in der Stadt Luzern muss an die Zukunft glauben können. Die Baudirektion gewährt bereits Mieterlass. Aber zum Überleben braucht es eine Wiederbelebung der Innenstadt – je schneller desto besser. Dabei geht es nicht nur um den Betrag, sondern auch um ein Zeichen der Wertschätzung, so wie die Stadt es auch anderen Branchen gegenüber erbringt. Ein Zeichen der Wertschätzung für den Detailhandel, ein Zeichen der Zuversicht und Solidarität mit all diesen vielen Menschen, die in der Stadt in dieser Branche tätig sind.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Der Tourismus ist im Moment in einer Krise wie noch nie. Über die Bedeutung des Tourismus sind sich alle einig. 7'700 Vollzeitstellen sind 10'000 Stellen, wenn man all die Stellen, die nicht hundert Prozent sind, hochrechnen würde. Die Welt hat sich verändert. Anfang März hatte eines der grössten Hotels der Stadt Luzern für den Sommer noch volle Bücher. Jetzt sind es noch 15 %. Eine Befragung des schweizerischen Tourismus- und auch des schweizerischen Gastronomieverbands ergab, dass 28 % der Restaurants in der Schweiz gemäss ihrer Einschätzung sagen, dass das Konkursrisiko sehr gross ist. Bei den Hotels liegt das Risiko bei 24 %, was einem Viertel aller Hotels in der Schweiz entspricht. Es ist nicht so, wie Martin Wyss erläuterte, dass es eine Möglichkeitsform ist, dass es zu Entlassungen kommt. Es

hat bereits Entlassungen gegeben, beispielsweise bei den Uhrengeschäften, aber auch teilweise bei den Hotels: Ein grösserer Hotelbetrieb in der Stadt Luzern, der bekannt gegeben hat, dass er erst im Jahr 2021 wiedereröffnet, wird bis Ende Juni 2020 113 Leute entlassen. Das sind enorme Zahlen. Was will man machen? Man bündelt die Kräfte, man macht ein gemeinsames Programm. Weil der Tourismus in der Stadt Luzern bisher stark international ausgerichtet war und über 50 % Fernreisen sind, gelingt die auch vom Stadtrat angestrebte Transformation nicht von heute auf morgen. Dem Tourismus muss man Zeit geben. Die Luzern Tourismus AG macht nun ein Programm, damit Gäste aus der Schweiz stärker nach Luzern kommen. Andere machen dasselbe: Genf lanciert ein Programm mit 3 Mio. Franken, Zürich wird alleine in diesem Jahr ein Programm von 2,5 Mio. Franken machen, dann abgestuft im Jahr 2021 und im Jahr 2022 von noch 0,8 Mio. Franken. Der Kanton Wallis macht ein Programm von 1,2 Mio. Franken. Und der Kanton Graubünden macht ein Programm mit 1 Mio. Franken. Und Luzern? Der Kanton gibt knapp Fr. 300'000.–, der Antrag an die Stadt beläuft sich auf Fr. 240'000.–, das Tourismusforum Luzern, eine kleine Gruppe, die den Tourismus unterstützt, gibt Fr. 100'000.–. Zusammen ergibt das ein Programm von Fr. 640'000.–. Das ist ein vergleichsweise bescheidener Betrag. Aus solch einem bescheidenen Programm wird es ganz sicher keine PR-Schlacht geben. Wieso braucht es das? Natürlich kommen Leute aus der Schweiz nach Luzern, denn Luzern ist bekannt. Sie kommen vielleicht etwas weniger, das wurde auch bereits gesagt. Diesen Sommer wird es keine Festivals geben, kein Blue Balls Festival und auch kein Lucerne Festival. Das sind attraktive Angebote, die zusätzliche Leute bringen, welche auch in der Stadt übernachten. Es geht darum, Leute aus der Schweiz zu gewinnen, die in Luzern tatsächlich übernachten, damit die tiefen Übernachtungszahlen, im Schnitt sind es 1,7 pro Jahr, länger werden und dass die Leute nicht nur zum Mittagessen in die Stadt Luzern kommen. Die Schweizer machen dieses Jahr mit Corona mehr Ferien auf dem Land und in den Bergen. Man muss sie überzeugen, in die Städte zu kommen. Das braucht einen Effort. Zu den Arbeitsplätzen: 10'000 Logiernächte mehr in Luzern bringen einen zusätzlichen Umsatz von 2,6 Mio. Franken. 2,6 Mio. Franken mehr, sichert Arbeitsplätze. In diesem Sinn: «Jede Übernachtung zählt».

Marco Müller hat als Fan der Digitalisierung eine Anmerkung an das Votum von Finanzdirektorin Franziska Bitzi. Sie sagte, wir hätten ein Problem des Onlinehandels. Doch wir sind nicht beim Heimatschutz. Der Onlinehandel ist nicht nur ein Problem, sondern auch eine Chance. Gerade zu Zeiten von Covid sieht man, dass der Onlinehandel für ältere Leute oder für Berufstätige sehr wichtig ist. Man sieht, dass beispielsweise das Gewerbe, das bis anhin keinen Online-Shop hatte oder Restaurants, die bis anhin kein Take-away anboten, nun motiviert sind, solche Angebote auf die Beine zu stellen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub antwortet gleich auf dieses Votum und sagt, dass ihr Satz vielleicht etwas verkürzt daherkam. Sie sprach vom Problem des stationären Detailhandels, nicht von ihrem Problem mit dem Onlinehandel. Sie glaubt auch, dass der Onlinehandel gerade während des Lockdowns ein grosser Segen war. Gute Geschäfte wissen seit Jahren, dass sie hybride Verkaufskanäle brauchen, d.h. dass sie beispielsweise Produkte online anbieten, welche man vor Ort ausprobieren kann; der Onlinehandel ergänzt ihr Angebot. Aber der stationäre Detailhandel kämpft

damit, dass Leute im Geschäft die Ware anfassen, das haptische Erlebnis haben, sich beraten lassen und nachher von zu Hause online die Preise vergleichen und online bestellen. Deshalb führt das zum Beispiel dazu, dass man inzwischen Beratungspauschalen verlangen muss, weil die Miete, um das Produkt auszustellen, etwas kostet. Es ist auf keinen Fall die Meinung der Sprechenden, dass der Onlinehandel an sich ein Problem ist. Dann wäre sie ganz falsch verstanden worden.

Christian Hochstrasser geht auf das Votum von Jules Gut ein. Es kam irgendwie daher, wie wenn man mit dem Kredit, der gesprochen wird, dafür verantwortlich ist, wie viele Arbeitsplätze im Tourismus in der Stadt Luzern in Zukunft erhalten bleiben und wie es mit den Entlassungen ist. Gleichzeitig wird vorgeworfen, dass es willkürlich ist, bei den einen Kreditbedingungen zu stellen und bei den anderen nicht. Es liegen fünf Anträge vor: Kultur und Sport, Spielgruppe, ein interner Teil der Baugesuche und zwei hier umstrittene Anträge. Man muss die Anträge unterscheiden. Es ist nicht ganz das gleiche, wenn von der Aufgaben- und Finanzplanung her definiert ist, dass die Stadt eine Aufgabe hat und Unterstützung bringen muss, weil diese sonst nicht zustande kommt (Stichwort Kultur und Sport oder Stichwort Spielgruppe, wo es einen klaren Auftrag gibt für die frühe Förderung), die also einen Zusammenhang haben zu den Aufgaben, die die Stadt hat, gegenüber den letzten zwei Anträgen, die – das hörte man immer wieder, wenn man sich im Parlament kritisch gegen die eine oder andere Auswirkung der Branchen geäußert hatte – reine privatwirtschaftliche Tätigkeiten sind. Das ist vielen von uns auch wichtig. Es liegt nun ein Kredit vor, bei dem das Parlament bei den Nummern fünf und sechs bedingungslos und relativ unbegründet Beiträge sprechen soll. Selbstverständlich dynamisch, denn die Gesuche sind noch nicht da. Der Sprechende meint, dass es nichts als recht ist, kritisch nachzufragen, für was das Geld gebraucht wird. Bis anhin hiess es immer, man solle die Finger davon lassen, das ginge die Politik nichts an. Solange der Tourismus gut lief, hiess es, eine Steuerung, eine politische Einflussnahme sei nicht in Ordnung; das sei freie Privatwirtschaft. Jetzt, wo es schlecht läuft, will man einen möglichst bedingungslosen Kredit und so wie Jules Gut es ausführte, einen fast unbeschränkten. Er würde grösseren Beträgen auch noch zustimmen, würden diese zur Debatte stehen. Es ist grundsätzlich und aufgrund dieser Krise legitim, zu schauen, wo unterstützt werden kann und wo Auswirkungen volkswirtschaftlicher Natur verhindert werden können. Bei diesen zwei Punkten geht es aber nicht darum, dass das Parlament sich gegen den Detailhandel oder gegen den Tourismus stellt. Das Parlament stellt sich einfach die Frage, ob es das Geld braucht und wenn Ja, wo. Beim Detailhandel, es wurde erwähnt, verfügt der ALI-Fonds für dieses Jahr aufgrund der Fondsbestände und dem, was dieses Jahr eingelegt wurde, über einen Betrag von Fr. 720'000.–. Dieser Betrag steht genau für das zur Verfügung, was im Bericht und Antrag dargelegt ist. Symbolisch Fr. 200'000.– aufzustocken ist nicht seriös, wenn man offensichtlich sieht, dass das nicht nötig wäre. Beim Tourismus stellt sich die Frage, was mit städtischen Geldern in dieser Zeit wirklich sichergestellt werden soll und ob es sinnvoll ist. Man darf kritisch hinterfragen, Martin Merki hat schön ausgeführt, wie gross die Budgets anderer Regionen sind. Man darf kritisch hinterfragen, ob die Stadt die richtige Adresse ist, die in der Romandie geplante Plakataktion, um auf Luzern aufmerksam zu machen, mitzufinanzieren. Das mag ein Ansatz sein, es ist in Ordnung, wenn das Luzern Tourismus so macht und das Geld auftreibt, aber es ist nicht in Ordnung, zu denken, wenn die Stadt Luzern

mithilft, ein paar Plakate zu finanzieren, würden hier 10'000 Arbeitsplätze gerettet. Die G/JG-Fraktion ist der Meinung, dass die Wirksamkeit dieser «Recovery-Kampagne», über die im Bericht und Antrag nicht steht, dass diese praktisch rein marketingmässig aufgelegt ist, sehr fragwürdig ist. Wenn städtisches Geld ins Spiel kommt, darf man fragen, ob die Massnahme sinnvoll ist und man kann je nach dem zum Schluss kommen, dem zuzustimmen oder nicht. Irina Studhalter hat es bereits ausgeführt: Die G/JG-Fraktion will die Tourist Information als Service public für die Leute, die nach Luzern kommen und die sich über die Angebote interessieren, unterstützen. Deshalb wurde der Antrag gestellt. Das ist der Schlüssel für diesen Sommer: Man muss Angebote haben und diese auch gestalten können. So wie es für die Fraktion daherkommt im Bericht und Antrag, geht es hier im zweiten Teil um eine Marketingkampagne; dass man dort kritisch sein darf, ist mehr als legitim.

Somit tritt der Grosse Stadtrat auf den B+A 19/2020: «Sonder- und Nachtragskredite zum Budget 2020 aufgrund der Corona-Pandemie» ein.

DETAIL

Seite 20 5 Taskforce Detailhandel

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung folgende **Protokollbemerkung** einstimmig (11 : 0 : 0) überwiesen:

Die Fondsverwaltung des ALI-Fonds wird eingeladen, Gesuche der Taskforce Detailhandel beschleunigt zu prüfen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung dazu.

Somit überweist der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung.

Seite 20 5.2 Ursache

Irina Studhalter stellt im Namen der G/JG-Fraktion folgende **Protokollbemerkung:**

Der gesprochene Kredit wird ausschliesslich für wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften eingesetzt und hält das parlamentarisch verabschiedete Ziel von Netto Null Co ₂ -Emissionen bis 2030 ein.
--

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Protokollbemerkung wurde in der Geschäftsprüfungskommission auch gestellt und knapp, mit 5 : 6 : 0 Stimmen, abgelehnt.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion gehört zu denjenigen, die diese Protokollbemerkung in der Geschäftsprüfungskommission abgelehnt hat. Bei den 3,7 Mio. Franken für Kultur und Sport

stellte das Parlament auch keine Bedingungen. Wenn man Bedingungen an Gelder stellt, dann bitte an alle oder an niemanden. Jetzt befindet man sich in einem Coronapandemie-Notfallszenario. Man muss möglichst schnell möglichst gut versuchen, den Schaden klein zu halten. Der Schaden wird riesig sein. Man schaut, wo man noch Brände löschen, wo man noch etwas retten kann. Man muss pragmatisch vorgehen können und sollte nicht noch Überprüfungen machen müssen, ob das irgendetwas tangiert. Jetzt muss es heissen «go into action», um möglichst schnell wieder schlagkräftig zu sein. Die FDP-Fraktion wird die Protokollbemerkung ablehnen.

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion wird die Protokollbemerkung auch ablehnen. Es geht um eine schnelle und unkomplizierte Hilfe ohne Bedingungen.

Marcel Lingg: Was soll man unter dieser Protokollbemerkung überhaupt verstehen? Für die SVP-Fraktion wird hier Schlagwortpolitik betrieben. Es werden wieder altbekannte Wörter in die politische Runde geworfen, wie zum Beispiel «nachhaltig» oder «Netto Null CO₂», «Start-up» usw. Wie das genau umgesetzt werden soll, darüber hat der Sprechende keine Ahnung. Wie will man nachher, wenn man die Fr. 200'000.– sprechen würde, das umsetzen? Was muss man für Abklärungen machen, damit das im Sinn der heutigen Protokollbemerkung als nachhaltig angeschaut werden kann? Nachhaltigkeit ist ein Schlagwort. Man muss sich bewusst sein: Der Begriff Nachhaltigkeit wird nicht von allen Parlamentariern und Parlamentarierinnen gleich angeschaut. Was die SVP-Fraktion vielleicht als nachhaltig anschaut, wurde von linker Seite, es passierte schon oft, als nicht nachhaltig angeschaut. Vielleicht gilt das auch umgekehrt. Deshalb sieht die SVP-Fraktion davon ab, mit dem Schlagwort Nachhaltigkeit eine Vorgabe zu machen, die nicht umgesetzt werden kann. Die SVP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung aus formellen Gründen ab.

Irina Studhalter geht auf die Voten ein. Zur SVP-Fraktion gewandt, sagt sie, dass es ihr bewusst ist, dass der Begriff Nachhaltigkeit unterschiedlich interpretiert werden kann; genau deshalb hat sie ihn auf drei Säulen aufgesplittet und dadurch definiert. Die Sprechende will mit der Protokollbemerkung ein Fragezeichen zum Umstand setzen, dass die Situation seit zweieinhalb Monaten besteht, aber dass bis jetzt noch keine konkrete Idee vorliegt, wie man das Geld einsetzen möchte. Zur FDP-Fraktion gewandt sagt sie, dass die Brände, die jetzt brennen, auch in Zukunft brennen und noch mehr brennen werden, wenn man nicht auf unsere Wirtschaft und auf unsere Welt schaut. Die u. a. genannte Billettsteuer fliesst in Fonds. Diese Fonds haben sehr wohl Kriterien. Deshalb findet es die Sprechende legitim, wenn man da auch Kriterien aufstellt.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach wiederholt für die Abstimmung die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion:

Der gesprochene Kredit wird ausschliesslich für wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften eingesetzt und hält das parlamentarisch verabschiedete Ziel von Netto Null-Co ₂ -Emissionen bis 2030 ein.
--

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung mit 19 : 24 : 1 Stimmen ab.

Irina Studhalter stellt wie angekündigt den **Antrag**, den Unterstützungsbeitrag für die LTAG auf Fr. 200'000.– zu senken und dass dieses Geld ausschliesslich für die Tourist Information eingesetzt werden soll.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach würde diesen Antrag gerne unter Kapitel 10, Anträge, behandeln und dort zur Abstimmung bringen. Hier geht es vor allem um Protokollbemerkungen und ähnlichem. Der Sprechende fragt, ob Irina Studhalter damit einverstanden ist.

Irina Studhalter ist damit einverstanden.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach übergibt das Wort an Martin Wyss, der eine Protokollbemerkung angekündigt und diese im Vorfeld verschickt hat. In der Zwischenzeit wurde die Protokollbemerkung noch leicht angepasst.

Martin Wyss: Es geht darum, dass im Bericht und Antrag leider nicht umrissen wird, wie die Gelder eingesetzt werden sollen. Man muss davon ausgehen, dass das mehr oder weniger eine Flyer-Werbeaktion ist, um jetzt Brände zu löschen. Die SP/JUSO-Fraktion ist sehr skeptisch, ob es sinnvoll ist, jetzt Steuergelder für solch eine Brandlöschaktion einzusetzen. Im Eintreten wurde erwähnt, dass reingeredet werde, wie man es genau machen soll. Um das geht es nicht. Der SP/JUSO-Fraktion geht es darum, eine gewisse Nachhaltigkeit sicherzustellen, wenn jetzt Geld gesprochen wird. Wenn Steuergelder eingesetzt werden, ist man als Stadt verpflichtet, diese nachhaltig einzusetzen und nicht in einer Aktion zu verbräteln. Wenn es sich um eine Einmalaktion handelt, wird das Geld mehr oder weniger verpuffen. Es gibt jetzt einen Wettbewerb, ganz akut. Ob die LTAG ein Versäumnis in der kurzen Frist wettmachen kann, stellt die SP/JUSO-Fraktion in Frage. Die Fraktion glaubt aber und sieht eine Perspektive, dass Luzern Tourismus aus Fehlern auch lernen kann und die Fraktion erwartet das auch von ihr und will sich deshalb dem nicht komplett verschliessen. Martin Merki erwähnte es: Die Transformation geht nicht von heute auf morgen. Das sieht die SP/JUSO-Fraktion auch so. Es ist aber wichtig, sich zu überlegen, ob man daran glaubt, dass die Aktion/Kampagne, die man macht, etwas nützt. Wenn man daran glaubt, dann soll diese nachhaltig gemacht werden, und zwar über mehrere Jahre, und man baut das Potenzial aus. Wenn man nicht daran glaubt, dass es irgendetwas bringt und man eine Einmalaktion macht, dann lässt man das Geld lieber sein, als es zu verpuffen. Um der LTAG im Hinblick auf die Neuverhandlungen der Leistungsvereinbarung die Chance zu geben, zu zeigen, was sie kann, zu zeigen, dass sie bereit ist, sich zumindest teilweise neu auszurichten und den Schweizermarkt und den Markt des nahen Auslands stärker aufzunehmen, möchte die SP/JUSO-Fraktion folgende **Protokollbemerkung** platzieren:

Der Stadtrat knüpft an die Gewährung des Unterstützungsbeitrages die Bedingung, dass die LTAG ein Programm zur Stärkung im Schweizermarkt und im nahen Ausland mindestens bis zum Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung zwischen Stadt Luzern und LTAG fortführt.

Die SP/JUSO-Fraktion glaubt, dass die im Eintreten erwähnte Position der SVP-Fraktion durchaus aufgenommen werden kann und man mit dieser Protokollbemerkung eine Möglichkeit bietet, die Gelder jetzt in dieser Notsituation zu sprechen und gleichzeitig eine gewisse Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Der Stadtrat erhielt gestern Kenntnis von dieser Protokollbemerkung, allerdings nicht in der absolut neusten Form. Sie sieht aber sehr ähnlich aus. Der Stadtrat hat diese nur andiskutiert, kann sich aber vorstellen, die Protokollbemerkung entgegenzunehmen. Ein formeller Beschluss dazu hat der Stadtrat nicht gefasst.

Sonja Döbeli Stirnemann: Es besteht das Problem, dass man jetzt fast zu einer Kommissionssitzung verkommt. Die Sprechende versteht die Protokollbemerkung nicht ganz. Von welchem Unterstützungsbeitrag geht man aus? Knüpft man an die Fr. 440'000.– bzw. die Fr. 220'000.– an oder an den gesamten Betrag für die nächsten Jahre? Um sich eine Meinung machen zu können, müsste die Protokollbemerkung etwas präziser sein.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion konnte die Protokollbemerkung noch nicht gross in der Fraktion diskutieren, weil sie erst gestern zugestellt wurde. In dem Kreis, in dem der Sprechende es diskutieren konnte, kam man zur Erkenntnis, dass es schwierig sein wird, diese heute abzulehnen, obwohl Martin Wyss gefühlt fünfzig Mal das Wort Nachhaltigkeit in den Mund genommen hat und es der SVP-Fraktion etwas gleich ergeht wie der Vorrednerin: Was wird genau mit dieser Protokollbemerkung verlangt? Wenn es einfach darum geht, dass Luzern Tourismus in der Summe von Fr. 200'000.– innerschweizerisch und im nahen Ausland (dieser Begriff müsste auch noch näher definiert werden; wie weit geht das?) Marketingmassnahmen macht, geht der Sprechende davon aus, dass das bereits heute in dem Betrag gemacht wird. In dem Sinn ist die Protokollbemerkung vermutlich gegenstandslos oder einfach die Fortführung der heutigen Praxis der Luzern Tourismus AG. Insofern kann die SVP-Fraktion der Protokollbemerkung zustimmen.

Mirjam Fries hat die Protokollbemerkung so verstanden, dass man sich, wenn man das Geld jetzt spricht, auch später mehr auf den Schweizertourismus ausrichtet. Es geht schlussendlich um eine Neuausrichtung von Luzern Tourismus Richtung Schweiz und nahes Ausland. Die Sprechende hat im Prinzip nichts gegen diese Neuausrichtung, aber heute geht es um die Sofortmassnahmen. Es geht nicht um eine Grundsatzdiskussion, es ist etwas ähnlich wie vorhin bei der Diskussion über den Detailhandel. Deshalb macht die Sprechende beliebt, diese Protokollbemerkung abzulehnen. Die CVP-Fraktion wird auch den Kürzungsantrag der G/JG-Fraktion nicht unterstützen. Es geht um das Paket für die Sofortmassnahmen, hinter denen die CVP-Fraktion steht. Die Fraktion vertraut Luzern Tourismus, dass das Geld gut eingesetzt wird.

Irina Studhalter: Die Protokollbemerkung wird von der G/JG-Fraktion nicht einstimmig unterstützt, sie ist umstritten. Auf der einen Seite unterstützt die Fraktion, dass wenn das Geld schon gesprochen wird, es ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig eingesetzt wird und auf der anderen

Seite findet die Fraktion die Protokollbemerkung obsolet, weil die LTAG im Moment gar keine andere Wahl hat als lokal Werbung zu schalten. Die G/JG-Fraktion vertritt nach wie vor die Meinung, dass auf eine staatlich finanzierte Vermarktung verzichtet werden soll.

Jules Gut geht davon aus, dass die LTAG in den nächsten paar Monaten vor allem im Schweizermarkt und allenfalls im nahen Ausland Marketingmassnahmen unternehmen wird. Deshalb erachtet die GLP-Fraktion die Forderung als gegenstandslos.

Martin Wyss versucht, den Interpretationen über die Protokollbemerkung ein Ende zu setzen. Die SP/JUSO-Fraktion will die Tourist Information stärken. Sie glaubt, dass es ein ganz wichtiger Teil im Bericht und Antrag ist, jetzt den Platz Luzern gut zu positionieren und die Dienstleistungen an den Mann und die Frau zu bringen. Um diesen Teil geht es selbstverständlich nicht. Es geht um den «Recovery-Teil», der im Unklaren, im Nebigen ist, was er tatsächlich sein soll. Es geht um einen Auftrag an die LTAG. Wenn das Parlament das Geld spricht, ist es legitim und angebracht, jetzt der LTAG zu sagen, sie solle die Kritik wahrnehmen, die seit längerer Zeit an sie gerichtet wird. Neben anderen Fokussierungen, die Luzern Tourismus hat, soll die LTAG auch den Schweizermarkt und auch den Markt des näheren Auslands berücksichtigen und dem Parlament, wenn man die Leistungsvereinbarungen macht, ein konkretes Programm vorstellen, denn diese Diskussion wird sowieso kommen. Das ist die Idee dieser Protokollbemerkung.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach liest die Protokollbemerkung, über die nun abgestimmt wird, nochmals vor:

Der Stadtrat knüpft an die Gewährung des Unterstützungsbeitrages die Bedingung, dass die LTAG ein Programm zur Stärkung im Schweizermarkt und im nahen Ausland mindestens bis zum Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung zwischen Stadt Luzern und LTAG fortführt.

Gianluca Pardini fügt vor der Abstimmung noch eine Erklärung zu dieser Protokollbemerkung an: In den Jahresberichten oder Geschäftsberichten der LTAG der letzten Jahre sieht man, wo das Marketingbudget hingeflossen ist: Rund ein Viertel der Marketingmassnahmen floss in den letzten Jahren in den asiatischen Markt. Die Schweiz ist mit knapp einem Vierzigstel des Marketingbudgets betroffen. Und um den Begriff Nachhaltigkeit noch zu verdeutlichen: Sobald ein Konjunktуреinbruch oder eine Krise stattfindet, wie wir sie heute erleben, ist der Tourismus mit den fernen Märkten sehr anfällig, das erlebte man schon bei den Weltkriegen vor hundert Jahren. Wenn die LTAG eine Strategie hat, wie sie in den nahen ausländischen Markt, aber auch in den Schweizermarkt investieren will, kann man so einen wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Tourismus fördern. Es soll in der heutigen Diskussion nicht weiter ausgeführt werden, aber wenn man die erwähnten Relationen der Marketingbudgets betrachtet, wo die LTAG bis heute investiert hat, dann ist das aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion nicht nachhaltig. Für diejenigen, die noch unentschieden sind bezüglich der Protokollbemerkung, macht der Sprechende beliebt, diese zu unterstützen.

Sonja Döbeli Stirnemann wird die Protokollbemerkung ablehnen. Luzern ist eine grosse Tourismusmarke. Sie ist es auch dank dem ganzen Marketing geworden. Die Stadt Luzern hat eine

grosse Tourismusindustrie; viele sind in diesem Sektor beschäftigt. Diese grosse Maschine kann mit Schweizergästen allein nie gefüllt werden. Auch aus Sicht der Wertschöpfung nicht: Eine Schweizerfamilie vermag beim besten Willen kaum ein Nachtessen in einem Restaurant. Wenn nun geträumt wird, dass die «bösen» Chinesen nicht mehr kommen und anstelle die Welschen kommen sollen, dann muss klar gesagt werden, dass mit ihnen das Volumen nie erreicht werden kann. Es wird einen Rückgang dieser Tourismusmaschinerie in der Stadt Luzern geben, wenn die Fernmärkte nicht mehr offen sind. Wie die langfristige Strategie des Luzern Tourismus aussehen soll, darüber diskutiert das Parlament ein anderes Mal. Heute geht es wirklich um die sofortige Recovery, um das, was überhaupt noch zu retten ist. Deshalb lehnt die Sprechende die Protokollbemerkung ab.

Jules Gut findet es unfair, dass man im Rat auf die Schnelle sagt, dass man jetzt von linksgrüner Seite den Tourismus per Geld nachhaltig sozial und ökologisch macht. Die Kritik an der einseitigen Fokussierung des Tourismus, an dem man sich zu lange, zu fest ausgerichtet hat, ist schon längst angekommen. Es gab bereits zahlreiche Kommissionssitzungen, an denen man das mit dem Tourismus deutsch und deutlich diskutiert hat. Der Grosse Stadtrat überwies auch eine Motion mit der Forderung, dass man den Tourismus 2030 miteinander diskutiert und man sich ganz konkret Überlegungen macht, wohin der Tourismus führen soll. Es stimmt nicht, dass der Luzerner Tourismus blind auf eine Wand zusteuert. Das war vielleicht vor vier, fünf Jahren noch der Fall. Aber heute stimmt es nicht mehr. Man arbeitet daran, man macht sich ernsthaft Gedanken, wie der Wandel bewerkstelligt werden kann. Die Tourismuskussion ist vergleichbar mit der Klimadiskussion: Einfach das Gefühl haben, nächstes Jahr könne man das Gasnetz in der Stadt Luzern abschalten und dann sei Friede, Freude, Eierkuchen, funktioniert schlicht und einfach nicht. Wenn man sieht, welche Kundensegmente welche Wertschöpfung bringen, ist es ein völliger Realitätsverlust und naiv zu denken, deutsche Gäste, die eh das meiste Essen im Auto mitnehmen, könnten die Tourismusdestination Stadt Luzern retten. Die Diskussion über die Ausrichtung des Tourismus wird mit der LTAG geführt werden, es werden Leistungsvereinbarungen mit ihr gemacht, und mit der Motion Tourismus Luzern 2030 ist gewährt, dass es zu einer ausführlichen Diskussion im Rat kommen wird. Mittels Protokollbemerkung so schnell im Rat irgendwelche Forderungen, die nicht ganz klar sind, was sie bedeuten, durchzusetzen, ist schwierig.

Marcel Lingg: Das eine tun und das andere nicht lassen. Wenn die SVP-Fraktion der Protokollbemerkung zustimmt, damit man in den nächsten zwei, drei Jahren weiterhin die Summe von Fr. 200'000.– in schweizerische Werte oder in solche aus dem nahen Ausland investiert, dann heisst das nicht, dass die SVP-Fraktion eine Gegnerin einer weltweiten Vermarktung ist. Die Schwarz-Weiss-Malerei der SP/JUSO-Fraktion, die sagt, dass es «liebe» Touristen gibt (der Schweizer und der nahe Ausländer) und den «bösen» Touristen (den umweltschädigenden aus Übersee), macht die SVP-Fraktion nicht. Die Fraktion ist für beide Arten des Tourismus. Die SVP-Fraktion kann dieser Protokollbemerkung in dem Sinne zustimmen, dass man nun bis zur neuen Leistungsvereinbarung in drei Jahren eine Übergangslösung hat, d.h., man investiert weiterhin die Summe von Fr. 200'000.– in schweizerische und nahe Auslandmärkte. Mehr versteht der Sprechende unter dieser Protokollbemerkung nicht. Eigentlich spricht man über nichts.

Simon Roth: Wenn man Sonja Döbeli Stirnemann und Jules Gut zuhört, muss man sagen, dass das Geld, das man da investiert, nichts bringt. Schweizerinnen und Schweizer und auch Deutsche können sich Luzern nicht leisten, wird gesagt. Was man jetzt quasi machen würde, gemäss ihren Aussagen, ist, dass man gutes Geld verbrennt. Das kann nicht die Strategie der Stadt Luzern sein und ist wahrscheinlich allen klar in diesem Saal. Die SP/JUSO-Fraktion will, wenn man daran glaubt, dass es etwas bringt, dass man das nicht einfach für die nächsten paar Monate macht, sondern für die nächsten zwei, drei Jahre. Es ist auch nicht so, wie Marcel Lingg sagt, dass es ein Schwarz-Weiss-Schema ist. Wenn man sagt, man stärkt mit den Fr. 200'000.– den Fokus Schweiz und das grenznahe Ausland – das ist ein Bruchteil des Marketingbudgets von Luzern Tourismus –, kann immer noch viel Werbung in Südostasien betrieben werden, sollte sich das irgendeinmal wieder rentieren. Wenn man dieser Protokollbemerkung nicht zustimmt, mit diesen Argumenten, die der Sprechende hörte, dann muss man zwingend quasi den ganzen Kredit ablehnen.

Martin Wyss bestärkt das Votum von Simon Roth zu den Äusserungen von Sonja Döbeli Stirnemann. Wenn es wirklich keine Option ist, dass Schweizer nach Luzern kommen und da Ferien machen, muss man es sein lassen. Denn dann gibt es in diesem Bereich nichts zu gewinnen und Steuergelder sollen nicht in solch eine Kampagne investiert werden. Bezüglich der Forderung in der Protokollbemerkung verweist der Sprechende auf den konkreten Text, den er geschickt und nun auch nochmals verteilt hat und sagt, dass es um ein Programm geht, in welchem die LTAG aufzeigen kann, wie in diesen Märkten eine Stärkung erzielt werden kann. Gemessen wird das, wenn die neue Leistungsvereinbarung abgeschlossen wird; dann wird die Diskussion geführt. Der LTAG wird bewusst keine Auflage gemacht, wie sie das macht, mit welchen Strategien, wie viel Geld sie dafür einsetzt. Um das geht es genau nicht. Deshalb ist es auch kein Schwarz-Weiss-Denken, sondern eine Bemerkung. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet, dass es in diesen Märkten eine Stärkung gibt. Die LTAG soll aufzeigen, wie sie das macht und wie sie das Programm entwickelt. Der Sprechende bittet, die Protokollbemerkung zu überweisen.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach lässt über folgende Protokollbemerkung abstimmen:

Der Stadtrat knüpft an die Gewährung des Unterstützungsbeitrages die Bedingung, dass die LTAG ein Programm zur Stärkung im schweizerischen Markt und im nahen Ausland mindestens bis zum Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung zwischen Stadt Luzern und LTAG fortführt.
--

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.

Stefan Sägesser macht ein **Rückkommen**. Er bittet, die Abstimmung zur Protokollbemerkung zu wiederholen und die Stimmen auszuzählen.

Der Grosse Stadtrat ist mit der Wiederholung der Abstimmung einverstanden.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung mit 23 : 16 : 5 Stimmen.

Irina Studhalter von der G/JG-Fraktion stellt den **Antrag**, den Unterstützungsbeitrag für die LTAG auf Fr. 200'000.– zu kürzen mit der Auflage, dass der Betrag nur der Tourist Information zugutekommt.

Jules Gut von der GLP-Fraktion stellt ebenfalls einen **Antrag**, nämlich den Beitrag an die LTAG ohne Zweckbindung auf Fr. 640'000.– zu erhöhen.

GPk-Präsident Gianluca Pardini: An der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission wurden beide Anträge gestellt. Der erste Antrag von der G/JG-Fraktion für eine Kürzung auf Fr. 200'000.– wurde mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt, der zweite Antrag von der GLP-Fraktion, den Beitrag an die LTAG auf Fr. 640'000.– zu erhöhen, wurde mit 1 : 10 : 0 Stimmen abgelehnt.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion wird an den Fr. 440'000.– festhalten und sagt zuhänden der G/JG-Fraktion: Es ist schön, dass diese sich nun so um die Tourist Information kümmert. Vor Jahren hätte man gerne vor der Tourist Information Sitzbänke hingestellt, damit die Leute besser hinein- und hinausgehen und draussen warten können. Damals machte die G/JG-Fraktion einen grossen Aufstand und sagte, das sei nicht möglich und dass die Tourist Information möglichst unattraktiv und kaum sichtbar in der Stadt Luzern sein soll. Vielleicht findet man sich, damit man die Tourist Information aufwerten kann, nachdem die G/JG-Fraktion ein Herz dafür gefunden hat.

In der Gegenüberstellung des Antrags der G/JG-Fraktion auf eine Kürzung des Unterstützungsbeitrags an die LTAG auf Fr. 200'000.– zum Antrag der GLP-Fraktion auf eine Erhöhung des Beitrags auf Fr. 640'000.– obsiegt der Antrag der G/JG-Fraktion.

In der Gegenüberstellung des Antrags der G/JG-Fraktion auf einen Unterstützungsbeitrag von Fr. 200'000.– zum Antrag des Stadtrates auf einen Unterstützungsbeitrag an die LTAG von Fr. 440'000.– obsiegt der Antrag des Stadtrates.

- I. **Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 43 : 0 : 0 Stimmen für die Kompensation von Billettsteuerausfällen (Fonds Kultur und Sport, FUKA-Fonds, Fonds Jugendsportförderung) einen Sonderkredit von 3,7 Mio. Franken.**
- II. **Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Kompensation von Billettsteuerausfällen (Fonds Kultur und Sport, FUKA-Fonds, Fonds Jugendsportförderung) einen Nachtragskredit von 3,7 Mio. Franken.**
- III. **Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Ausfallentschädigung Spielgruppen einen Nachtragskredit von Fr. 236'200.–.**

- IV. Der Grosse Stadtrat bewilligt für den Abbau des Bearbeitungsstaus bei pendenten Baugesuchen und Baukontrollen einen Nachtragskredit von Fr. 86'000.–.
- V. Der Grosse Stadtrat lehnt mit 18 : 23 : 3 Stimmen einen Nachtragskredit von Fr. 200'000.– für die Taskforce des Detailhandels ab.
- VI. Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 37 : 1 : 6 Stimmen für einen Unterstützungsbeitrag an die Luzern Tourismus AG einen Nachtragskredit von Fr. 440'000.–.
- VII. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

Der definitive Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 19 vom 22. Mai 2020 betreffend

**Sonder- und Nachtragskredite zum Budget 2020
aufgrund der Corona-Pandemie**

- **Kompensation von Billettsteuer-Ausfällen**
- **Ausfallentschädigung Spielgruppen**
- **Abbau Bearbeitungsstau bei pendenten Baugesuchen und Baukontrollen**
- **Taskforce Detailhandel**
- **Unterstützungsbeitrag Luzern Tourismus AG,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Kompensation von Billettsteuerausfällen (Fonds Kultur und Sport, FUKA-Fonds, Fonds Jugendsportförderung) wird ein Sonderkredit von 3,7 Mio. Franken bewilligt.
- II. Für die Kompensation von Billettsteuerausfällen (Fonds Kultur und Sport, FUKA-Fonds, Fonds Jugendsportförderung) wird ein Nachtragskredit von 3,7 Mio. Franken bewilligt.

- III. Für die Ausfallentschädigung Spielgruppen wird ein Nachtragskredit von Fr. 236'200.– bewilligt.
- IV. Für den Abbau des Bearbeitungsstaus bei pendenten Baugesuchen und Baukontrollen wird ein Nachtragskredit von Fr. 86'000.– bewilligt.
- V. Der Nachtragskredit von Fr. 200'000.– für die Taskforce des Detailhandels wird **abgelehnt**.
- VI. Für einen Unterstützungsbeitrag an die Luzern Tourismus AG wird ein Nachtragskredit von Fr. 440'000.– bewilligt.
- VII. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum

6 Bericht und Antrag 6/2020 vom 4. März 2020: Ersatzbeschaffung Lösch- und Rettungsboot Sonder- und Nachtragskredit

EINTRETEN

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Sozialkommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 7. Mai 2020 den B+A 6/2020: «Ersatzbeschaffung Lösch- und Rettungsboot» behandelt. Der Sonder- und Nachtragskredit ist nötig, weil das aktuelle Lösch- und Rettungsboot «Donner» mit seinen 26 Jahren am Ende seiner Lebensdauer angekommen ist und weil es undichte Risse sowie starke Abnutzungserscheinungen und Materialermüdungen hat. In der Kommission ist die Notwendigkeit dieser Neuinvestition absolut unbestritten gewesen. Die Mehrheit der Sozialkommission unterstützt das gewählte Verfahren mit der öffentlichen Ausschreibung nach GATTWTO und dem daraus resultierenden Zuschlag an die finnische Firma Weltec Marina Ab und die Beschaffungskosten, die die Stadt Luzern zu tragen hat. Eine Minderheit der Kommission ist für eine Rückweisung des Antrags gewesen und hat auch den Kredit abgelehnt oder sich der Stimme enthalten. Kritisiert worden ist einerseits der Kostenteiler zuungunsten der Stadt. Bei der Beschaffung ist es so, dass die Stadt knapp 53 % der Kosten übernimmt, was Fr. 482'000.– entspricht und der Kanton nur 37 %, was Fr. 340'000.– entspricht. Die Gebäudeversicherung übernimmt 10 %, was Fr. 91'000.– entspricht. Andererseits wurden die wesentlich höheren Anschaffungskosten als die, von denen man am Anfang ausgegangen ist, kritisiert. Der Zuschlag an eine ausländische Firma hat ebenfalls für Kritik gesorgt. Mit 5 : 1 : 3 Stimmen unterstützt die Sozialkommission mehrheitlich diesen Sonder- und Nachtragskredit zur Ersatzbeschaffung des Lösch- und Rettungsbootes.

Stefan Sägesser: Es ist schade, dass Blitz und Donner schneller über uns hinwegziehen, als so ein neues Löschboot beschafft werden kann. Die ganze Geschichte begann vor Jahren. Der Spre-

chende möchte diese aber nicht nochmals aufrollen. Teilweise ist sie im Bericht und Antrag wiedergegeben. Der Sprechende ist froh, dass die Sozialkommission zweimal über das Geschäft informiert wurde und zwar auch über beispielsweise die Diskussionen, ob das Verfahren nach GATT/WTO durchgeführt werden soll oder nicht. Ein weiterer Diskussionspunkt war der Heimatschutz, ob Ja oder Nein, und selbstverständlich der Kostenteiler. Schlussendlich kann man aber sagen, dass dank der Informationen des Feuerwehrkommandanten die Sozialkommission à fond informiert war, erstmals im Januar und letztmals vor knapp einem Monat. Der Kanton hatte damals einen Beitrag gesprochen, man kannte die effektiven Kosten noch gar nicht, sondern konnte sie nur schätzen. Die Richtlinien bzw. ein Pflichtenheft für das, was ein Löschboot können muss, wurde erst später, nach der Bildung einer Arbeitsgruppe, erarbeitet. Die Kriterien waren extrem vielfältig und überzeugten die Kommission. Es wurde sehr seriös gearbeitet. In der Kommission kam die Frage auf, weshalb diese Richtlinien nicht gemacht wurden, bevor der Kanton die Entscheidung über die Geldsprechung traf. Schlussendlich muss gesagt werden, dass der Ersatz des Löschbootes Donner unbestritten ist. Das neue Boot wird von einem finnischen Schiffbauer gemacht, weil dieser am meisten Erfahrung hat. Diese Firma erfüllt die Ansprüche grossmehrheitlich. Der Kanton wurde insofern einbezogen, als dass der Chef der Gebäudeversicherung Head der Arbeitsgruppe war. Man kann sagen, dass das Verfahren nach GATT/WTO sehr gut abgelaufen ist. Preislich gibt es Mehrkosten, aber das neue Boot erfüllt die Anforderungen. Der Kommission wurde an der Sitzung ein Kurzfilm präsentiert, wie solche Lösch- und Bergungsarbeiten von sich gehen. Das Löschboot Donner, das jetzt noch im Einsatz ist, genügt dafür nicht mehr wirklich. Der Kostenteiler ist etwas unschön. Dazu muss man aber festhalten, dass a) das Löschboot Blitz damals vom Kanton bezahlt worden war und sich die Stadt nicht daran beteiligen musste und dass b) der Kostenteiler beim Löschboot Donner aufgrund falscher Voraussetzungen (höhere Kosten als angenommen) am Schluss zuungunsten der Stadt herauskam. Investitionsbeiträge für das Material, sei es für Neu- oder Ersatzbeschaffungen, sind zwischen Stadt und Kanton nicht geregelt. Das ist Verhandlungssache, im Gegensatz zu den Aufgaben, die vom Kanton zuhanden der Feuerwehr abgegolten werden. Insofern war das ein Lehrstück, das Geld kostet. Die GLP-Fraktion ist mit der Neuanschaffung und mit dem Modell, soweit sie das als Nichtschiffbauerin beurteilen kann, zufrieden und mit dem Vorgehen einverstanden. Die GLP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und auch zustimmen.

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Erarbeitung des vorliegenden Berichts und Antrags. Ein weiteres Dankeschön gilt der Feuerwehr für ihren Einsatz gegen Feuer und Naturgewalten und dadurch für unsere Sicherheit. Damit die Feuerwehr weiterhin gute Arbeit leisten kann, ist die Notwendigkeit einer Ersatzbeschaffung des 26 Jahre alten Lösch- und Rettungsbootes absolut gegeben. Für die Sicherstellung hat das bestehende Lösch- und Rettungsboot «Donner» eine ungenügende und unzuverlässige technische Einrichtung und es weist starke Abnutzungserscheinungen und Materialermüdungen auf, die den heutigen Anforderungen nicht mehr genügen. Ausserdem sind durch die Zunahme der Passagiere auf Kursschiffen und privaten Booten auf dem See seit der letzten Anschaffung eines solchen Bootes die Anforderungen massiv gestiegen. Das von der Arbeitsgruppe sorgfältig erarbeitete Pflichtenheft und die öffentliche Ausschreibung nach GATT/WTO haben die Beschaffung eines um Fr. 314'300.– teureren Bootes gegenüber der im Jahr 2019 budgetierten Fr. 600'000 ergeben. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist dies

keine Luxusvariante, sondern eine zeitgemässe und notwendige Lösung. Ärgerlich und sehr un- schön ist das Verschätzen der Kosten um 19 %. Trotz der anscheinend breit zusammengesetzten Arbeitsgruppe fehlte es an Erfahrung bei der Beschaffung eines Lösch- und Rettungsbootes. Dies ist aber bei einer Beschaffung nach über 25 Jahren irgendwie nachvollziehbar. Unverhältnismässig findet die FDP-Fraktion die Beteiligung des Kantons an die höheren Angebotskosten. Anstelle von 50 % werden 37 % durch den Kanton finanziert. Nicht verhältnismässig ist, dass der Kanton den Beitrag an die höheren Angebotskosten nicht angepasst hat. Das ist im Hinblick auf eine zukünftige kantonalübergreifende Einsatzplanung sehr ungünstig, obwohl der Fairness halber erwähnt werden muss, dass der Kanton die Feuerwehr der Stadt Luzern jährlich mit rund Fr. 170'000.– für den Betrieb des Ölwehrstützpunktes inklusive der dazu gehörenden Boote entschädigt.

Dass nicht ein einheimischer Bootsbauer berücksichtigt wurde, ist schmerzhaft, aber wegen den zu hohen Angeboten der Mitbewerber nachvollziehbar. In dieser Zeit ist es absolut richtig und vernünftig, den Zuschlag einer günstigeren und verhältnismässigeren Lösung zu erteilen. Finnland ist als Bootsbauer-Land weltweit bekannt. Die grosse Erfahrung der Firma Weldmec Marine AB und die mögliche Zusammenarbeit mit der Shiptec AG oder der St. Niklausen Schiffgesellschaft (SNG) für die Wartung und als Servicestelle am Vierwaldstättersee überzeugen die Fraktion. Infolge der dringenden Notwendigkeit und Gewährleistung der Sicherheit auf dem See tritt die FDP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit über Fr. 914'300.– und dem Nachtragskredit über Fr. 314'300.– zu.

Heidi Rast: Als Stadt, die im Herzen der Schweiz und am schönsten See liegt, ist es keine Frage, dass sie ein zeitgemässes und den heutigen Anforderungen angepasstes Lösch- und Rettungsboot braucht. Wie der Bericht darlegt, wurden die Vorabklärungen und ein transparentes Vorgehen durch das Fachgremium durchgeführt. Die Ausführungen und Begründungen, warum es ein neues Lösch- und Rettungsboot braucht, sind im Bericht und Antrag schlüssig und nachvollziehbar dargelegt. Das jetzige Boot «Donner» ist seit über 25 Jahren im Einsatz und es ist demnächst Zeit, das Boot durch ein neues, zeitgemässes zu ersetzen, das den heutigen multifunktionalen Anforderungen entspricht. Doch leider sind wegen den bedeutenden Mehrkosten zu den budgetierten Kosten unerfreuliche Diskussionen im Vorfeld geführt worden. Dass die Arbeitsgruppe sowie der beigezogene Experte die Neuanschaffung um fast 20 % zu tief angesetzt haben, ist nicht erfreulich. Der Feuerwehrkommandant der Stadt Luzern konnte aber schlüssig erklären, dass solch ein Boot eine Sonderanfertigung ist und nicht als Serienboot bestellt werden kann. Das heisst also, man musste zuerst die Ausstattung erarbeiten und erst dann wurde klar, was so ein Boot kostet. Warum man aber auf Stufe des Stadtrates und der kantonalen Regierung keine Einigung betreffend eine gerechte Mehrkostenverteilung erreichen konnte, ist nicht ganz schlüssig. Im Jahr 2019, am Anfang der ganzen Geschichte, teilte der Regierungsrat des Kantons Luzern mit, dass er sich mit 50 % an diesen Beschaffungskosten beteiligen wird. Gleichzeitig wurde aber schon die maximale Obergrenze festgelegt, ohne inhaltliche Differenzierung. Zu diesem Zeitpunkt wäre es eigentlich dringend notwendig gewesen, dass der Stadtrat interveniert. Die heutige Kostenverteilung liegt bei fast 53 % bei der Stadt, bei 37 % beim Kanton und bei 10 % bei der Gebäudeversicherung. Das bedeutet, dass die Stadt zusätzlich Fr. 314'000.– aufbringen muss, an die der Kanton nichts beiträgt. Schade, aber es ist nicht mehr zu ändern. Die Sprechende hofft, dass der Stadtrat aus dieser Geschichte seine Lehren zieht und in Zukunft früher interveniert und verhandelt. Nun soll es also ein

modernes und langlebiges neues Lösch- und Rettungsboot für die Feuerwehr der Stadt Luzern geben, das einen optimalen Dienst erbringt. Die G/JG-Fraktion hofft, dass es trotzdem nicht allzu oft in den Einsatz kommen muss. Die G/JG-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und dem Antrag folgen.

Agnes Keller-Bucher: Die Ersatzbeschaffung des Lösch- und Rettungsbootes, das mittlerweile 26 Jahre alt ist, ist für die CVP-Fraktion unbestritten. Es ist wichtig, möglichst schnell, zuverlässig und zeitgemäss ausgerüstet auf dem See einsatzbereit zu sein, wenn auf einem der vielen Ausflugschiffe, Kursschiffe oder auch auf einem Privatboot Feuer ausbricht. Es ist auch wichtig für die Brandbekämpfung von Objekten in Ufernähe. Der Bericht und Antrag sollte eigentlich im Rat ohne grosse Diskussionen durchgehen. Aber da gibt es doch einige Punkte, die erwähnt werden müssen und die die CVP-Fraktion kritisch hinterfragt. Der erste grosse Punkt ist die Finanzierung. Der Anteil des Kantons müsste eigentlich 50 % sein, so war es ursprünglich abgemacht. Nach der Kostenschätzung einer Expertengruppe ging man von einem Kostendach von maximal Fr. 340'000.– für den Kanton aus. Weil der Kostenvoranschlag deutlich überschritten wird und der Kanton nicht bereit ist, von seiner ursprünglichen Finanzierungszusage abzuweichen, ergibt sich ein neuer Kostenteiler von 37 % für den Kanton, von 10 % für die Gebäudeversicherung Luzern und von 52,8 % für die Stadt Luzern.

Auch die Berücksichtigung der finnischen Firma Weldmec Marine Ab hat am Anfang zu Diskussionen geführt. Aber die Tatsache, dass das Boot aus Finnland die höchste Gesamtpunktzahl bei der Ausschreibung erhielt, die Firma dank ihrer grossen Erfahrung überzeugen kann und es zum Schluss noch die günstigste Variante ist, kann die CVP-Fraktion dieser Lösung zustimmen. Die Fraktion ist überzeugt, dass ein neues, zeitgemässes Löschboot zu einer schlagkräftigen Feuerwehr, mit Zentrumslast auf dem Vierwaldstättersee, dazugehört. Die CVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird diesem zustimmen.

Claudio Soldati: Es ist klar, dass die Stadt Luzern wieder ein Lösch- und Rettungsboot braucht, der «Donner» muss nach 26 Jahren ersetzt werden. In den nächsten Jahren wird das Boot nicht mehr funktionstüchtig sein, was ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Nutzende des Sees und für Anwohnerinnen und Anwohner bedeuten könnte. Deshalb unterstützt die SP/JUSO-Fraktion grundsätzlich eine Neubeschaffung. Bei dieser Beschaffung ist einiges nicht optimal verlaufen, es hätte nicht zu einem solch hohen Kredit für die Stadt kommen sollen und dürfen. Der Kostenteiler wurde heute bereits ein paar Mal erwähnt. Was sich änderte, ist, dass die Stadt Luzern denjenigen Teil übernimmt, den der Kanton Luzern hätte übernehmen sollen. Somit ergibt sich für die Stadt einen Kostenpunkt von Fr. 480'000.–.

Die SP/JUSO-Fraktion erachtet die Beschaffung als nicht sehr gut mit dem Kanton koordiniert. Die Expertise in der Arbeitsgruppe hält die Fraktion für fragwürdig, das zeigt zum Beispiel die falsch liegende Kostenschätzung von fast 20 %. Das Kostenübernahmegesuch der Stadt an den Kanton Luzern aufgrund einer ersten Kostenschätzung hält die Fraktion für eher naiv; das Verhandlungsgeschick resp. die Verhandlungsstrategie des Stadtrates gegenüber dem Regierungsrat für den Beitrag des Kantons war eher mangelhaft.

Dass man sich am Schluss für das Angebot von Weldmec Marine Ab aus Finnland entschieden hat, ist aufgrund der Akten nachvollziehbar. Im Detail kann man es aber nicht beurteilen. Aber die

Kriterien der Gesamtpunktzahl bezüglich der Zuschlagskriterien und des Preises sprechen dazu eine klare Sprache.

Der Stadtrat stellt den Grossen Stadtrat vor eine schwierige Entscheidung bezüglich Zustimmung zu diesem Kredit und dem Eintreten. Für eine Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion ist eine Zustimmung zum Geschäft hinsichtlich der nicht gelungenen Beschaffungsplanung und -durchführung und des Verhandlungsmankos des Stadtrates gegenüber dem Regierungsrat nicht möglich. Eine Minderheit der Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Eine Ablehnung dieses Berichts und Antrags resp. ein Nicht-eintreten wäre aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion aber nicht zu verantworten, weil der «Donner» noch mehrere Jahre im Einsatz bleiben müsste und dadurch wohl die Sicherheit auf See beeinträchtigt würde. Das Angebot der finnischen Firma für das Lösch- und Rettungsboot ist gut und der Gewinner der GATT/WTO-Ausschreibung wäre im vornherein bereits klar. Die Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion wird sich deshalb beim Eintreten und beim Kreditantrag enthalten, eine Minderheit der Fraktion wird beim Eintreten zustimmen und auch dem Kreditantrag zustimmen.

Jörg Krähenbühl: Die Notwendigkeit einer Ersatzbeschaffung des 26 Jahre alten Lösch- und Rettungsbootes der Feuerwehr der Stadt Luzern, das jährlich mehrfach zugunsten des Gewässerschutzes vor allem bei Ölwehraufgaben zum Einsatz kommt, ist unbestritten. Allein die Tatsache, dass jährlich mehr als drei Millionen Passagiere auf Fahrgastschiffen in und um das Luzerner Seebecken befördert werden, unzählige Personen auf privaten Booten dazukommen, zeigt die Notwendigkeit eines Lösch- und Rettungsbootes auf, um auf drohende Gefahren reagieren zu können. Auch ist es für die SVP-Fraktion unbestritten, dass man bei Bedarf die Seepolizei bei ihren Aufgaben wie Seerettungen und -bergungen unterstützt. Mit dem in die Jahre gekommenen Lösch- und Rettungsboot der Feuerwehr der Stadt Luzern sind die Aufgaben nach heutigem Standard nicht mehr zu erfüllen, was eine Neuanschaffung erfordert. Wie ausgeführt, handelt es sich bei der Beschaffung des neuen Lösch- und Rettungsbootes um eine frei bestimmbare Ausgabe. Es besteht ein verhältnismässig grosser Spielraum in Bezug auf die Höhe des Betrags, den Zeitpunkt und die Modalitäten der Beschaffung. Weshalb man beim Ausschreibungsverfahren nicht eine Basis geschaffen hat, die den offerierenden Anbietern mehr Spielraum eingeräumt und somit eine Vergleichbarkeit der Offerten ermöglicht hätte, ist nicht nachvollziehbar. Das hätte bedeutet, dass bei der technischen Ausführung das verwendete Material (Robustheit), Masse, Gewichte, Leistungswerte, Motorisierung und Antrieb, Aussen- und Innenborder, Jet-Antrieb, Z-Antrieb, starre Welle, aber auch Propellerarten wie Festpropeller, Verstellpropeller usw. für alle Offerierenden klar definiert gewesen wären. Für den Auftraggeber wäre es einfacher nachzuvollziehen gewesen, welches Angebot gemäss Gewichtung der Zuschlagskriterien obsiegen würde. Dem Stadtrat scheint es sehr wichtig, dass das Ausschreibungsverfahren nach GATT/WTO-Übereinkommen gemacht wird, bei dem ein wesentlicher Grundsatz das Transparenzprinzip bei öffentlichen Ausschreibungen ist. Wichtig ist dabei, dass auch detaillierte Angaben zu Kriterien wie auch zu technischen Spezifikationen und Fristen gemacht werden. Das ist wie im B+A 6/2020: «Ersatzbeschaffung Lösch- und Rettungsboot» ausgeführt, nicht der Fall, weshalb alleine aus diesem Grund eine Neuausschreibung mit detaillierten Spezifikationen zu machen wäre. Ein wesentlicher Punkt beinhaltet jedoch auch die aktuelle Situation rund um Covid-19. In der Privatwirtschaft gehört es zum Alltag, auf verändernde Bedingungen sehr kurzfristig zu reagieren und entsprechend umzustellen. Gleiches verlangt die SVP-Fraktion auch von öffentlichen Betrieben und Gemeinwesen, von Verwaltungen und

natürlich von der Politik. Aktuell sind über 1,8 Millionen Kurzarbeitsgesuche bei den Ämtern eingegangen. Die Arbeitslosenzahlen steigen. Es kam zu Insolvenzen, sprich Konkursen, weitere werden folgen. In welchem gewaltigen Ausmass uns die Rezession treffen wird, möchte man gar nicht erahnen. Die Staatsverschuldung steigt schneller an als es der Schuldenabbau der letzten zehn Jahre ermöglicht hat. Auch den Kanton Luzern und unsere geliebte, einzigartige Stadt Luzern wird es heftig treffen. Indem einheimisches Gewerbe in Form von Aufträgen berücksichtigt wird, immer unter der Voraussetzung eines gleichwertigen Angebots, könnten Arbeitsplätze gesichert werden. Damit wird unsere Wirtschaft gestützt, man schafft Wertschöpfung in der Region unter Berücksichtigung grösstmöglicher Ökologie und man verringert die Abhängigkeit vom Ausland, etwas, das wir aktuell schmerzhaft erleben und teuer bezahlen. Die SVP-Fraktion empfiehlt dem Grossen Stadtrat, den B+A 6/2020: «Ersatzbeschaffung Lösch- und Rettungsboot», Punkt 8, Antrag, inklusive Sonder- und Nachtragskredit und entsprechendem Beschlussesvorschlag abzulehnen. Das Ausschreibungsverfahren soll nochmals durchgeführt werden. Dabei soll die technische Ausführung spezifiziert werden. Bei Gleichwertigkeit der Angebote ist eine inländische Unternehmung zu berücksichtigen, die in der Schweiz das Produkt herstellt und auch den erforderlichen Unterhalt sowie Reparaturen gemäss Vorgaben Interventionszeit sicherstellen kann. Die SVP-Fraktion der Stadt Luzern hat den Bericht und Antrag zur Kenntnis genommen und lehnt aus den erwähnten Gründen die beiden Anträge (Sonderkredit und Nachkredit) ab. Die Notwendigkeit eines Lösch- und Rettungsbootes für die Stützpunktfeuerwehr der Stadt Luzern zur Sicherstellung ihres Auftrags ist in der Fraktion absolut unbestritten. Die SVP-Fraktion beantragt aus den dargelegten Gründen trotzdem die **Rückweisung zur Überarbeitung des Berichts und Antrags**.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Das Lösch- und Rettungsboot «Donner» der Feuerwehr Stadt Luzern ist nun mittlerweile nicht mehr 26, sondern 27 Jahre alt und muss dringend ersetzt werden. Es dient dem Zweck Leben zu retten und die Umwelt sowie Sachwerte zu schützen. Es handelt sich hier aus Sicht des Stadtrates um eine Ersatzinvestition von höchster Priorität. Das bestehende Lösch- und Rettungsboot weist starke Abnützungserscheinungen auf, hat Risse und an gewissen Stellen im Kabinen- und Rumpfbereich entstand Fäulnis. Die Einsatzbereitschaft für Notfälle auf dem Vierwaldstättersee und am Uferbereich ist gefährdet. Aus diesem Grund wurde der Prozess schon vor Jahren gestartet. Es sind sicher sechs bis acht Jahre her und auch die Verhandlungen mit dem Kanton sind entsprechend alt.

Eine breit zusammengesetzte Arbeitsgruppe, in der der kantonale Feuerwehrinspektor mitgewirkt hat, erstellte ein detailliertes Pflichtenheft. Die Haltung des Kantons, sich nicht stärker in das Projekt einzubringen und die Angelegenheit an die Feuerwehr Stadt Luzern zu delegieren, ist mit dem Gesamtinvestitionsvolumen unter einer Million Franken erklärbar. Diese Summe hat keine ausserordentliche finanzpolitische Bedeutung. Das Lösch- und Rettungsboot sollte zweckmässig, zuverlässig, bedienungsfreundlich sein sowie robust und massiv gebaut. Das, was nun vorgeschlagen wird, ist eine nachhaltige Aluminiumkonstruktion.

Die Wahl des Beschaffungsverfahrens ist von finanziellen Schwellenwerten abhängig. Der Schwellenwert für die Beschaffung nach GATT/WTO liegt für Lieferungen und Dienstleistungen bei Fr. 350'000.–. Das bedeutet, dass öffentliche Beschaffungen, die diesen Schwellenwert übersteigen, nach GATT/WTO zu erfolgen haben. Bei der Beschaffung des Lösch- und Rettungsbootes

wird der Schwellenwert von 350'000 Franken bei weitem überstiegen, wonach bei der Wahl des Beschaffungsverfahrens kein Spielraum blieb.

Das Verfahren wurde mit einem detaillierten Pflichtenheft korrekt durchgeführt. Alle Angebote mit über hundert Kriterien wurden auf der Grundlage des Pflichtenhefts sorgfältig geprüft und objektiv bewertet. Am Schluss des Verfahrens hat keiner der unterlegenen inländischen Anbieter Einsprache erhoben. Es wurde sogar Verständnis für den Entscheid signalisiert, diese finnische Firma zu wählen, da diese die grösste Erfahrung mit dem Einbau der Feuerwehrentechnik hat. Man muss fahren und gleichzeitig die Löschpumpe bedienen und antreiben können. Das ist sehr anspruchsvoll. Auch inländische Werften verwenden übrigens für solche Löschboote Komponenten aus Finnland und bauen sie hier zusammen.

Das Thema Kostenteiler hat eine lange Geschichte und begann vor Jahren. Der Kanton setzte einmal die Zahl von Fr. 300'000.– in die Welt und sagte, man könne auch ein Occasionsboot beschaffen. Nachdem die Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufgenommen und eine erste Schätzung von Fr. 680'000.– gemacht hatte, wurden aufgrund dieser Zahl die Anteile festgelegt, d.h. der Kanton würde Fr. 340'000.– bezahlen. Der Kanton liess sich danach nicht mehr auf einen anderen Betrag ein, obwohl der Kostenteiler bei 50 % festgelegt war. Natürlich hätte sich die Stadt gewünscht, dass der Kanton den Zusatzbetrag von 117'000 Franken übernehmen würde und natürlich intervenierte die Stadt sofort, als sie sah, dass die Kosten höher werden würden. Der Sprechende versteht, dass man sich daran stört, dass der Kanton die Differenz trotz Verhandlungen nicht übernimmt. Fairerweise muss man aber beachten, dass der Kanton das zweite Feuerwehrboot, das Ölwehrboot «Blitz», im Jahr 2015 zu 100 % finanziert hat und die Feuerwehr Stadt Luzern jährlich mit rund 170'000 Franken für die ihr übertragenen Ölwehr- und Seedienstaufgaben entschädigt. Dieser Kostenbeitrag ist für die Feuerwehr sehr wichtig, da er jährlich wiederkehrend erfolgt. Das andere ist eine einmalige Investition, die auf 15 Jahre abgeschrieben wird. Unter Berücksichtigung der vollständigen Finanzierung des zweiten Feuerwehrbootes und der jährlich wiederkehrenden Aufwandsentschädigung des Kantons von rund 170'000 Franken ist das Verhandlungsergebnis durchaus akzeptabel. Ein Vorwurf lautete, dass man den Kanton stärker hätte einbinden müssen. Es wäre begrüssenswert gewesen, wenn der Kanton sich stärker hätte einbinden lassen und nicht nur gesagt hätte, es sei Sache der Stadt und es werde an die Stadt delegiert. Die Stadt hat ein sehr gutes Verhältnis mit dem Feuerwehrinspektorat. Die Stadt Luzern macht die Aufgabe auf dem See zugunsten sehr vieler Gemeinden und als Stützpunktfeuerwehr, die vom Kanton entsprechend definiert ist. Das Feuerwehrinspektorat war im Prozess involviert und nachher bereit, die 10 % zu leisten, zu denen sie sich ursprünglich verpflichtet haben.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion ab und tritt auf den B+A 6/2020: «Ersatzbeschaffung Lösch- und Rettungsboot; Sonder- und Nachtragskredit» ein.

DETAIL

Seite 13 f. 8 Antrag und Beschluss

- I. **Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 31 : 5 : 8 Stimmen für die Ersatzbeschaffung des Lösch- und Rettungsbootes einen Sonderkredit von 914'300 Franken.**
- II. **Der Grosse Stadtrat bewilligt für den Aufgabenbereich Investitionen zum Budget 2020 einen Nachtragskredit von 314'300 Franken.**
- III. **Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 6 vom 4. März 2020 betreffend

**Ersatzbeschaffung Lösch- und Rettungsboot
Sonder- und Nachtragskredit,**

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von § 14 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 und lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Ersatzbeschaffung des Lösch- und Rettungsbootes wird ein Sonderkredit von Fr. 914'300.– bewilligt.
- II. Für den Aufgabenbereich Investitionen wird zum Budget 2020 ein Nachtragskredit von Fr. 314'300.– bewilligt.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

7 Bericht und Antrag 11/2020 vom 1. April 2020:
Baurecht Warteggstollen
Abgabe der Grundstücke 2344, 1373 und 1370, GB Luzern, linkes Ufer,
im Baurecht an die ewl Rechenzentrum AG

EINTRETEN

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Geschäftsprüfungskommission der Stadt Luzern hat an der Sitzung vom 7. Mai 2020 den Bericht und Antrag «Baurecht Warteggstollen» beraten und der Abgabe der Grundstücke 2344, 1373 und 1370 im Baurecht an die ewl Rechenzentrum AG zugestimmt, bei zwei Enthaltungen. Die Geschäftsprüfungskommission war mehrheitlich der Ansicht, dass der heute ungenutzte Warteggstollen einer sinnvollen Nutzung als Datacenter zugeführt werden kann. Weil das Rechenzentrum auch nach neusten ökologischen Standards betrieben werden soll, käme es allenfalls aufgrund geografischer Gesichtspunkte auch für das zweite Rechenzentrum der Stadt Luzern in Frage.

Irina Studhalter bedankt sich für den Bericht und Antrag, welcher erwartet wurde, seit «LUIIGI» (Luzern investiert in getrennte Infrastruktur) in der Stadt Luzern auf das Tapet gekommen ist. Es ist für die Stadt Luzern wichtig, dass es ein zweites Rechenzentrum gibt. Die G/JG-Fraktion begrüsst, dass bei der Nutzung des Warteggstollens auf Nachhaltigkeit gesetzt wird, wobei sich die Fraktion nicht primär wünscht, dass die ewl neue Geschäftsfelder erschliesst, sondern dass sie die aktuellen Geschäftsfelder nachhaltig und zukunftsfähig gestaltet. Die G/JG-Fraktion tritt ein und stimmt dem Bericht und Antrag zu.

Mirjam Fries: Das Geschäft ist aus Sicht der CVP-Fraktion unbestritten. Auf der einen Seite hat man einen leerstehenden Stollen, der seit längerem auf eine neue Bestimmung wartet, auf der anderen Seite die ewl, die ein neues Geschäftsfeld entwickeln will und auch muss, weil die aktuellen Geschäftsfelder zukünftig unter Druck geraten.

Das Projekt mit dem Datacenter im Stollen wird von der ewl schon länger verfolgt. Es soll ein ökologisches und nachhaltiges Projekt sein. Jetzt wird es konkret und die Stadt möchte das Land im Baurecht abgeben. Die Stadt ist eine mögliche Kundin, das ist aber nicht relevant für den vorliegenden Bericht und Antrag. Das Projekt ist, wie bereits gesagt, aus Sicht der CVP-Fraktion unbestritten. Was man allenfalls kritisieren könnte, ist die Berechnung des Landwerts. Der geschätzte Landwert von Fr. 950'000.– stützt sich nur auf eine Bewertung ab. Das ergibt einen entsprechenden Baurechtszins von Fr. 54'000.–, der jährlich in die Stadtkasse fliesst. Man könnte sich fragen, ob man in Zukunft ein zweites Gutachten einholen möchte, so wie bei den Abgaben an die Bauge nossenschaften. Es ist aber so, dass so ein Stollen je nach Nutzung einen sehr unterschiedlichen Wert haben kann. Da die ewl eine städtische Tochter ist, kann die Fraktion das pragmatische Vorgehen mit einer Schätzung unterstützen. Die CVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Baurechtsvertrag zu.

Martin Wyss: Die SP/JUSO-Fraktion steht hinter dem Projekt. Es ist aber gerade bei diesem Projekt wichtig zu diskutieren, was die Aufgabe der öffentlichen Hand bei der Zurverfügungstellung einer IT-Struktur ist, wenn man über solche Datacenter spricht. Man weiss aber, dass die Diskussion auf Bundesebene geführt wird und der Bund sicher die richtige Instanz ist, diese zu führen. Die kommunale öffentliche Hand sollte keine Parallelstruktur aufbauen; das wäre nicht zielführend. Im Detail sind zwei Punkte zu erwähnen: Das eine ist die Berechnung des Landwerts. Dort könnte man sich überlegen, wenn das Land oder das Objekt schwieriger zu bewerten ist, ob man dann nicht tendenziell eher mehr Experten als weniger beiziehen sollte; dass man also zwei und nicht nur ein Gutachten hätte. Das könnte man in Frage stellen. Der zweite Punkt betrifft die Frage, ob so ein Stollen nicht auch zu einer relativ offenen Nutzung ausgeschrieben werden könnte. Es ist der Fraktion aber gleichzeitig bewusst, dass es ein schwieriges Objekt ist und es relativ viel Kreativität braucht, um diesen Stollen alternativ zu nutzen. Ewl hat eine gute Idee, die Fraktion kann dahinterstehen. Deshalb tritt die SP/JUSO-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Baurechtsvertrag zu.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den vorliegenden Bericht und Antrag. Es ist ein sinnvolles und zweckmässiges Geschäft. Ein stillgelegter, ungenutzter Stollen soll Ertrag erwirtschaften, das ist sehr erfreulich. Das durchdachte Gesamtsystem mit der Seewasserkühlung ist auch aus energiepolitischen Gründen sehr gut gelöst. Die Abwicklung des vorliegenden Geschäfts ist etwas unkonventionell, so gab es keine Ausschreibung dazu, das Baurecht geht direkt hundert Prozent an die ewl. Es ist aber eine städtische Tochter. Deshalb kann man zwei Augen zudrücken. Es ist schwierig zu sagen, ob man da Opportunitätskosten hat. Auch die Berechnung des Baurechtszinses ist nicht wie üblich bei einer Vergabe über zwei Gutachten gemacht worden, sondern nur über eines. Ob man da auch im Grunde genommen entgangene Einkommen hätte, ist schwierig zu beurteilen. Es kann gut sein, dass andere bei diesen sehr lukrativen tiefen Baurechtszinsen, mit diesen guten Konditionen, Interesse gehabt hätten. Die ewl ist bereit, Millionen von Franken in das Rechenzentrum zu investieren. Im Gegensatz dazu ist der Baurechtszins ein Klacks. Nach längerer Diskussion kam die Fraktion zum Schluss, lieber die vorliegende Lösung als keine Lösung zu haben. In dem Sinn tritt die FDP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und wird dem Baurechtszins zustimmen.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag zustimmen, möchten aber trotzdem zum ewl-Projekt, das dahintersteckt, ein paar Worte verlieren. Die Fraktion steht dem Projekt eher skeptisch gegenüber. Sie weiss nicht, ob es ein Erfolg wird. Es werden voraussichtlich 31 Millionen Franken investiert. Das ist indirekt auch Geld der Bevölkerung, da die ewl eine hundertprozentige Tochter der Stadt Luzern ist. Die Fraktion machte Abklärungen, indem sie Gespräche mit Leuten führte, wie zum Beispiel mit Franz Grüter oder auch mit dem Architekten des Rechenzentrums in Ruopigen. Gemäss ihren Aussagen – man kann sie wohl als Experten bezeichnen – ist im Moment keine genug grosse Nachfrage vorhanden, um überhaupt bestehende Kapazitäten auszulasten. Es gibt im Moment ein Überangebot. Die Fraktion glaubt auch, dass die ewl relativ dünn auf der Brust ist, wenn es um das Thema Know-how in diesem Bereich geht. Es wurden Leute angestellt, aber eigene Erfahrungen hat man noch nicht gemacht. Wie vorher bereits erwähnt, erachtet

die SVP-Fraktion den Baurechtszins eher als zu tief. Die Fraktion hat bei Wüest & Partner nachgefragt, was man an solch einer Lage ungefähr für Preise verlangen könnte. Man ist sich bewusst, dass die Auskunft nicht sehr ausführlich ist, aber es wurden mögliche Preise zwischen 50 bis 100 Franken pro Quadratmeter genannt. Die Fraktion hätte sich deshalb eine Ausschreibung und eine intensivere Suche nach alternativen Mietern gewünscht. Sie glaubt zudem, dass eine Nachfrage vorhanden gewesen wäre, es wurden diverse Gespräche auch mit Leuten in diesem Bereich geführt. Zu begrüssen an diesem Projekt ist, dass es einen hohen ökologischen Standard haben soll. Die Fraktion steht dahinter, dass es mit CO₂-neutralem Strom betrieben werden soll. Dafür, dass man solche Anlagen klimaneutral betreibt, gibt es offenbar eine Nachfrage. Trotz diesen Bedenken will die SVP-Fraktion der ewl die Chance geben, in neue Geschäftsfelder vorzustossen. Denn der Grosse Stadtrat machte der ewl Vorgaben, dass sie aus anderen Geschäftsfeldern aussteigen muss. Dementsprechend ist es auch richtig. Die Fraktion lässt sich gerne eines Besseren belehren und hofft, dass das Projekt ein Erfolg wird. In dem Sinn tritt die SVP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und wird dem Geschäft zustimmen.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für den vorliegenden Bericht und Antrag. Es ist ein spannendes Projekt, eine unterirdische Infrastruktur, mit der man oberirdische Flächen schonen kann. Bei dem Projekt geht es um eine hundertprozentige städtische Tochter und man vertritt daher auch die Interessen der Stadt. Die Vermischung der Rolle ist aus der Sicht der Fraktion etwas schwierig, die Abgrenzung manchmal etwas willkürlich. Aus Sicht der Fraktion kann man Daten heute problemlos und sicher auch in einer Cloud ablegen und «LUIIGI 2» ist für die Fraktion nicht wirklich zwingend. Es gibt lokale Anbieter wie zum Beispiel CKW, die bereits ein gleiches Rechenzentrum, notabene auch in der Stadt Luzern, betreiben oder auch andere Firmen, die ähnliche Angebote bereits am Markt haben. Selbstverständlich kann man sich solch ein Rechenzentrum auch selber leisten beziehungsweise selber aufbauen. Aber das ist nicht gratis und kostet uns als Steuerzahlende Geld, welches wir in die ewl investieren bzw. welches dort für viele Jahre zweckgebunden investiert sein wird und nicht für andere Investitionen wie zum Beispiel für einen schnelleren Ausbau der Fernwärmenetze zur Kompensation oder für das Ziel Netto Null CO₂-Emissionen bis 2030 zur Verfügung stehen kann. Das Parlament entscheidet jetzt, dass die Stadt so ein Rechenzentrum will; vielleicht muss man dann beim Ausbau der Fernwärme ein wenig bremsen, weil dort das Geld nicht zur Verfügung stehen wird. Als Stadt Luzern garantiert man schlussendlich für die hohen Investitionen und gegenüber der Bank sind wir die Sicherheitsleistung. Für die GLP-Fraktion ist es wichtig, dass man die Zusammenhänge erkennt und wie jetzt transparent und öffentlich diskutiert. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt ihm zu.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Das Projekt steht für Zukunft, Innovation, Vielfalt, Digitalisierung, Ökologie. Die kritischen Punkte wurden gehört und aufgenommen, bereits in der Vorberatung in der Geschäftsprüfungskommission und auch heute nochmals. Die Sprechende bedankt sich für die wohlwollende Würdigung und Aufnahme dieses Berichts und Antrags.

Somit tritt der Grosse Stadtrat auf den B+A 11/2020:«Baurecht Warteggstollen; Abgabe der Grundstücke 2344, 1373 und 1370, GB Luzern, linkes Ufer, im Baurecht an die ewl Rechenzentrum AG» ein.

DETAIL

Seite 14 f. 7 Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Luzern und der ewl Rechenzentrum AG betreffend die Grundstücke 2344, 1373 und 1370, Grundbuch Luzern, linkes Ufer, zu.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11 vom 1. April 2020 betreffend

Warteggstollen

Abgabe der Grundstücke 2344, 1373 und 1370, Grundbuch Luzern, linkes Ufer, im Baurecht an die ewl Rechenzentrum AG,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 29 Abs. 1 lit. b und Art. 69 lit. d Ziff. 10 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Dem Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Luzern und der ewl Rechenzentrum AG betreffend die Grundstücke 2344, 1373 und 1370, Grundbuch Luzern, linkes Ufer, wird zugestimmt.

- **Dringliches Postulat 414, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 6. Mai 2020:
Kreditorenrechnungen so schnell wie möglich bezahlen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Es gibt keine anderslautenden Anträge aus dem Grossen Stadtrat.

Der Grosse Stadtrat überweist somit das Dringliche Postulat 414 und schreibt es gleichzeitig ab.

- **Dringliche Interpellation 416, Andreas Felder und Peter Gmür namens der CVP-Fraktion vom 12. Mai 2020:**
Wie geht es wirtschaftlich in der Stadt Luzern weiter?

Andreas Felder beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Andreas Felder: Die Interpellanten stellten die Interpellation zur wirtschaftlichen Lage der Stadt Luzern aus drei Gründen: Erstens, um eine Übersicht über die Auswirkungen der coronabedingten Massnahmen auf die Stadt Luzern zu erhalten. Zweitens, damit der Stadtrat seine Auslegeordnung und Strategie im Zusammenhang mit der unmittelbaren Krisenbewältigung darlegen kann. Drittens, um abschätzen zu können, was mittel- und längerfristig geplant werden muss. Zum ersten Punkt dankt der Sprechende dem Stadtrat und der Verwaltung für die umfassende Antwort. Die Daten sind erdrückend, sowohl im Umfang wie auch im Inhalt. Selbstverständlich war es dem Sprechenden noch nicht möglich, alles wirklich zu erfassen, er greift daher nur Einzelpunkte heraus:

- Arbeitslosigkeit: Im April gibt es eine Zunahme von 40 % im Vergleich zum Vorjahr.
- Tourismus: Für das Jahr 2020 wird mit einem Rückgang von 800'000 Übernachtungen (–62 %) gerechnet.
- Die Steuerertragsausfälle sind schwer einzuschätzen, sie werden auf 13,8 Mio. Franken bzw. 4,4 % des budgetierten Steuerertrags geschätzt. Dabei handelt es sich zweifellos um eine optimistische Einschätzung.
- Sozialhilfe: Es wird mit einer Zusatzbelastung von 1,1 Mio. Franken gerechnet. Die Erfahrung zeigt, dass hier auch noch mehr kommt.

Das sind keine erfreulichen Aussichten. So viel zur Ausgangslage. Zum zweiten Punkt der Beurteilung und zu den dringlichen Massnahmen des Stadtrates: Zum Zeitpunkt der Interpellationseingabe lag der Bericht und Antrag «Sonder- und Nachtragskredite zum Budget 2020» noch nicht vor. Das meiste wurde heute Morgen schon diskutiert und abgewickelt. Der Sprechende will darauf nicht weiter eingehen. Aus dem Blickwinkel der Interpellation ist es aber erstaunlich, dass für Sport und Kultur ohne weiteres Millionen gesprochen werden; wenn es aber um einen Bruchteil davon geht für Tourismus und Detailhandel, müssen grosse Diskussionen geführt werden bzw. die Kredite werden sogar teilweise abgelehnt. Zum dritten Punkt: Was will die CVP-Fraktion mittel- und längerfristig? Sie erwartet vom Stadtrat und von der Verwaltung, aber auch vom Parlament, dass diese sich der Ausgangslage bewusst sind und die Planung dementsprechend anpassen. Es wurde eindeutig aufgezeigt, dass das lokale Gewerbe, die Unternehmen und auch der Staatshaushalt massiv unter der Krise leiden werden. Gleichzeitig will der Sprechende darauf hinweisen, dass das Parlament den Vollzug der Energiewende beschlossen hat. Diese gibt es nicht gratis. Das muss man in der zukünftigen Planung unbedingt berücksichtigen:

- Einerseits muss auf der Einnahmenseite mit massiven Einbussen gerechnet werden. Eine Kürzung auf dieser Seite kommt für die CVP-Fraktion daher vorerst nicht mehr in Frage, ein Beispiel ist der pendente Vorstoss zur Abschaffung der Erbschaftssteuer.
- Auf der Ausgabenseite muss man jetzt wirklich sparen. Der Sprechende meint damit nicht die Investitionen, die der Staat macht, die soll man vollziehen. Eher sollte man sich auf Seite der

Verwaltung auf die Aufgaben, die wichtig und nötig sind, konzentrieren und dort die Ressourcen einsetzen. Zusätzliche Stellen wird die CVP-Fraktion in nächster Zeit keine bewilligen. Man kann sich bei einzelnen Projekten fragen, ob sie wirklich nötig sind, aus Sicht der CVP-Fraktion v. a. betreffend bestimmter Aufwertungsprojekte.

- Auch auf Seite des Parlaments sollte man sich überlegen, was wirklich nötig ist und was nur Nice-to-have ist. Der Sprechende kommt auf die letzte Ratssitzung zurück. War es bei der Beschaffung von Provisorien wirklich wichtig, für die Zertifizierung so viel Geld in die Hand zu nehmen?
- Weiter sind die Rahmenbedingungen absolut zentral, der Sprechende greift hier etwas vor. Es ist ihm absolut unverständlich, wenn er der Medienmitteilung der Baukommission entnehmen muss, dass bei zwei der grössten Arbeitgeber der Stadt Luzern (LKB und CSS) diskutiert wird, ob die gewünschte Umzonung vollzogen werden kann.

Das waren nun alles etwas grob umrissene Ausführungen, die Daten werden in der CVP-Fraktion noch vertieft diskutiert, danach wird sie allenfalls weitere Vorstösse einreichen.

Martin Wyss: Andreas Felder sagte bereits, dass es in der Interpellation v. a. darum geht, einen Überblick zu gewinnen. Der Sprechende nimmt sich heraus, ein Votum zur Ausgangslage zu halten. Die Coronakrise trifft viele Menschen hart. Die einen müssen von heute auf morgen ihren Lebensentwurf auf den Kopf stellen und neben Homeoffice und Haushalt auch noch die Kinderbetreuung rund um die Uhr gewährleisten. Andere sehen ihren Betrieb, den sie mit viel Herzblut, viel Engagement und teilweise mit ihrer Altersvorsorge aufgebaut haben, den Bach hinuntergehen. Andere wiederum sind damit konfrontiert, dass sie aufgrund massiver Lohnausfälle plötzlich Mühe haben, Rechnungen zu bezahlen, Lebensmittel einzukaufen, Hygieneartikel zu erwerben. Die Bilder aus Genf erschüttern tief. Sie zeigen auf, dass Armut auch in der reichen Schweiz ein grosses Problem ist, ein Problem, das leider viel zu oft unter der Oberfläche bleibt. Jetzt sind alle gefordert, nicht länger wegzuschauen, sondern Lösungen für im Moment akut armutsbetroffene Personen und Working Poor zu erarbeiten. Es ist völlig richtig, dass Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft tiefer und mittlerer Einkommen kaum den international tätigen Grossbetrieben oder Betrieben im Luxussegment auf dem Platz Luzern zugutekommen werden. Doch wenn man jetzt die Kaufkraft stärkt statt einzelne Betriebe, dann fliesst das Geld auch wieder ins lokale Gewerbe, das jetzt eine grosse Solidaritätswelle erfahren hat. Es wurde am Morgen schon besprochen und man entnimmt es jetzt auch der Antwort auf die Interpellation: Mit der Taskforce Detailhandel ist eine Arbeitsgruppe gegründet worden, die in den Augen des Sprechenden gut arbeitet. Es ist aber die Arbeitgeberseite, die aktiv wurde und Lösungsstrategien ausarbeitete. Die Seite der Arbeitnehmenden ist dort leider nicht vertreten. Deshalb gibt es in Luzern oder auf kantonaler Ebene noch keine wirklichen Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft. Hier besteht Handlungsbedarf. Schmerzhaft sind die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Gleichzeitig zeigt sich, dass das in gewissen Voten erwähnte Klumpenrisiko in Luzern etwas geringer ist als angenommen. Das ist trotz aller Schwierigkeiten ein gutes Zeichen für Diversität und für einen Branchenmix in Luzern. Genau diese Diversität und Vielfalt macht die Stadt Luzern krisenresistent. Die Krisenresistenz kann man erhöhen, indem die Rahmenbedingungen besonders für kleine und mittlere Betriebe verbessert werden, der Branchenmix einzelnen Branchen vorgezogen und dafür gesorgt wird, dass Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen mehr Geld im Portemonnaie haben, damit sie es für Dienstleistungen

und Güter aus dem lokalen Luzerner Gewerbe einsetzen. Es wäre unseriös, jetzt über die Folgen der Krise zu diskutieren. Im Moment untersucht man den Brand und kann noch nicht abschätzen, wo und wie gross der Brand tatsächlich ist und welche Bereiche betroffen sind. Umso wichtiger sind die Haltungen, die hinter den jetzt getroffenen Entscheidungen stehen. Die Folgen der Coronakrise werden noch lange Zeit spürbar sein, finanziell und auch gesellschaftlich. Mehr Menschen werden auf die Existenzsicherung durch die öffentliche Hand angewiesen sein. Die Stärke der Schweizer Gesellschaft, die Stärke der vielfältigen Einheit, misst sich am Wohl der Schwachen. Diese Haltung aus der Präambel der Bundesverfassung wird ganz zentral und wichtig sein für die Entscheidungen, die in dieser Krise getroffen werden.

Christian Hochstrasser bedankt sich bei der CVP-Fraktion, die die Interpellation eingegeben hat. Sie gibt dem Parlament die Chance, eine Übersicht zu erhalten, auch wenn sich natürlich in der Zwischenzeit alles «rollend» wieder ändern kann. Wie geschrieben wurde, sind die Zahlen Momentaufnahmen von dem, was man weiss; man weiss aber noch relativ wenig. Was man sieht, ist die relativ düstere Situation im Moment. Was man aber auch betonen muss: Es ist wirtschaftlich gesehen völlig unklar, wie lang und wie einschneidend die Situation ist. Betrifft sie dieses Jahr oder auch das nächste Jahr? Ist es etwas Längerfristiges oder nicht? Man kann dazu noch relativ wenig sagen. Auf die Diskussion vom Morgen bezugnehmend kann man auch sagen: Was hoch fliegt, kann manchmal auch tief fallen. Das hat Martin Wyss bereits angedeutet. Man muss eine krisenresistente Wirtschaft fördern, die auch bei der nächsten Krise, ob sie pandemie- oder klimabedingt ist, nicht zu tief fallen kann. Das ist nicht ganz einfach zu ermöglichen, aber es muss das Ziel sein, dies mitzugestalten. Angesprochen wurde von Andreas Felder die Frage der Rahmenbedingungen. Hier reagierte der Stadtrat z. B. bei der Gastronomie und versuchte, etwas zu ermöglichen. Selbstverständlich ist dies nur eine Branche unter vielen. Der Sprechende glaubt aber, dass der Schlüssel nicht darin liegt, Pauschalbeiträge zu sprechen, sondern mit Rahmenbedingungen Möglichkeiten zu schaffen, damit etwas entstehen kann. Wieso Andreas Felder einen Zusammenhang zwischen der Umzonung von Liegenschaften, die im Besitz einzelner Unternehmen sind, und der Coronakrise herstellt, erschliesst sich dem Sprechenden nicht. Es ist wahrscheinlich eine politische Einschätzung, die der Sprechende nicht ganz teilt. Beim Stichwort Staatshaushalt und was das für die Stadt bedeutet, stehen zwei Fragen im Raum: Zuerst die Frage, was die Krise für die Wirtschaft in der Region Luzern bedeutet – sie beschäftigt das Parlament stark – und als zweites die Frage, was die Krise für den Staatshaushalt bedeutet. Diesen Bereich sieht der Sprechende etwas weniger düster. Grundsätzlich geht es darum, wie in den Jahren 2020 und 2021 die Situation ist und was wirklich langfristig und strukturell entscheidend ist. Wenn in den Jahren 2020 oder 2021 im Staatshaushalt ein Loch entsteht – die SVP-Fraktion rechnete mehrmals vor, wie viel Eigenkapital letztes Jahr angehäuft wurde –, sollte es die Stadt Luzern nicht durchschütteln, auch wenn es sich um einen relativ gravierenden Betrag handelt. Die Frage ist, wie viel davon langfristig strukturell erhalten bleibt. Man sollte nicht Panikmassnahmen im Staatshaushalt ergreifen, nur weil es im Jahr 2020 und im Jahr 2021 nicht so rosig aussieht. Der Sprechende ist deshalb auch recht kritisch gegenüber der Aussage, die Verwaltung herunterzufahren, weil man sparen muss. Was macht der Staat, wenn er spart? Es können dann weniger Leute davon leben, weniger können im Auftrag des Staates arbeiten. Die Stadt Luzern hat der Meinung des Sprechenden nach hier eine wichtige Auf-

gabe. Sie muss jetzt besonders Investitionen auslösen, die Direktbetroffene im Rahmen der bestehenden Gefässe zuverlässig unterstützen, damit diese die Kaufkraft erhalten können. Martin Wyss sprach an, dass versucht werden muss, die von Armut Betroffenen möglichst schnell und unkompliziert im Rahmen bestehender Gefässe so zu unterstützen, dass sie in dieser Wirtschaft weiterhin ein Teil davon sein können. Der Sprechende verwehrt sich gegen Sofortmassnahmen, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die Kunst wird sein – es wurde in der Geschäftsprüfungskommission schon diskutiert – die verschiedenen Faktoren voneinander zu unterscheiden. Was ist ein kurzfristiger, coronabedingter Einfluss auf das Budget der Stadt Luzern, welcher Einfluss ist langfristig und strukturell? Bei allem, was langfristig und strukturell ist, muss man sich Gedanken machen, wie man es ins Lot bringt. Aber bei kurzfristigen Einflüssen, die in den Jahren 2020 und 2021 nicht ausgeglichene Rechnungen zur Folge haben, muss man grosszügig sein und die Vergangenheit anschauen, in der es Überschüsse gab. Das sollte die Stadt Luzern nicht durchschütteln, höchstens die langfristigen Einflüsse. Der Sprechende wäre über den Versuch froh, das sauber zu unterscheiden: Was ist langfristig strukturell wichtig und was betrifft nur die Jahre 2020 und 2021?

Marcel Lingg: Die Fragen aus der Interpellation interessieren auch die SVP-Fraktion seit längerer Zeit brennend. Deshalb gelangte die Fraktion schon vor mehreren Wochen intern mit einer Anfrage an die Geschäftsprüfungskommission, um im kleineren Rahmen vonseiten der Finanzdirektion über die Auswirkungen der Coronakrise auf den Finanzhaushalt informiert zu werden. Die Information erfolgte an der letzten Geschäftsprüfungskommissionssitzung. Heute wird nochmals über das Gleiche gesprochen. Grundsätzlich ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass es angebrachter wäre, die Diskussion über die Finanzplanung und die Auswirkungen zuerst im kleinen Rahmen in den Kommissionen zu diskutieren, statt wie heute bereits die Nach-Corona-Finanzdebatte im Grossen Stadtrat zu führen. Es geht in die Richtung, dass einerseits Sparmassnahmen gefordert werden, man andererseits aber nicht bereit ist, die Sparmassnahmen umzusetzen. Man fordert auf der einen Seite bessere Rahmenbedingungen. Sind aber jene, die die Rahmenbedingungen fordern, wirklich bereit, sie auch umzusetzen? Es hiess, man solle nicht in Panik geraten. Es wäre schön, nicht in Panik zu geraten. Aber wie sich die Zukunft entwickelt, weiss man nicht. Es denkt noch niemand an die Folgen, wenn es eine zweite Welle gibt. Der Sprechende hofft, dass jene, die sagen, «Nicht in Panik geraten», nicht selbst in Panik geraten, wenn in einem Jahr vielleicht wieder Cars durch die Stadt Luzern fahren. In diesem Sinne hofft die SVP-Fraktion, dass die Krise den Finanzhaushalt der Stadt Luzern trotz der gegenwärtig sehr schlechten Zahlen nicht über mehrere Jahre ins Negative zieht und man nach der nächsten Legislaturperiode sagen kann, dass die Krise verkraftet wurde.

Sonja Döbeli Stirnemann bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion für die Fragen, obwohl man noch am Anfang des Prozesses steht bzw. noch mitten in der Pandemie steckt. Die Auswirkungen der Pandemie müssen die Historiker in einigen Jahren aufarbeiten. Es wird eine Rezession geben. Es wird davon abhängig sein, wie schnell die Welt sich wieder erholt. Es handelt sich um die erste weltumspannende Pandemie. Normalerweise hat bei einer Rezession immer irgendein Kontinent die Wirtschaft wieder angeschoben. Jetzt fliesst alles zusammen. Es ist wirklich schwierig, Prognosen zu machen. Was die Stadt Luzern tun kann, ist prüfen, welche Arbeitsplätze erhalten werden

können. Es ist viel einfacher und günstiger, Arbeitsplätze zu erhalten, als wieder neue aufzubauen, wenn alles zusammengebrochen ist. Der FDP-Fraktion ist auch das Soziale ein sehr grosses Anliegen. In den USA sah man gerade, wie sich aufgebaute Spannungen nach einem Mord entluden. Man muss sich um einander kümmern, auch für die Ärmsten sorgen, einen Ausgleich für die Verwerfungen schaffen, die in einer Rezession passieren. Die einen werden profitieren, die anderen verlieren. Neben der Sorge für das Weiterlaufen der Wirtschaft muss man auch dafür sorgen, dass es sozial stimmt. Das Parlament muss prüfen, was gebraucht wird und was bloss Nice-to-have ist. Es wird knapper bei den Finanzen, Gute-Laune-Projekte kann man sich vielleicht nicht mehr leisten. Etwas ist klar: Den Unternehmen und der Bevölkerung der Stadt Luzern kann keine zusätzliche finanzielle Belastung mehr aufgebürdet werden. Eine Steuererhöhung wäre sicher das falsche Zeichen in dieser Zeit. Man muss also mit den Mitteln durchkommen, die man hat.

Claudio Soldati ergänzt zur Antwort 6 der Interpellation, welche im Zusammenhang mit der Sozialhilfe steht: Die hundert zusätzlichen Anmeldungen wurden nicht ins Verhältnis mit den Anmeldungen gesetzt, die sonst in diesem Zeitraum bestehen. Seines Wissens ist es das Doppelte dessen, was sonst normal ist. Dazu hätte der Sprechende gerne Ausführungen des Sozialdirektors. Es wird darauf hingewiesen, dass mit weiteren Anmeldungen zu rechnen ist – ab September 2023 wird ein erneuter Anstieg erwartet. Die Berechnungen des Stadtrates gründen auf Erfahrungen aus früheren Entwicklungen, wo man sah, wie lange Menschen von der Sozialhilfe abhängig blieben, bevor die Sozialhilfe wieder abgelöst werden konnte. Der Sprechende merkt hierzu an, dass Erfahrungswerte aus anderen Zeiten, die nicht in Zusammenhang mit einer Rezession stehen, in der Corona-situation nicht eins zu eins beigezogen werden können. Es gibt auch noch andere Mechanismen. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) machte eine Analyse, bei welcher ersichtlich ist, dass im Mai und April 2020 aufgrund der Bundesmassnahmen kaum ein Anstieg im Sozialhilfebereich stattgefunden hat. Die Stadt Luzern macht hier wohl eine Ausnahme. Wenn z. B. die Arbeitslosentaggelder auslaufen, kommt in eineinhalb bis zwei Jahren der grosse Schub, das erwähnte der Stadtrat bereits. Eine letzte Anmerkung: Man stellte fest, dass sich viele Menschen ohne Schweizer Pass nicht bei der Sozialhilfe melden, weil sie Angst haben, dass dieser Schritt Auswirkungen auf ihre Aufenthaltsbewilligung haben könnte. Dieses Thema muss schnell angegangen werden. Wenn die Existenzsicherung nicht gewährleistet ist, hat das starke Folgen auf die Gesundheit. Weitere Kosten entstehen und v. a. menschliches Leid. Aus Sicht des Sprechenden sollte sich der Stadtrat deshalb mit dem Regierungsrat und auch mit dem Amt für Migration (Amigra) in Verbindung setzen, um Lösungen zu finden, damit jetzt aufgrund der Coronasituation keine Härtefälle produziert werden.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub bedankt sich für die interessanten Fragen und die Diskussion. Inhaltlich hat sie nicht sehr viel mehr beizutragen als das, was in der Antwort auf die Interpellation zu lesen ist. Es wurde schon gesagt: Man steckt noch mitten drin, es gibt keine vergleichbare Krise. Es gibt lauter Prognosen, wie sich das BIP entwickeln wird. Wie wird sich die Konjunktur erholen und wie schnell? Alle rechnen mit Szenarien, mit optimistischen, mittleren und pessimistischen. Bei den finanziellen Prognosen, die die Finanzdirektion der Geschäftsprüfungskommission vorstellte, stützte man sich auf ein mittleres Szenario. Es gibt aber auch Szenarien, die in diesem Jahr von einer Einbusse beim BIP von 6–7 % ausgehen. Die einen sagen, die Konjunktur wird

sich aufgrund des Nachholbedarfs vollständig erholen, andere sagen, sie werde sich stabilisieren, aber auf tieferem Niveau. Im Moment ist alles offen. Die Wahrheit kennt im Moment niemand. Luzern ist – sowohl auf kantonaler wie auch auf städtischer Ebene – vielfältig aufgestellt. Das Klumpenrisiko wurde erwähnt, und dass man tief fällt, wenn man hoch fliegt. Das ist alles richtig. Es gibt im Bereich Tourismus ein gewisses Branchen-Klumpenrisiko. Aber eigentlich ist der Kanton Luzern ein KMU-Kanton mit kleinen Unternehmen. Die Diskussion wurde im Parlament schon in ganz anderen Zusammenhängen geführt: Ist es überhaupt sinnvoll, grosse zusammenhängende Dienstleistungsflächen zu suchen, wenn Luzern doch eigentlich eine KMU-Stadt und ein KMU-Kanton ist, was letztlich auch die Stabilität ausmacht? In den letzten Jahren gab es hierzu verschiedene Parlamentsgeschäfte, z. B. zu Cleantech. Der Bericht hielt fest, dass hier ein Cluster existiert, das sind Firmen, die zusammenarbeiten. Die einzelnen Betriebe haben aber nur zehn bis zwölf Mitarbeitende. Diese sind jetzt krisenresistenter. Dasselbe gilt für den Bereich Kreativwirtschaft: Es wurde vielleicht nicht von allen gleich bemerkt, aber in den letzten zwei Jahren wurde ein gewisser Effort unternommen. Noch diesen Frühling, vor dem Lockdown, gab es ein Treffen von Kreativwirtschaftlerinnen und -wirtschaftern in der Stadt Luzern. Das hat mit der Hochschule Design und Kunst zu tun, aber auch mit kleinen lokalen Unternehmen, die in diesem Bereich produzieren. Von daher hat die Stadt Luzern den richtigen Fokus. Diversität und Vielfalt sind jetzt ein Teil ihrer Stärke. Auf der anderen Seite ist zu erwähnen, dass die Pharmabranche, von der es ein sehr grosses Unternehmen in der Stadt gibt, aber auch Banken und Versicherungen momentan keine Krise durchmachen. In der Geschäftsprüfungskommission wurden auf der Basis des Trimestercontrollings noch mehr Zahlen gezeigt, mit Hochrechnungen und Prognosen zum städtischen Finanzhaushalt. Wenn man die Steuererträge rechnet, muss man berücksichtigen, aus welchen Branchen diese kommen und wie gross deren Einbrüche sind. Es wurde nicht einfach um einen einheitlichen Faktor reduziert, sondern man prüfte, welche Branchen wie viel zum Steuerertrag beitragen und wie stark sie von der Krise mutmasslich betroffen sind. Die Pharmaindustrie, Banken und Versicherungen sind von der Krise nicht in gleicher Weise betroffen wie der Tourismus und die Gastronomie. In diesen Branchen hat man aber sehr viele Arbeitsplätze. Vielleicht, das ist aber eine Mutmassung, ist das auch ein Grund für den rascheren Anstieg der Sozialhilfequote im schweizweiten Vergleich. Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki wird im Anschluss ergänzen, wie man zu den Zahlen gekommen ist und wie die Entwicklung eingeschätzt wird. In diesen Branchen arbeiten viele Menschen auf Abruf, sie haben Kleinstpensen und arbeiten im Stundenlohn. Das ist jetzt mit einem Mal weggebrochen. Wer sich sein Erwerbseinkommen aber aus verschiedensten Quellen zusammenbastelt, ist auf Anlässe, z. B. mit Cateringaufträgen, angewiesen. Im Moment können einige noch von der Kurzarbeitsentschädigung profitieren; diese wird aber jetzt allmählich, je nach Branche und Betrieb, auslaufen. Deshalb geht der Stadtrat bei der Sozialhilfequote noch von einem Wachstum aus. Dass die Stadt Luzern die Investitionen hochhalten will, wurde bereits mehrmals gesagt und ist völlig klar. Im Bereich der Erfolgsrechnung wird es eine Herausforderung sein, strukturelle von coronabedingten Faktoren zu unterscheiden, Christian Hochstrasser erwähnte es bereits. Man darf nicht vergessen, dass die Stadt Luzern nicht in einer konsolidierten Lage ins Jahr startete. Allein aufgrund der Aufgaben- und Finanzreform (AFR18) gab es bereits vor der Coronakrise ein strukturelles Defizit. Weil vieles auf Schätzungen beruht, muss für eine Beurteilung der erste Rechnungsabschluss mit AFR18 vorliegen. Jetzt besteht die grosse Herausforderung, Vergleichsmöglichkeiten zu finden für das erste Jahr mit AFR18, das gleichzeitig unter Coronabedingungen stattfand.

Die Sprechende warnt: Das mit 6 Mio. Franken budgetierte Defizit wird Ende Jahr aufgrund von Corona einiges höher sein. Diese Aussicht allein macht der Sprechenden keine Angst, aber der andere, strukturelle Teil muss nächstes Jahr in jedem Fall geprüft werden, denn es ist nicht so, dass man sehr gut in die Krise gestartet wäre. Die Sprechende erlaubt sich nun eine Bemerkung zum Detailhandel. Sie hörte in einem Votum, dass die Taskforce super arbeite. Nachdem der Grosse Stadtrat diesen Vormittag die Unterstützung des Detailhandels ablehnte, erhielt die Sprechende über Mittag bereits erste Reaktionen. Es ging nicht nur um den Betrag, sondern auch um ein Zeichen. Die Taskforce ist nach dem Entscheid enttäuscht und demotiviert. Die Beteiligten werden sich vermutlich auf ihre Verbände konzentrieren. Man kann sie gerne loben; das ist aber ein etwas «feuchter Händedruck», wenn man beim Kreditantrag vorher sagte: «Kümmert euch selbst darum».

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Im April 2020 gab es ein Anmeldeplus in die Sozialhilfe von 40 %. Es kamen sehr viel mehr Menschen, die fragten, ob sie Anrecht auf Sozialhilfe hätten. Alle Fälle wurden abgeklärt. Nach den Abklärungen konnten sich diejenigen, die Sozialhilfe beanspruchen können, anmelden. «Anmeldung» bedeutet definitive Anmeldung in die Sozialhilfe. Die angesprochene Zahl, die 50 % Ablösung, kommt durch eine Faustregel zustande: In der Regel können die Hälfte der Personen nach einem Jahr wieder aus der Sozialhilfe abgelöst werden und finden zurück in die Arbeit. Ob es dieses Jahr auch in diesem Ausmass stimmt, kann man nicht vorhersagen, weil die Bedingungen schwieriger sind. Der Stadtrat hat deshalb sehr schnell festgelegt, dass die Arbeitsprogramme des Kantons, auch wenn sie nicht stattfinden, zu 50 % weiterbezahlt werden. Der Kanton übernimmt die andere Hälfte. So stehen die Arbeitsprogramme zur Verfügung, wenn sie tatsächlich gebraucht werden. Die Sozialen Dienste stehen für bestimmte Fragen in Kontakt mit dem Amt für Migration (Amigra). Die Sans-Papiers sind auch ein Thema. Die Talsohle ist noch nicht erreicht, darüber muss man sich bewusst sein. Die Kurzarbeitsregelungen laufen teilweise im Sommer aus. Im September wird eine neue Situation entstehen. Darum ist damit zu rechnen, dass es zu diesem Zeitpunkt wieder sehr viele Anmeldungen in die Sozialhilfe geben wird. Im Moment ist die Situation stabil, es gibt sehr wenige Anmeldungen.

Simon Roth: Finanzdirektorin Franziska Bitzi sagte, das Parlament habe den Detailhandel hängengelassen. Dazu will der Sprechende deutlich sagen: Das hat das Parlament nicht getan. Es sagte, dass im ALI-Fonds genug Mittel vorhanden sind, um Projekte umzusetzen. Wenn der ALI-Fonds das dieses Jahr nicht schafft, dann ist der ALI-Fonds in den Augen des Sprechenden demnächst Geschichte. Jetzt muss der ALI-Fonds beweisen, dass man ihn für irgendetwas hat. Wenn das nicht möglich ist, dann hat die Stadt Luzern damit ein falsches Instrument. Es ist nicht so, dass das Parlament den Detailhandel hängenlassen würde. Das Parlament sagte lediglich: Es gibt vorhandene Mittel, die man nutzen soll, bevor man einen zusätzlichen Kredit spricht.

Die Dringliche Interpellation 416 ist somit erledigt.

- **Dringliches Postulat 417, Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 13. Mai 2020:**
Mobile Sitzgelegenheiten und vorübergehende Begrünung von ungebrauchten Carparkplätzen

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Patrick Zibung stellt einen **Ablehnungsantrag**. Man weiss nicht, wie sich die Lockerungen rund um die Coronaregeln entwickeln werden. Wie man in den letzten Wochen gesehen hat, kann es relativ schnell gehen. Auch wenn strenge Regeln in vielen Teilen der Welt, wo die Touristen der Stadt Luzern herkommen, bestehen bleiben, wird sehr wahrscheinlich trotzdem der eine oder andere Car in Luzern ankommen. Der Stadtrat nennt das in seiner Antwort «schwach frequentiert». Hoffentlich haben diese Cars viele Schweizer an Bord, die hierherkommen. Es wurde vorher u. a. Geld für mehr Werbung für die Stadt Luzern in der Schweiz gesprochen. Dass die Plätze für Cars gebraucht werden, ist also sehr wahrscheinlich und auch wünschenswert, damit die Hotels immerhin einen Teil der Betten auslasten können. Es ist darum nicht an der Zeit, dem Tourismus mit solchen «Nice-to-have-Vorstössen» das Leben noch schwerer zu machen. Der Sprechende glaubt zudem, dass man zuerst die Badis und alle anderen Freiräume komplett freigeben sollte. Der Stadtrat wurde gemäss Medien im Zusammenhang mit Spezialtarifen, die Kurzaufenthalte attraktiver machen, bereits aktiv. Dadurch wird in den Augen des Sprechenden eine Umnutzung von Carparkplätzen sehr wahrscheinlich nicht mehr nötig sein. Denn wenn man wie in normalen Jahren den vollen Tourismus hat, sind wesentlich mehr Leute in der Stadt Luzern unterwegs. Die Touristen halten sich dann in den öffentlichen Räumen auf und beanspruchen diese auch. Das funktioniert jeweils auch. Der Sprechende fragt sich zudem, wer sich am Löwenplatz freiwillig mitten in den Verkehr setzen will. Er kann sich nicht vorstellen, dass die erwähnten Plätze, v. a. der Löwenplatz, temporär so gestaltet werden können, dass sich die breite Bevölkerung dort wohl fühlt. Die SVP-Fraktion fragt sich, ob man für das effektiv Fr. 20'000.– ausgeben soll. Der Sprechende meint, dass die Stadt Luzern im Rahmen der Coronakrise wichtigere Aufgaben zu erledigen hat. Weiter glaubt die SVP-Fraktion, dass es in der Nähe der erwähnten Carparkplätze genügend Freiräume gibt, die, weil jetzt weniger Touristen da sind, auch mehr Platz für Einheimische bieten (z. B. beim Löwendenkmal). Die Fraktion sieht darum anders als der Stadtrat nicht einmal beim Löwenplatz das Bedürfnis und lehnt das Postulat ab.

Yannick Gauch: Die SP/JUSO-Fraktion dankt für die wohlwollende Entgegennahme des Dringlichen Postulats 417. Wer in den letzten Wochen durch die Stadt Luzern spaziert ist, dem ist bestimmt aufgefallen, dass mitten in der Innenstadt riesige Betonflächen freistehen, auf welchen sonst täglich hunderte ReiseCars parkieren. Dieser Anblick wird sich voraussichtlich in den nächsten drei bis vier Monaten kaum verändern. Die Touristen bleiben coronabedingt aus, ohne Reisegruppen bleiben auch die Carplätze komplett oder zumindest teilweise leer. Gleichzeitig drängen sich Luzernerinnen und Luzerner auf den freien Flächen und haben nicht immer die Möglichkeit, die Empfehlungen zum Social Distancing einzuhalten. Diesen Sommer verbringen nämlich viele ausnahmsweise nicht in Italien, Frankreich oder Spanien, sondern sie verzichten auf eine Ausland-

reise und bleiben während der Sommermonate zu Hause. Wie der Quartierverein Hochwacht richtig feststellte, bietet die leerstehende Carfläche eine einmalige Möglichkeit für eine temporäre Bestuhlung und vorübergehende Bepflanzung. Die Aufenthaltsqualität für die ortsansässige Bevölkerung soll so kostengünstig, einfach und unkompliziert verbessert werden. Die städtische Bevölkerung kann sich zumindest temporär die sonst mit Reisecars zugestellten Flächen aneignen und als Naherholungsgebiet in den heissen Sommermonaten nutzen. Der Kreativität der temporären Pop-up-Parks ist dabei keine Grenze gesetzt. Alte Palettenrahmen können zu kostengünstigen Sitzgelegenheiten umgewandelt werden, einfache Bepflanzungen und ein paar Sonnensegel sorgen für angenehme Temperaturen. Mit Hilfe der ewl und der Expertise der Non-Profit-Organisation «Wasser für Wasser» wird aus dem bestehenden Wasseranschluss schnell eine Trink- und Spielstation für Gross und Klein. Auch die sanitären Anlagen sind bei den meisten Carparkplätzen schon vorhanden und machen eine unkomplizierte Nutzung schnell und kostengünstig möglich. Wie der Stadtrat richtig ausführte, handelt es sich dabei nur um eine temporäre Beispielung der Carparkplätze. Das ist auch den Initianten klar. Der Sprechende geht nun auf das Votum von Patrick Zibung ein und sagt, dass es sich dabei um mobile Sitzgelegenheiten handelt, die beweglich sind. Wenn der Reiscartourismus wieder langsam zunimmt, können Flächen, die jetzt vielleicht vorübergehend genutzt werden, teilweise wieder freigespielt werden. Es besteht also eine relativ hohe Flexibilität. Der Sprechende denkt nicht, dass Schweizer Touristen mit dem Car nach Luzern reisen. Es gibt eine gut funktionierende SBB und die Züge sind gut. In diese Richtung müssen die Bemühungen zielen. Schweizer Touristengruppen sollen nicht per Car nach Luzern gelockt werden. In diesem Sinne und für eine attraktive Stadt Luzern auch in Krisenzeiten dankt die SP/JUSO-Fraktion für die Überweisung des Postulats.

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion machte sich mit einem ähnlichen Vorstoss für eine unkomplizierte Nutzung des öffentlichen Raums für das Gastgewerbe stark. Das wurde umgesetzt, man darf jetzt teilweise Parkplätze benutzen. Die CVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die unkomplizierte und unbürokratische Umsetzung. Das vorliegende Postulat fordert, dass auch die aktuell schwach benutzten Carparkplätze umgenutzt und mit Bänken und Begrünung versehen werden. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, relativiert aber, indem er festhält, dass sich v. a. der Löwenplatz dafür eignet. Der Schwanenplatz wird auch als Umschlagplatz benutzt, es gibt Anlieferungen, in der Nähe ist auch der Quai. Am Inseli ist man schnell bei den bestehenden Grünflächen. Die CVP-Fraktion hätte mit einer teilweisen Entgegennahme leben können. Eine vollständige Entgegennahme lehnt die CVP-Fraktion ab. Sie will kein Präjudiz schaffen. Es ist für sie wichtig, dass der Tourismus wieder in Schwung kommt und in diesem Sinne ist es richtig, dass die Parkplätze dafür bereit sind. Eine allfällige Massnahme wäre nur von kurzer Dauer; das geht auch ohne Bänke und Begrünung. Seit dieser Woche ist bekannt, dass die Bahnhofstrasse noch in diesem Sommer autoarm wird. Das ist eine zusätzliche, sehr attraktive Aufenthaltsfläche für die Stadtluzerner Bevölkerung. Man sollte sich auf eine schnelle Umsetzung dieser Fläche konzentrieren. In diesem Sinne kann man Löwenplatz, Schwanenplatz und Inseli so belassen, wie sie sind. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats und stimmt diesem ebenfalls zu. Sie spricht dem Stadtrat ihr politisches Vertrauen aus: Es ist

ihr immens wichtig, dass es sich, wie in der Antwort beschrieben, wirklich nur um mobile und temporäre Sitzgelegenheiten und Begrünungen handelt. Wie attraktiv der Löwenplatz wird, ist auch für die Sprechende fraglich. Zu der vorliegenden Antwort sagt die FDP-Fraktion Ja, nicht aber zu weiteren Verpflegungsmöglichkeiten von neuen Anbietern, die das arg betroffene, bestehende und lokale Gewerbe konkurrenzieren würden. Die FDP-Fraktion will auf keinen Fall, dass «temporär» zu «unbefristet» wird. Die Cartouristen sind herzlich willkommen, die FDP-Fraktion hofft, dass sie schon bald wiederkommen.

Mirjam Landwehr bedankt sich beim Postulanten und auch beim Stadtrat für die Entgegennahme des Vorstosses. Die G/JG-Fraktion unterstützt die Idee der temporären Umnutzung der momentan nicht gebrauchten Carparkplätze voll und ganz. Es handelt sich um zentrale Plätze, die jetzt einfach brachliegen, Asphaltwüsten sind und gleichzeitig ein immenses Potenzial für den Aufenthalt der Bevölkerung haben. Was eine einfache Möblierung für eine Wirkung für den öffentlichen Raum haben kann, zeigt das Beispiel vom Freigleis eindrucklich. Die dort eingesetzten Möbel sind von ihrer Ausgestaltung her nicht nur ausgesprochen coronaabstandstauglich, sondern auch ganz unterschiedlich nutzbar. Wer in den letzten Wochen dort spazieren ging, konnte beobachten, dass am Freigleis ein Begegnungshotspot für ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen entstanden ist. Damit der Carparkplatz als belebter öffentlicher Freiraum und Begegnungsort dienen kann, sind zusätzlich zur Sitzmöblierung nicht nur Begrünung, sondern auch eine schattenspendende Infrastruktur nötig, z. B. Sonnensegel oder -schirme. Die G/JG-Fraktion bittet den Stadtrat, bei der Massnahme den Aspekt des eher problematischen Mikroklimas auf den grossen Asphaltflächen zu berücksichtigen und auch dafür möglichst einfache temporäre Lösungen zu finden. Dass der Stadtrat eine Priorisierung der freien Carparkplätze vornimmt, ist teilweise verständlich. Natürlich stimmt es, dass die Carparkplätze vom Schwanenplatz und Inseli an einen Grünraum angrenzen. Das Pfingstwochenende war aber eigentlich ein Wink mit dem Zaunpfahl. Die Frequenzen am Seeufer hatten gefühlt wieder ähnliche Ausmasse wie vor Corona. Zusätzliche Flächen als Erweiterung der sehr beliebten öffentlichen Orte anzubieten, erachtet die G/JG-Fraktion als sinnvolle Massnahme. Sie bittet den Stadtrat deshalb, auch am Schwanenplatz und auf dem Inseli entsprechende Massnahmen nicht nur zu prüfen, sondern – vielleicht in beschränktem Mass — auch einzuführen. Dass die Massnahmen den Carverkehr, wenn er zurückkommt, nicht verdrängen soll, ist selbstverständlich, weil es momentan leider immer noch an dezentralen Ausweichflächen fehlt. Die G/JG-Fraktion bittet den Stadtrat, bei einer langsamen Rückführung des Cartourismus steuernd einzugreifen. Nur weil die Cars anfangs vielleicht nur sehr vereinzelt nach Luzern kommen, muss man nicht gerade alle Massnahmen rückgängig machen. Beispielsweise wäre es eine Option, den anscheinend am besten geeigneten Carparkplatz Löwenplatz für die Quartierbevölkerung möglichst lange verkehrsfrei zu halten und die Cars mit Einparkhilfen zu den anderen Carparkplätzen zu lotsen. Die Sprechende kann sich zwei Bemerkungen nicht ganz verkneifen: Sie hofft sehr, dass die Schweizer Touristinnen und Touristen regulär mit dem Zug und dem guten ÖV anreisen und nicht mit Cars. Und wie eine einfache Massnahme ohne Bänke und Begrünung aussehen könnte, müsste die CVP-Fraktion der Sprechenden noch genauer erklären. Die G/JG-Fraktion unterstützt die Entgegennahme des Postulats.

Yannick Gauch stellt nochmals zuhänden der CVP-Fraktion klar: Es ist ein Postulat, es handelt sich um einen Prüfauftrag. Wenn der Stadtrat zur Ansicht kommt, dass es auf dem Schwanenplatz nicht sinnvoll oder machbar ist, ist das selbstverständlich in Ordnung. Wenn er sieht, dass es an einem Ort nur teilweise machbar ist, ist es auch in Ordnung. Wie gesagt, der Stadtrat soll es prüfen und nach Möglichkeit umsetzen. Und um Sandra Felder-Estermann etwas zu beruhigen, sagt der Postulant: Alle reden von einer temporären Nutzung mit mobilen Sitzgelegenheiten. Der Sprechende garantiert, dass niemand in der Nacht verschrauben oder anbetonieren geht.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula bedankt sich für die voraussichtliche Überweisung des Vorstosses. Die Argumente wurden dargelegt. Auf einige davon geht der Sprechende nun ein: Die SVP-Fraktion sagte, dass die Lockerungen unklar sind, man weiss nicht genau, wie es weitergeht, man kennt die Entwicklung nicht. Seit elf Wochen kennt man sie auch in der Verwaltung nicht im Voraus. Man ist dauernd daran, das, was vom Bund kommt, zu justieren und zu prüfen und zu schauen, was das auf kantonaler und kommunaler Ebene bedeutet und wie die Stadt Luzern es umsetzen muss. Auch die Öffentlichkeit und die Wirtschaft machen nicht genau voraussehbare Entwicklungen. Deshalb sagte der Stadtrat einleitend, dass die Massnahmen rückgebaut werden, wenn die Cars zurückkommen. Beim Rückbau kann man flexibel sein und es im Sinne der Sprecherin der G/JG-Fraktion gestuft machen. Man will unkompliziert und einfach mit Sitz- und Begrünungselementen eine kurzzeitige Aufwertung erzielen. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Kosten von Fr. 20'000.– verhältnismässig sind. Die Elemente sind nachher nicht verloren. Man kann sie an anderen Orten wieder einsetzen und für ähnliche Anliegen, für temporäre Nutzungen, für Zwischennutzungen brauchen. Der Betrag ist auch nicht wahnsinnig viel für die Aufenthaltsqualität in einem Sommer, von dem man nicht genau weiss, wie viele Menschen hier sein werden, wie viele Gäste es geben wird. Es zeichnet sich ab, dass viele Menschen in der näheren Umgebung bleiben werden. Das bedeutet, dass man versuchen muss, die Plätze, die man hat, möglichst gut zu gestalten. Es geht überhaupt nicht darum, wie Patrick Zibung sagte, dass dem Tourismus das Leben schwerer gemacht würde. Keinesfalls. Wenn die Cars kommen, kommen sie, und dann sind die Elemente am anderen Tag weg. Das ist die Bedeutung von «mobilen Elementen». Die absolute Priorität bleibt bei der Carparkierung auf diesen Plätzen. Der Stadtrat nahm eine Priorisierung vor. Der Löwenplatz hat das grösste Potenzial, weil das Defizit im Umfeld am grössten ist. Beim Schwanenplatz ist zu prüfen, ob vielleicht kleinere Elemente, Grünelemente passen; man will aber dort die Erschliessung nicht beeinträchtigen. Der Sprechende nimmt den Dank der CVP-Fraktion zum Thema Boulevardgastronomie gerne entgegen, es freut ihn. Man war wirklich sehr intensiv damit beschäftigt, es zeigt auch, dass die Stadt Luzern durchaus schnell und unbürokratisch sein kann. Es gab 102 Gesuche, von diesen wurden rund 90 bewilligt. Man kann nicht alle Gesuche für die Boulevardgastronomie bewilligen, es wurde aber ein schneller Prüfvorgang aufgezo- gen und man ist dort sehr flexibel. Das will die Stadt Luzern jetzt auch im Bereich der Carparkierung tun. Der Sprechende antwortet Sandra Felder-Estermann, dass auf diesen Carparkplätzen keine Verpflegungsmöglichkeiten vorgesehen sind und die Massnahmen selbstverständlich befristet sind. Die Idee zum Mikroklima nimmt der Stadtrat natürlich mit. Wenn der Grosse Stadtrat zustimmt, wird man am Montagmorgen anfangen, den Auftrag umzusetzen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 416.

- **Dringliches Postulat 422, Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 25. Mai 2020:
Badeinfrastruktur im Sommer 2020 erweitern**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Cyrill Studer Korevaar hält an der Überweisung des Postulats fest.

Die Diskussion ist somit gegeben.

Cyrill Studer Korevaar: Die Massnahmendiskussionen im Zusammenhang mit dem Corona-sommer 2020 sind eine Lotterie: Wie entwickelt sich die Pandemie? War alles eine einschneidende Frühlingsepisode, ist die Pandemie in einem Monat in Europa inexistent, oder steckt man dann mitten in einer zweiten, vielleicht noch deftigeren Welle? Die Folgen reichen von einer vollständigen Öffnung, inklusive baldigen Wegfalls von Distanzvorschriften bis dahin, dass man vielleicht wieder zum Wohnungsrückzug verdonnert wird. Nach dem Pfingstwochenende zeigt sich eine Zwischensituation. Die Distanzvorschriften gelten zwar noch, werden aber seit Samstag nicht mehr gebüsst. Die «Ufschötti» wurde am Montag von über 2'000 Menschen geflutet. In normalen Zeiten ist das kein Problem, jetzt führte es aber zu systematischen Verletzungen der Abstandsregeln. Andere Orte haben genug Platz. In der «Luzerner Zeitung» vom Samstag äusserte sich Armida Raffener, die Verantwortliche für die Coronamassnahmen der Stadt Luzern, so: Der Stadtrat möchte den öffentlichen Raum möglichst freihalten, um die Menschen verteilen zu können. Man appelliert an die Eigenverantwortung beim Einhalten des Zwei-Meter-Abstands. Alles schön und recht. Zusätzlich kann man auf einen verregneten Sommer hoffen, dann löst sich die Herausforderung von alleine. Oder man kann einen Teil der Verantwortung übernehmen und steuernd auf die Bevölkerung einwirken: Wieso gehen alle zur «Ufschötti»? Einfach deshalb, weil sie sehr attraktiv ist. Man kann dem entgegenwirken, indem man die «Ufschötti» oder auch den Quai – wie bereits geschehen – unattraktiv macht. Oder indem man eine attraktive Konkurrenz schafft, wie es im Postulat gefordert wird. Gleichzeitig könnte man z. B. eine Onlinekarte aufschalten, aus der in Echtzeit ersichtlich ist, welche Bereiche gerade frei, kritisch oder bereits voll sind. Bei letzterem könnte man den Zugang vorübergehend sperren und so zu einer gleichmässigeren Verteilung beitragen. Die Antwort des Stadtrates auf das Postulat enttäuscht den Sprechenden etwas. Der Stadtrat will eine zusätzliche Attraktivierung vermeiden. Im Prinzip ist das verständlich. Gleichzeitig stimmte das Parlament heute Morgen mit grosser Mehrheit auf Antrag des Stadtrates dafür, Luzern für inländische Touristen attraktiv zu machen. Auch der Sprechende stimmte dem zu. Zusätzlich führt der Stadtrat raumplanerische und ökologische Aspekte sowie auch Sicherheits- und Haftungsfragen an, die in Nicht-Coronazeiten einleuchten. Aber das Coronajahr 2020 hat bereits zu sehr vielen Einschränkungen und Spezialmassnahmen geführt, was die Bevölkerung übrigens bisher stoisch mittrug. Wieso der Stadtrat mit Blick auf den Sommer 2020 jetzt nicht aktiv werden und etwas wagen bzw. Führung übernehmen will, leuchtet dem Sprechenden nicht ganz ein. Stattdessen pocht der Stadtrat v. a. auf die Eigenverantwortung. Eigenverantwortung ist selbstverständlich gut. Wenn sie aber nicht wahrgenommen wird, sind im dümmen Fall Menschen betroffen, die für sich und andere Eigen-

verantwortung übernommen haben oder hätten. Abgesehen davon wäre nach Meinung des Sprechenden eine Umsetzung gar nicht so schwierig: Wo nötig, sollen Zugangsprovisorien, Markierungen und mobile WC geplant, aber erst bei absehbarer Notwendigkeit auch umgesetzt werden. Das selbe gilt für die Gespräche und den Einbezug von Privatgrundstückbesitzenden. Zu den Badewachen: Falls man feststellt, dass das zu aufwendig ist, kann mindestens mit Warn- und Selbstverantwortungshinweisen reagiert werden und diese entsprechend auch platzieren. Von daher möchte die SP/JUSO-Fraktion gerne über das Postulat abstimmen lassen. Das Parlament soll sich dazu äussern können und auch bei diesem Thema Mitverantwortung und Meinungsbildung übernehmen.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und teilt seine Ansicht. Es gibt genügend öffentliche, freie Zugänge zum See und zu Liegeflächen rund um das Luzerner Seebecken. Private Grundstücke müssen dafür nicht beansprucht werden. Am Pfingstwochenende war es immerhin um die 25 °C warm und es herrschte herrliches Badewetter. Es zeigte sich, dass nur wenige «Hot-spots» überfüllt waren und die Distanzregeln dadurch nicht eingehalten werden konnten. Namentlich ist der SVP-Fraktion nur die «Ufschötti» bekannt. Alle anderen Badestellen hatten noch genügend Kapazität. Der Postulant begründet seine Forderung mit der Vermutung, dass im Sommer die Vorschriften für Social Distancing nicht mehr eingehalten werden können. Die Angst ist, rückblickend auf das Pfingstwochenende und bezugnehmend auf die Badeinfrastruktur, unbegründet. Die Regeln des Bundes werden der Situation laufend angepasst und neue Lockerungsmassnahmen werden wöchentlich kommuniziert. Niemand weiss, was bis Anfang Juli noch passiert. Man kann hoffen, dass das Virus dann nicht mehr in den Schlagzeilen ist und man einen herrlichen Sommer im In- oder Ausland erleben darf. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Judith Wyrsch: Das Dringliche Postulat ist verlockend: Überall in den See springen, wenn die Hitze drängt. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab; die GLP-Fraktion ist damit einverstanden. Jeder Ausnahmezustand erfordert Verständnis. Corona hat alle aus der Wohlfühlzone geworfen. Man muss Verzicht üben, den Alltag umstellen, solidarisch sein. Solidarisch sein hört man überall, aufmerksam sein auch. Das ist ein Umstand, der Bescheidenheit fordert, dieses Wort hört man nicht mehr oft. Man hat nicht mehr alles zur Verfügung. Vor kurzem waren die Quaianlagen gesperrt. Die Geschäfte, Restaurants und Warenhäuser betreiben aber nach wie vor einen unglaublichen Aufwand, um die Vorgaben des Bundes einzuhalten. Es geht nicht darum, ob die Vorgaben richtig sind oder falsch. Die Vorgaben sind da, alle müssen damit zurechtkommen, auch die Badeanstalten, die sie umsetzen müssen. Sie sind gefordert und müssen mit Einbussen rechnen, fürchten sich vielleicht auch vor ungeduldigen Kunden, die keinen Einlass in die Badi erhalten. Die Badeanstalten sind aber aktiv geworden: Sie verkaufen keine Saisonabonnemente, sie bieten Morgenbaden an, Halbtagsbaden und besondere Preismodelle. Solidarität heisst, genau solch erschwerte Umstände einer Gesellschaft mitzutragen. Solidarisch sein heisst in diesem Fall, baden in den Badeanstalten und nicht das Wild- oder Freibaden mit Infrastruktur zu fordern. Die Stadt Luzern zeigt sich schon jetzt kulant, wenn auf geeigneten Badewiesen ausserhalb von Badeanstalten gebadet wird. Die GLP-Fraktion geht davon aus, dass dies auch und speziell in diesem Sommer so sein wird. Wenn die Zwei-Meter-Regel fällt, gibt es wieder genug Platz in der Badeanstalt. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion stimmt dem Stadtrat voll und ganz zu. Gemäss Polizeimitteilung vom Pfingstwochenende wurden v. a. die bekannten, öffentlichen Plätze – Lidowiese und die «Ufschötti» – rege genutzt, allenfalls auch etwas zu dicht, obwohl noch viele andere Grünflächen Potenzial und Platz gehabt hätten. Auch werden laufend die Grenzen mehr und mehr geöffnet, was bestimmt wieder viele in die Ferne locken wird, auch wenn Luzern natürlich die schönste Stadt oder eine der schönsten Städte und somit eine super Feriendestination ist. Die FDP-Fraktion wünscht somit allen im Saal und überhaupt allen in der Stadt Luzern schöne Ferien- und Sommermonate, egal, wo sie diese verbringen wollen. Die Sprechende fordert alle auf, die regionale Gastronomie nicht zu vergessen und die Naherholungsgebiete zu nutzen, die Luzern ebenfalls zu bieten hat. Ganz nach dem Motto: «Genuss in der Region. Für die Region». Die FDP-Fraktion begrüsst die Massnahmen und die Argumentation des Stadtrates und lehnt das Postulat ab.

Martin Abele: Am Samstag, 6. Juni 2020, öffnen die offiziellen Freibäder Lido, Tribschen, Zimmeregg und das Seebad wieder, man erfuhr es heute aus der Mitteilung. Zwar mit limitierter Platzzahl und ohne Saisonabonnemente, aber doch mit attraktiven Angeboten und deutlich mehr Kapazitäten als es in der eingeschränkten Zeit der Fall war. Lediglich bei der «Ufschötti» gab es viele Menschen, das ist aber auch sonst so. In diesem Sinne ist es aus Sicht des Sprechenden nicht nötig, zusätzliche Angebote zu schaffen und den Druck auf den öffentlichen Raum zu vergrössern, indem zusätzliche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird für zusätzliche Badeplätze, die die Stadt selbst schaffen soll. Es müssten bauliche Massnahmen gemacht werden; einfach so schnell geht es nicht. Man kann bei der Rössliwiese an der Haldenstrasse durchaus baden, es ist vielleicht nicht so attraktiv, über die Leiter einzusteigen, aber wer dort baden will, kann es tun. An anderen Orten, z. B. beim Richard-Wagner-Museum, liegen Menschen auf der Wiese, egal wie hoch das Gras ist. Dass man jetzt noch zusätzliche Massnahmen schaffen soll, sieht die G/JG-Fraktion nicht ein, zumal das Postulat noch weitere Sachen fordert wie WC-Kabinen. Es wäre eine kleine Sache und mobil, aber auch Badewachen sollen zur Verfügung gestellt werden. Der Clou ist, dass man auch noch sagen soll, wer wann und wo baden darf. Die Stadt Luzern soll steuern, dass die älteren Menschen und Risikopersonen ins Lido und in die Tribschenbadi gehen. Die anderen sollen vielleicht zu den freien Plätzen gehen. Mit diesem Vorschlag hat die G/JG-Fraktion eher Mühe. Sie sieht keinen echten Handlungsbedarf, stimmt dem Stadtrat zu und lehnt das Postulat ab.

Andreas Felder: Auch für die CVP-Fraktion ist die Antwort des Stadtrates nachvollziehbar, sie liegt eigentlich bereits seit Mitte März 2020 vor, wenn man die Antwort zum Postulat 349 liest. Die CVP-Fraktion folgt dem Stadtrat deshalb und lehnt das Postulat ab. Viele Gründe wurden schon vom Vorredner genannt. Wenn man bedenkt, dass die Badis wieder aufmachen dürfen und schon heute verschiedene öffentliche Räume als freie Badeplätze zur Verfügung stehen, sieht die CVP-Fraktion keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. Die im Postulat aufgezählten Örtlichkeiten sind bereits jetzt so zugänglich, dass man von ihnen aus ins Wasser gelangen kann. Die Erfahrung des Sprechenden ist, dass dies auch rege genutzt wird. Deshalb kann man sich durchaus fragen, wo noch ein Mehrwert ist, was den Zugang zum Wasser betrifft. Sicher ist für den Sprechenden aber, dass die Stadt Luzern, wenn sie zusätzliche Infrastrukturen aufstellt, auch für den Unterhalt und die Sicherheit der Besuchenden verantwortlich ist. Eine kurzfristige Aufrüstung ohne eingehende Prüfung und ohne das Umsetzen sämtlicher nötiger Massnahmen ist für die Benutzenden gefährlich.

und im Schadensfall auch für die Stadtfinanzen, denn das ergibt garantiert Haftungsfragen. Die nötigen Aufwendungen für eine Zwischennutzung sind in diesem Sinne wahrscheinlich nicht verhältnismässig. Zu den Privatgrundstücken, die auch angesprochen wurden: Es ist sicher nicht schlecht, wenn der Stadtrat mit den Grundstückseigentümern das Gespräch sucht, dafür ist aber kein Postulat nötig. Es werden auch Markierungsbojen gefordert: Die Schifffahrt ist tatsächlich extrem gefährlich für die Schwimmenden. Es ist aber so, dass man in der Nähe von Hafenanlagen grundsätzlich nicht baden darf. Am bevorstehenden Wochenende nehmen auch die Kursschiffe ihren Betrieb auf, Pedalos können wieder gemietet werden, Ruder-, Segel- und Motorboote sind bereits auf dem See. Auch hier fragt sich der Sprechende, ob nicht zusätzliche Gefahren entstehen, wenn man es zu attraktiv macht. Zusammengefasst folgt die CVP-Fraktion dem Stadtrat und lehnt das Postulat ab.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Das Grundanliegen – eine bessere Verteilung und eine höhere Aufenthaltsqualität am Seeufer – ist durchaus verständlich. Das sieht der Stadtrat auch so. Die Ausgangslage ist so, dass man nicht weiss, wie sich die Lage entwickelt. Man setzt aber, der Sprechende schliesst sich voll und ganz Armida Raffener an, auf die Eigenverantwortlichkeit. Er glaubt wirklich nicht, dass es zweckmässig ist, wenn die Stadt Luzern sehr steuernd eingreift oder auch Steuerungen vorbereitet, die man dann zücken kann. So ein System wie am Markt, ein Einbahnsystem mit Gittern, macht man nicht schnell «mit links». Das muss sehr gut vorbereitet sein, um genau das zu vermeiden, was es zu vermeiden gilt: Menschenansammlungen. Wenn man eine Stelle schnell zumacht, gibt es einen Riesenstau. Menschen stehen dann nah beieinander, weil sie nicht wissen, warum sie da stehen, sie wollen einfach baden oder vorbeigehen. Das ist nicht zweckmässig. Die Stadt Luzern appellierte in den letzten Wochen immer wieder an die Eigenverantwortung. Die Ausgangslage ist: Wenn es auf der «Ufschötti» zu viele Menschen hat, müssen sie woanders hingehen. Es ist nicht verboten, an einem anderen Ort zu baden. Der Postulant sprach vom lockeren Umgang. Aber Naturschutz ist in Coronajahren nicht einfach kein Thema. Die Tiere und Pflanzen brauchen ihre Räume genauso, ob Corona da ist oder nicht. Mit gewissen Massnahmen geht die Stadt Luzern jetzt an die Grenze vom rechtlich Möglichen, bleibt aber in der Rechtsordnung. Der See ist eine kantonale Fläche. Ein Eingriff in den See ist immer baubewilligungspflichtig. Es sind harte Normen in der Gesetzgebung, zu Recht. Um hier etwas vorzubereiten, eine Baubewilligung für einen Zugang durchzuziehen, der irgendwie in die Nähe der Attraktivität einer «Ufschötti» mit Sandstrand kommt, ist sehr aufwendig, es braucht noch Umweltverträglichkeitsprüfungen usw. Es ist nicht realistisch, das vernünftig umzusetzen. Richtig ist der Hinweis, dass die Stadt Luzern sich in den letzten Wochen immer in einem Spagat bewegte: Zwischen Tourismusförderung, die sagt, «Kommt in die Stadt», und dem Wunsch, Menschenansammlungen zu vermeiden. Auf der einen Seite will man Leute in der Stadt. Man will Wirtschaft und Tourismus. Ziel ist es, einen sanften Tourismus zu haben, der sich verteilt und nicht geballt auftritt. Auf der anderen Seite will man nicht zu viele Menschen auf denselben Flächen anziehen. Das ist ein Spagat und es gibt noch keine fertige Lösung für den ganzen Zeitraum. Was den Sprechenden in dieser Diskussion etwas störte, ist die indirekte Kritik, dass der Stadtrat die Führung jetzt übernehmen muss. Er glaubt, dass der Stadtrat in den letzten elf Wochen die Führung gut übernommen hat. Er musste sich bei allen Massnahmen immer wieder überlegen: sperren oder nicht sperren? «Ufschötti» Ja oder Nein? Man merkte es nicht so, aber hinter den Kulissen übernahm der Stadtrat

die Führung sehr stark und versuchte, die Massnahmen vernünftig herunterzubrechen. Es gab keinen Vorlauf dafür, man konnte z. B. nicht auf die Erfahrungen von 1986 zurückgreifen. Der Stadtrat musste spontan und im Rahmen der Rechtsordnung entscheiden. Es würde den Sprechenden deshalb freuen, wenn der Grosse Stadtrat dem Antrag des Stadtrates folgen würde. Er freut sich auch, dass man in Luzern wieder an vielen Orten baden kann, in den Badis, aber auch an den freien Badestellen ohne entsprechende sicherheitstechnische Überwachung.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Dringliche Postulat 422 ab.

8 Ombudsstelle der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2019

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Ombudsstelle der Stadt Luzern nahm ihre Tätigkeit im Jahr 2014 auf. Seither entwickelte sie sich stetig weiter und zeigte sich auch als wichtige Brückenbauerin zwischen Stadtverwaltung, Angestellten und Bevölkerung. Seit der Änderung der Gemeindeordnung ist die Ombudsstelle der Stadt Luzern auch Anlauf- und Meldestelle für städtische Mitarbeitende bei verwaltungsinternen Konflikten. Im Berichtsjahr 2019 zeigt die Ombudsstelle auf, dass sie im Rahmen von Rechtsauskünften wieder vielen Ratsuchenden helfen oder sie an die entsprechenden Stellen weiterverweisen konnte. Die Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung fruchtet, die Ombudsstelle wird als zentrale Institution in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden erweist sich als konstruktiver, offener Dialog. Auch zeigt sich, dass die nationale Vernetzung mit anderen städtischen Ombudsstellen wichtige Themen aufs Tapet bringen kann. So z. B. im Jahr 2019, als Podien zum Thema «Gute Verwaltungsführung» oder zu «Good Governance» durchgeführt wurden. So können sich längerfristig auch die städtischen Behörden und die ausgelagerten städtischen Betriebe im Austausch mit der Ombudsstelle kritisch reflektieren und Verbesserungen vornehmen. Das trägt zum Selbstverständnis bei und hilft, sich in der Verwaltungsführung in eine positive Richtung weiterzuentwickeln. In diesem Sinne würdigt die Geschäftsprüfungskommission die Arbeit der Ombudsstelle der Stadt Luzern und nimmt den Jahresbericht 2019 zur Kenntnis. Die Geschäftsprüfungskommission der Stadt Luzern dankt insbesondere der Ombudsfrau, Frau Lucia Schnider Stulz, ihren Mitarbeitenden sowie ihrem Stellvertreter, Herrn Otmar Kreiliger, für die bis heute geleistete, wertvolle Arbeit im Dienst der Bevölkerung der Stadt Luzern.

Der Grosse Stadtrat genehmigt den Tätigkeitsbericht 2019 der Ombudsstelle der Stadt Luzern einstimmig.

- 9 Bericht und Antrag 8/2020 vom 18. März 2020:**
Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern; Luzerner Theater
Teil Planungsbericht
- **Evaluation Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern**
 - **Ergebnis Testplanungsverfahren Theaterplatz und Vorschlag für das weitere Vorgehen**
- Teil Bericht und Antrag**
- **Übergangsfinanzierung Zweckverband für die Jahre 2021 und 2022**

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla: Gleich vorweg: Die Bildungskommission hat den Bericht und Antrag für die Verlängerung der Übergangsfinanzierung für den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern genehmigt. An der Sitzung vom 7. Mai 2020 hat die Kommission den Bericht und Antrag für die Übergangsfinanzierung Zweckverband für die Jahre 2021 und 2022 beraten und verabschiedet. In diesem Zusammenhang stand vorwiegend der Planungsbericht zur Evaluation Zweckverband der grossen Kulturbetriebe Kanton Luzern im Zentrum. Insbesondere das Gutachten dazu und die kantonalen Änderungsabsichten des Finanzierungsschlüssels wurden kritisch hinterfragt, wobei sich die Kommission diesbezüglich grossmehrheitlich der Haltung des Stadtrates anschloss. Die Verlängerung der Übergangsfinanzierung war unbestritten. Die Bildungskommission beantragt beim Grossen Stadtrat einstimmig die Genehmigung für die Verlängerung der Übergangsfinanzierung.

EINTRETEN

Michael Zeier-Rast: Einer der wichtigsten Aufträge im politischen Geschäft ist, Wünschbares zu Machbarem zu machen. Was ist das Wünschbare bei diesem Geschäft? Für die CVP-Fraktion ist klar: Luzern braucht eine neue Theaterinfrastruktur. Das steht über allem weiteren Denken und prägt auch die Haltung zum jetzt Anstehenden. Das ist der Wunsch. Der Wunsch ist aber nicht einfach Firlefanz. Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass Luzern ein Theater haben soll, nicht nur, damit Luzern als Kulturstadt wie eine Grossstadt ist, die sowieso ein Theater hat, sondern weil es ein wichtiges Angebot im kulturellen Leben einer Stadt ist. Ganz wichtig ist, das sagt der Sprechende zur Ecke der SVP-Fraktion: Das Theater in Luzern hat eine Tradition. Die Tradition hat nichts mit der neueren Theatergeschichte zu tun, sie geht zurück bis ins Mittelalter. Sie ist ein Teil der Identität der Region und der Stadt Luzern. Natürlich haben sich die Formen im Laufe der Zeit verändert. Aber auf dem Weinmarkt wurde gespielt, rund 200 Leute spielten damals, bei einer Bevölkerung von 2'000 Einwohnern, man muss sich das einmal vorstellen. Aus dieser Tradition entstand ein professionelles Theater. Im Bericht und Antrag steht, dass es das erste professionelle Theater der Schweiz war. Übrigens ist auch das Luzerner Sinfonieorchester (LSO) eines der ersten professionellen Sinfonieorchester in der Schweiz. Es ist also nicht irgendeine Flause, die man jetzt auslebt, es ist ein Teil, der zur Stadt und zu ihrer Kultur gehört. Das ist der Wunsch. Die Anwesenden wissen, dass Wünsche das eine sind; man muss sie politisch auch realisieren können. Wenn man den Bericht und Antrag betrachtet, sticht als erster Punkt die Überprüfung des Zweckverbandes hervor. Das Ergebnis der Überprüfung bereitet der CVP-Fraktion keine Freude. Sie ist aber überzeugt, dass es weiterhin einen Zweckverband geben soll, denn wenn es ihn nicht gäbe, müsste die Stadt

Luzern die Finanzierung der grossen Kulturbetriebe alleine unternehmen und das wäre eine finanzielle Grosshypothek. Man hat sich bei der Überprüfung – auch beim Gutachten Schaltegger, bei dem man durchaus grosse Fragezeichen setzen kann – durchgerungen, den Zweckverband sinnvollerweise beizubehalten und weiterhin mit ihm zu arbeiten. Das begrüsst die CVP-Fraktion explizit, obwohl es einen Haken hat. Es steht ausser Diskussion, dass eine neue Finanzierungsaufteilung entstanden ist. Das ist eines der mehreren dicken Fragezeichen hinter dem Gutachten Schaltegger. Was kann die Stadt nun tun? Die eine Möglichkeit, ein neues Gutachten erstellen zu lassen, fand im Zweckverband keine Mehrheit, da die Mehrheitsverhältnisse zwischen Kanton und Stadt einfach so sind. Die Alternative, diese Aufteilung umzustossen, würde bedeuten, den Zweckverband zu kündigen. Ist das ein Schritt in Richtung Machbarkeit? Das glaubt der Sprechende nicht, die CVP-Fraktion auch nicht. Der neue Verteilschlüssel 40 : 60 (40 % der Kosten übernimmt die Stadt Luzern, 60 % der Kosten übernimmt der Kanton Luzern) muss die Stadt schlucken, denn der Zweckverband ist wichtig, damit überhaupt etwas realisiert werden kann. Der zweite Punkt entstand durch den Prozess und ist sehr positiv. Der Sprechende durfte Präsident der Spezialkommission Salle Modulable sein. Die ausserordentliche Kommission traf sich an zwei Sitzungen, es ging Knall auf Fall. Die Situation dort war, dass man das Wünschbare des Wünschbaren des Wünschbaren wollte. Mit Machbarkeit hatte das nichts mehr zu tun. Der Grosse Stadtrat lehnte die Salle Modulable sodann ab. Man war wirklich im Wolkenkuckucksheim. Alle, die der Salle Modulable nachtrauern, leben nicht in der Realität. Sie haben vielleicht noch nie ein Theater von innen gesehen, haben auch keines geführt oder finanziert. Die Hülle ist der günstigste Teil eines Kulturbetriebs. Die jährlichen Betriebskosten sind das *Pièce de résistance*. Ohne eine vernünftige, machbare Lösung in diesem Bereich kommt so ein Theater niemals zum Fliegen und wird zu einer leeren Hülleninvestition. Die Salle Modulable war also eine kurze Geschichte. Das neue Luzerner Theater soll eine langfristige Geschichte werden. Die CVP-Fraktion will eine neue Theaterinfrastruktur, und deshalb war es ganz wesentlich, eine Dynamik zu erreichen. Nach der zweiten Sitzung der Spezialkommission wurde im Jahr 2016 eine Motion mit dem Titel «Neue Theaterinfrastruktur Luzern unverzüglich weiterplanen» eingereicht. Durch den Entscheid im Zweckverband entstand nun etwas Entscheidendes: Die Stadt Luzern übernimmt den Lead für das Theater, der Kanton übernimmt ihn für das Verkehrshaus. Dieser Entscheid ist fundamental, er bedeutet Dynamik, auch wenn der Verteilschlüssel eine Kröte ist, die man schlucken muss. Es ist endlich Bewegung hineingekommen. Deshalb kann die CVP-Fraktion zum Teil «Evaluation Zweckverband grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern» das sagen, was auch der Stadtrat sagt: Sie nimmt ihn einfach zur Kenntnis. Man muss dort hindurch, damit aus dem Wünschbaren das Machbare wird. Der zweite im Bericht und Antrag angesprochene Bereich ist die Testplanung. Der Leitsatz «Das Wünschbare zum Machbaren machen» wird auch hier verfolgt. Der Stadtrat macht eine Lagebeurteilung und zeigt dem Parlament als Zwischenhalt, wie er vorgehen will, um einen Wettbewerb ausgeschrieben zu können. Später wird er wieder ans Parlament gelangen, um die Kosten des Wettbewerbs bewilligen zu lassen. Mittlerweile wurden Vorstösse eingereicht, bei denen auch Kollege Fabian Reinhard Mitunterschreiber ist, um mehr über die Inhalte, Kostenfragen und was passiert, erfahren zu können. Das sind wichtige Vorstösse, die im kommenden Bericht und Antrag durch den Stadtrat beantwortet werden. Der Stadtrat schreibt gleich zu Beginn, dass Luzern neben der Theatertradition die Musiktradition hat und dass man beide weiterhin verknüpfen soll. Er schreibt auch,

dass ein Musiktheater sinnvoll ist und auch ein Mehrspartenhaus sinnvoll ist. Ein Spezialspartenhaus hingegen – dann wäre man wieder beim Wolkenkuckucksheim – kann sich die Stadt Luzern schlicht und ergreifend nicht leisten. Wenn es ein reines Musiktheater wird, wie man bei der Salle Modulable geträumt hat, besteht Konkurrenz mit dem Opernhaus Zürich. Der Kanton Zürich bezahlt jährlich 80 Mio. Franken an das Opernhaus, private Gelder nicht eingerechnet. Man hörte, dass das Opernhaus Zürich in der gegenwärtigen Coronasituation bereits beim Kanton um Unterstützung anklopft. Wenn man also diesen Benchmark eingehen will, liegt man völlig daneben. Wenn man auf ein reines Schauspielhaus abzielt – bei der Eröffnung war es ein reines Schauspielhaus –, hat man keinen Markt. Dann gibt es in Luzern das LSO, das schreibt der Stadtrat im Bericht und Antrag, ein Sinfonieorchester, das sich dank dem KKL weiterentwickeln konnte und ein internationales Renommee hat, das aber ohne Theaterkooperation schlicht und ergreifend keine sichere Existenzgrundlage erhält. Das Musiktheater ist neben dem Lucerne Festival ein Teil, der das Leben dieser Stadt kulturell wesentlich bestimmt. Diesen Grundsatz kann die CVP-Fraktion nachvollziehen. Es wäre ja eigentlich alles gut. Dann kommt wieder etwas, das das Wünschbare unter Druck bringt. Die Stadt Luzern weiss, dass sie nicht überall Freunde hat und dass es nationale Kommissionen gibt, die für das Gebäude eine andere Lagebeurteilung machen. Der Stadtrat musste sich fragen, was das bedeutet und schlug einen machbaren Weg ein. Er sagt, dass man erst einmal ausloten muss, was man unter diesen Gutachten überhaupt erreichen kann. Er hätte auch sagen können: «Mutig sein, das Gutachten der nationalen Kommissionen ist uns wurst, ein Neubau ist sowieso besser». Ein Neubau wäre für den ganzen Prozess des Theaters, auch aus ökonomischer Sicht, auf jeden Fall besser. Aber ob so ein Projekt dann unter diesen Voraussetzungen zum Fliegen käme, machbar würde, ist die grosse Frage. In diesem Sinne versteht die CVP-Fraktion, dass der Stadtrat erst ausloten will, was mit den beiden Kommissionen läuft und dass er erst dann entscheiden will. Auf instabilen Grundlagen kann man aber keinen Wettbewerb machen. Das wäre auch für die Wettbewerbsteilnehmenden eine furchtbare Voraussetzung. Sie würden sich etwas Verrücktes ausdenken, Superideen aushecken, die sogar finanzierbar wären und dann würde das Bundesgericht mitteilen, dass es nicht geht. Es ist also ein sinnvoller Weg, um aus dem Wünschbaren das Machbare zu machen. Luzern braucht eine neue Theaterinfrastruktur in der Stadt, im Kanton Luzern, in der Innerschweiz und darüber hinaus. Das hat die Stadt und der Kanton Luzern verdient. In diesem Sinne sagt die CVP-Fraktion Ja zum Planungsbericht und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis. Zum Rest muss nicht mehr viel gesagt werden, die Präsidentin der Bildungskommission erwähnte es bereits. Die Übergangsfinanzierung für die nächsten drei Jahre ist unter dieser Ausgangslage nichts anderes als vernünftig. Der Sprechende ist auch dafür, dass die berühmte Motion 8 vom 20. September 2016 «Neue Theaterinfrastruktur Luzern unverzüglich weiterbauen» abgeschrieben wird. Die CVP-Fraktion ist auch dafür, dass Motion 13 zum Potenzial und den Entwicklungsmöglichkeiten des Lucerne Festivals und des LSO abgeschrieben wird. Sie tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt zu.

Adrian Albisser: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für den äusserst aufschlussreichen Bericht und Antrag zum Zweckverband der grossen Kulturbetriebe und zum Luzerner Theater. Aus finanzieller Sicht ist es eine einfache Frage, die das Parlament beantworten muss: Soll es die Übergangsfinanzierung des Zweckverbands drei weitere Jahre gewähren? Hierzu gibt es von der

SP/JUSO-Fraktion eine einfache Antwort: Es gilt in der momentanen Situation das Gesetz des Moments. Man muss es machen. Auch im Parlament gibt es wenig Diskussion zu dieser Frage. Das LSO, das Luzerner Theater, das Kunstmuseum, das Lucerne Festival und das Verkehrshaus brauchen Planungssicherheit, heute umso mehr, weil sie vor grundlegenden Fragen stehen; die Coronakrise bedeutet auch für sie einen grossen Einschnitt. Der Sonderkredit von Fr. 709'000.– ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion unbestritten und notwendig. Spannender ist die Diskussion zum umfassenden Teil des Berichts und Antrags, der die Planung aufnimmt, nämlich die Evaluation des Zweckverbands und die Planung zum Luzerner Theater. Für das Luzerner Theater festigt der Bericht einige bereits bekannte Aussagen, auf die auch Michael Zeier-Rast eingegangen ist: Es bleibt ein Mehrspartenhaus, es bleibt am heutigen Ort, es bleibt aber nicht in der jetzigen Hülle. Ein zeitgemässer und flexibler Theaterbetrieb benötigt faktisch einen Neubau, auch aus Effizienzgründen. Was auch schön ist: Das Luzerner Theater nimmt die aktuelle Situation als Gelegenheit wahr, sich strukturell zu durchleuchten und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Über all das wird der Grosse Stadtrat trefflich diskutieren, weniger heute, sondern eher in einem halben oder dreiviertel Jahr, wenn der zweite Teil des Berichts und Antrags vorliegt und der Planungsbericht zum Luzerner Theater bereits viel mehr Auskunft zu den Details geben wird. Die heutige Diskussion ist für die SP/JUSO-Fraktion etwas von der Frage dominiert, wer die grossen Kulturbetriebe künftig finanziert.

Der Planungsbericht zeichnet den historischen Verlauf sehr schön nach. In den letzten 25 Jahren kann man sagen, dass der Kanton und die Stadt Luzern eine sehr gute Art der Zusammenarbeit gefunden haben. Daraus entstand der Zweckverband. Die Zusammenarbeit kam immer besser in Gang. Jetzt harzt sie wieder ein wenig. Rückblickend darf man konstatieren, dass seit dem Jahr 2008, als der Zweckverband seine Arbeit aufnahm, die Stabilität der grossen Kulturinstitutionen in der Stadt Luzern zugenommen hat. Sicher haben die kantonalen Sparprogramme ihre Spuren hinterlassen, aber als Instrument ist der Zweckverband aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion das richtige Mittel und erfüllt seine beabsichtigte Funktion. Aktuell stellen Stadt und Kanton Luzern dem Zweckverband 26,7 Mio. Franken zur Verfügung. In diesem Saal wird demnächst über das kantonale Kulturförderungsgesetz diskutiert. Der Vorschlag der Kantonsregierung ist, den aktuellen Verteilschlüssel von 70 : 30 auf 60 : 40 anzupassen, zum Nachteil für die Stadt Luzern. Ein Nachteil, der die Stadt jährlich rund 3 Mio. Franken kosten wird. Es liegt in der Natur der Sache, dass man die Verteilung der finanziellen Mittel zwischen den verschiedenen Staatsebenen immer wieder diskutiert, analysiert und neu auslegt. Solche Verhältnisse sind nicht in Stein gemeisselt, sie werden es auch nie sein. Doch man darf sich schon fragen: Wo ist der Stolz dieses Kantons geblieben? Man nennt sich Kulturkanton, doch wenn es ums Zahlen geht, nimmt man lieber den Hinterausgang. Wo ist der Anspruch geblieben, sich als Kulturleuchtturm für die Zentral- und gar die Deutschschweiz zu bezeichnen, wenn man anfängt, im Leuchtturm das Licht zu dimmen? Mit dieser Entwicklung kann die Stadt Luzern nicht zufrieden sein. Als Gemeinde übernimmt sie Ausgaben, die mit Risiken behaftet sind, man hat im Moment durch die Coronapandemie grundsätzliche Folgen, die zuerst beurteilt werden müssen. Die Ausgangslage ist schwierig. Aber immerhin geht der Kanton Luzern mit dem Verteilschlüssel eine langfristige Verlässlichkeit ein, er ist bereit, die Betriebskosten mitzufinanzieren, was sehr wichtig ist. Deshalb ist die SP/JUSO-Fraktion bereit, diese Kröte von 3 Mio. Franken pro Jahr zu schlucken. Ganz ehrlich: Was bleibt uns anderes übrig? Das ist ein wenig der

Tintenkleck im Reinheft: Begründet wird die Kröte mit einem Gutachten, welches man auch «Fitnessabo» nennen könnte. Es ist nämlich zum Davonlaufen. Unter dem Schlagwort der fiskalischen Äquivalenz, besser erklärt mit dem Sprichwort «Wer zahlt, befiehlt», versucht das Gutachten, die Lasten für Kultur hauptsächlich der Standortgemeinde zuzuschreiben. So wird argumentiert, es sei ausschliesslich eine Idee der Stadt Luzern, Kulturstandort zu sein. In einer gewissen Wild-West-Logik werden alle Kulturkosten, welche ausserkantonale und ausländische Besucherinnen und Besucher verursachen, der Standortgemeinde zugeschrieben. In diesem Gutachten wird vergessen, dass Stadtluzernerinnen und Stadtluzerner auch Kantonsluzernerinnen und Kantonsluzerner sind und somit doppelt in die Kulturförderung einzahlen. Es wird vergessen, dass es eine nachgelagerte Wertschöpfungskette der Kultur gibt. Diese hat keine kommunalen Grenzen, sie endet nicht irgendwo im Littauerboden und ist bei Malers nicht mehr vorhanden. Es wird auch vergessen, dass Kultur tatsächlich nicht nur unter fiskalischen und ökonomischen Betrachtungsweisen beurteilt werden kann. Im Originalwortlaut klingt es zum Beispiel so: «Aus ökonomischer Sicht lässt sich nicht schlüssig begründen, weshalb sich der Staat überhaupt in der Kulturförderung engagieren soll». Das ist völlig richtig. Es ist auch komplett unsinnig, eine Holzbrücke, die schräg über einen Fluss führt, zu unterhalten. Es ist ökonomisch unschlüssig, Abfall zu trennen und wertvolle Zeit damit zu vergeuden. Es ist unschlüssig, Strassen mit Tempobeschränkungen zu reglementieren. Und bitterböse gesagt, ist es ökonomisch unschlüssig, alte Menschen für gutes Geld in Altersheimen zu pflegen. Die Ironie des Schicksals ist: Mit dieser sehr neoliberalen Lesart schafft sich Professor Schaltegger mit seiner Universität gleich mit ab. Es ist nämlich ökonomisch unschlüssig, weshalb die öffentliche Hand so viel Geld in die Bildung investieren soll. Das sagt nicht der Sprechende; das sagt das Gutachten. Diese Grundhaltung widerspricht aber einem modernen und solidarischen Staatsverständnis. Denkt man diesen Ansatz zu Ende, müsste der Kanton Luzern eigentlich sein Kulturförderungsgesetz aus dem Verkehr ziehen. Das kann nicht im Sinne der Stadt Luzern sein, und es ist auch nicht im Sinne des Kantons. Wenig überraschend missfällt der SP/JUSO-Fraktion diese Grundhaltung von A bis Z, deshalb kann sie diesem Kapitel im Bericht und Antrag nicht zustimmen und wird auch die blosser Kenntnisnahme des Kapitels 3 ablehnen. Es hat nichts mit dem Bericht und Antrag zu tun, sondern mit der Grundlage, die in den Augen der SP/JUSO-Fraktion wirklich verfehlt ist. Hier liegt eigentlich des Pudels Kern: Es ist nicht nur nicht partnerschaftlich, sondern es ist ein Affront, dass die Mehrheit der Mitglieder im Zweckverband dieses Gutachten in dieser Form in Auftrag gegeben und auch ohne Widerrede entgegengenommen hat. Das ist kein guter Stil, im Gegenteil. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet, dass künftige Entwicklungen im Zweckverband nicht derart einseitig und zu Lasten des Schwächeren ablaufen, sondern dass wirklich eine partnerschaftliche Arbeit möglich ist. Es gibt Zeichen, dass es in diese Richtung geht: Der Zweckverband ist neu paritätisch zusammengesetzt und auch daran interessiert, dass es eine konstruktive Kulturfinanzierung für den Kanton Luzern gibt. Dafür kämpft die SP/JUSO-Fraktion, darauf ist Luzern und die Kultur angewiesen, und zwar nicht nur in der Stadt Luzern, sondern im ganzen Kanton. Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und folgt allen Anträgen des Stadtrates bis auf die erwähnte Ausnahme.

Marc Lustenberger: Ein gescheiter Kopf hat einmal gesagt, zu einer richtigen Stadt gehört ein Theater, eine Brauerei und ein Fussballclub. Das kann Luzern im Moment bieten – und so wird es hoffentlich auch bleiben. Bereits seit ein paar Jahren diskutiert der Grosse Stadtrat über ein neues

Theater. Der Weg dorthin ist steinig, daran ändert auch der vorliegende Bericht und Antrag nichts. Man erfährt darin einiges zur Geschichte der Kulturförderung in Luzern, dass die Stadt das älteste Theater hat und dass dieses eine symbiotische Beziehung zum LSO pflegt. Das ist so weit alles gut und recht. Allerdings nahm die FDP-Fraktion den Bericht als wenig innovativ wahr. Insbesondere störten sich einige daran, dass die von ihr geforderte inhaltliche Diskussion und der Variantenvergleich doch sehr knapp ausgefallen ist. Gefordert wurde dies in dem am 19. Dezember 2019 überwiesenen Dringlichen Postulat 357. Vor allem fehlt der FDP-Fraktion der Vergleich der verschiedenen Modelle in Bezug zu den Kosten. Die FDP-Fraktion stellt deshalb den Antrag auf blosser Kenntnisnahme des Berichts und Antrags bei Ziffer 2 statt der zustimmenden Kenntnisnahme. Der Weg zu einem neuen Theater ist steinig und es wird noch viel Überzeugungsarbeit notwendig sein. Man darf nicht vergessen, dass irgendwann die Bevölkerung der Stadt Luzern an der Urne das letzte Wort haben wird. Das zeigen auch die Zahlen und Fakten im Bericht und Antrag. Man liest, dass rund die Hälfte der Besuchenden aus der Stadt kommt und 20 % aus der Agglomeration, jedoch nur gerade 12 % aus dem übrigen Kantonsgebiet. Weiter erfährt man, dass nur gerade jeder achte Franken aus den Billettverkäufen stammt. Diese 12 %, also die Landbevölkerung, wird aber auch in Zukunft einen wesentlichen Teil der Betriebskosten bezahlen. Um also wirklich ein Luzerner Theater zu bleiben und nicht ein verkapptes Stadttheater, ist neben einem neuen Haus sicher auch eine weitere Öffnung in die Landschaft nötig. Nicht ganz einig ist sich die FDP-Fraktion, was sie vom neuen Kostenteiler beim Zweckverband Grosse Kulturbetriebe halten soll. Unbestritten ist, dass die höheren Kosten von 3 bis 4 Mio. Franken in Zukunft eine grosse Belastung im städtischen Budget sind. Hat die Stadt Luzern schlecht verhandelt mit dem Kanton? Oder ist es ein Befreiungsschlag? Immerhin kann die Stadtluzerner Bevölkerung wegen des neuen Kostentellers in Zukunft selbst über das Theater entscheiden, es ist keine kantonale Abstimmung nötig. Zudem konnte die Finanzierung langfristig gesichert werden. Eine Abstimmung aber ist sicher auch in der Stadt nicht ganz einfach zu gewinnen. Dazu braucht man ein überzeugendes Projekt, aus Sicht der FDP-Fraktion am besten einen Neubau, und eine fundierte inhaltliche Diskussion, was das neue Haus bieten soll – für die ganze Bevölkerung, nicht nur für das schmale Segment, das heute das Theater besucht. Wichtig ist aber auch, dass das Projekt nun wirklich Fahrt aufnimmt und konkret wird. Luzern hat ein neues Theaterhaus verdient, es wird sicher Synergien bringen, die Ausstrahlung stärken und neue Chancen schaffen bei der Entwicklung eines hochwertigen Kulturtourismus. Die FDP-Fraktion hofft, bis im Herbst mehr und Konkreteres zu erfahren. Sie tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt zu. Die Übergangsfinanzierung wird von ihr unterstützt.

Marcel Lingg glaubt, dass es wohl nicht mit allzu grosser Überraschung aufgenommen wird, wenn er sagt, dass es innerhalb der SVP-Fraktion eine Mehrheit gibt, für die es letztendlich keine Rolle spielt, ob es eine Vision von der Salle Modulable gab oder ob man heute die Diskussion über einen Neubau oder eine Sanierung des Luzerner Theaters führt. Es gibt eine Mehrheit in SVP-Kreisen, die ganz klar die Meinung vertritt: «Es ist kein Theater nötig, wir können uns so ein Theater schlichtweg nicht leisten». Die SVP-Fraktion machte zusammen mit der Parteileitung, damit es etwas mehr Leute waren, eine Konsultativabstimmung: «Wie würde man entscheiden, wenn man heute über die Weiterführung des Projekts Luzerner Theater abstimmen müsste?» Das Resultat war nicht einstimmig oder klar, aber es war letztlich eine Mehrheit, die für den «Abbruch der

Übung» gestimmt hätte. Der Sprechende geht davon aus, dass nicht nur die SVP der Stadt Luzern so denkt, sondern dass der Gedanke, je weiter man aufs Land hinausgeht, immer extremer wird, und zwar nicht nur bei SVP-Wählern oder -Sympathisanten, sondern der Gedanke strahlt bis tief in das bürgerliche, wenn nicht sogar linke Lager aus. Man weiss es eigentlich schon: Kommt die Diskussion in den Kantonsrat, werden die Fraktionen, die sich heute sehr positiv geäussert haben, ganz andere Ansichten vertreten. Die Kluft zwischen Stadt und Land betreffend die Zukunft des Luzerner Theaters ist sehr gross. Daran wird es letztendlich auch scheitern, wenn aus Sicht des Luzerner Theaters das Worst-Case-Szenario eintritt. Es gibt aber auch eine Minderheit, die den Gedanken an eine Weiterführung des Luzerner Theaters noch nicht aufgeben will, die bereit ist, die Planung, die Vision weiterzuführen. Entweder, weil sie innerlich von der Idee überzeugt sind oder aus Fairness, damit die Planer eine Chance erhalten, wenigstens ihre Planung weiterzuführen. Doch damit diese Gruppierung der SVP-Fraktion letztendlich überwiegt, müssen wohl drei verschiedene Stränge in die gleiche Richtung und irgendwann zusammenlaufen. Ein Strang oder Inhalt ist die Diskussion über die Inhalte des Luzerner Theaters. Hier kann der Sprechende beruhigen: Es herrscht durchgehende Einigkeit. Es wird nur ein Drei-Sparten-Theater gebaut werden. Alles andere ist nicht sinnvoll, es ist nicht sinnvoll, die Tradition des Musiktheaters aufzugeben und ein reines Schauspielhaus zu bauen. Es würde vielleicht im Bau billiger werden, letztendlich unter dem Strich aber nicht mehr bringen. Es wird also weiterhin ein Drei-Sparten-Theater benötigt, zumindest die Sparte Musik muss weiterhin im Luzerner Theater eine Zukunft haben. Wenn man die Sparte Musik gut umsetzt, ist es logisch, dass auch die anderen Sparten in dem Haus ausgeübt werden können. Beim zweiten Strang geht es um die Frage Sanieren, Anbau oder Komplettneubau. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, es gibt nur einen Weg, eine Richtung: den Neubau. Wenn man den Fraktionen, dem Stadtrat, der Verwaltung und der Vertretung des Luzerner Theaters zuhört, so erhält die SVP-Fraktion immer recht. Niemand konnte dem Sprechenden unter vier Augen sagen, dass er oder sie effektiv für eine Sanierungslösung ist. Trotzdem nimmt die SVP-Fraktion im Bericht und Antrag zur Kenntnis, dass der Stadtrat bereit ist, vor den Eidgenössischen Kommissionen zu «kuschen», eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, in der es darum geht, ob eine Sanierungsvariante mit Anbau doch noch möglich ist. Für die SVP-Fraktion ist es keine Variante, wenn das Resultat der Studie irgendwann heisst: «Es wäre möglich». Letztendlich würde ein Wettbewerbsauftrag lanciert, der dahin geht, dass ausschliesslich Sanierungsvarianten umgesetzt werden sollen. Das will die SVP-Fraktion schon heute ganz klar verhindern. Deshalb wird sie auch, um ein ganz klares Zeichen zu setzen, von diesem Teil ablehnend Kenntnis nehmen, weil im Bericht und auch zwischen den Zeilen zu lesen ist, dass man allenfalls bereit ist, eine Sanierungsvariante umzusetzen. Bei der Ausschreibung für den Architekturwettbewerb will die SVP-Fraktion die Frage offenlassen. Die Teilnehmenden sollen selbst entscheiden können, ob sie die Sanierungsvariante oder eine Neubauvariante umsetzen wollen. Da das der Stadtrat etwas anders sieht, nimmt die SVP-Fraktion ablehnend Kenntnis von diesem Teil des Berichts und Antrags. Der Sprechende kommt jetzt zum dritten und fast schwierigsten Strang. Es geht um die Finanzierung. Die SVP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Luzern irgendwann das Luzerner Theater alleine tragen muss. Die Frage ist, ob sie sich das leisten kann. Hierzu hat die SVP-Fraktion eine sehr skeptische Ansicht. Das Verhalten des Kantonsrates wird zumindest aus Sicht der Stadtluzerner SVP nicht gut aufgenommen, sie ist der Meinung, der Kanton hätte sich fairer verhalten und den bisherigen Verteilschlüssel beibehalten sollen. Der Kanton macht es sich sehr einfach, indem er sagt,

dass er das prestigeträchtigere, international bekannte Verkehrshaus unter seine Fittiche nimmt, das «Provinztheater» der Stadt Luzern darf die Stadt Luzern selbst bauen, finanzieren und zum grössten Teil auch unterhalten. Nicht nur, weil der Stadtrat diesen Punkt neutral zur Kenntnis nehmen will, stellt die SVP-Fraktion den Antrag, Ziffer 3 des Berichts und Antrags auch ablehnend zur Kenntnis zu nehmen, um ein ganz klares Zeichen zu setzen. Einerseits ist sie nicht dazu bereit, dass der Kanton die Kosten so stark auf die Stadt Luzern abwälzt, andererseits besteht auch ganz klar die Befürchtung, dass die Stadt Luzern sich das nicht mehr leisten kann. Die Fraktion nimmt zweimal ablehnend Kenntnis zur Zukunft des Luzerner Theaters, ist hingegen bereit, die Übergangsfinanzierung mitzutragen, da es bei dieser nicht nur um das Luzerner Theater, sondern auch um andere Institutionen geht. Und sollte das Luzerner Theater irgendwann nicht mehr existieren, ist ein geordneter Rückzug nötig. Sollte trotzdem mit privaten Donatoren eine Lösung gefunden werden können, ist die Übergangsfinanzierung sowieso nötig. Mit den Anträgen zur Abschreibung der beiden Postulate ist die SVP-Fraktion einverstanden, einen davon hat der Sprechende selbst miteingereicht. Er ist zwar der Meinung, dass die Zukunft des LSO weiterhin nicht gelöst ist, ist aber mit der Abschreibung einverstanden, weil sich die Ausgangslage für die Diskussion mittlerweile geändert hat. Gegebenenfalls müsste man irgendwann in der Zukunft einen neuen Vorstoss einreichen.

Judith Wyrsch bedankt sich für den Bericht und Antrag, den sie sehr gerne gelesen hat. Er enthält eine Geschichte: Die Kulturgeschichte von Verhandlungen, die immer schon stattfanden und immer mühsam, immer hart waren. Die Stadt Luzern ist an einem weiteren Punkt dieser Geschichte angelangt. Das sehr fragwürdige Gutachten von Herrn Prof. Schaltegger, der SP/JUSO-Sprecher hat es schon angesprochen, trägt leider überhaupt keinen erfreulichen Aspekt zu dieser Kulturgeschichte und Kulturförderung bei. Man erhält den Eindruck, dass auch heute das Kulturschaffen noch nicht begriffen wird, Verteilschlüssel sind reine Zahlenjongliereien, der inhaltliche, soziale und wirtschaftliche Mehrwert wird in Prozentzahlen eingeteilt. In dem Sinn ist der Bericht und Antrag leider ernüchternd, denn das Resultat daraus ist einfach die bestmögliche Lösung. Einmal mehr muss man damit zufrieden sein, auch wenn die Coronakrise unmittelbar aufzeigt, was es heisst, in einem Null-Kultur-Zustand ausharren zu müssen. Menschliche Begegnungen und auch Auseinandersetzungen können durch Skype nicht ersetzt werden, Sinnlichkeit lässt sich nicht durch den Bildschirm quetschen. So beisst die GLP-Fraktion in den sauren Apfel. Sie will eine Stagnation vermeiden. Sie nimmt den Verteilschlüssel 40 : 60 zur Kenntnis und dankt der Stadt Luzern und dem Kulturdepartement für den ausdauernden Verhandlungswillen. Aus heutiger Sicht scheint das Positive daran die klare Trennung von Verkehrshaus und Luzerner Theater zu sein, der CVP-Sprecher hat es schon erwähnt. Es sind trotzdem nach wie vor grosse Zentrumslasten zu tragen. Die Regionalkonferenz Kultur (RKK), Region Luzern, muss neu aufgestellt werden. Leider zeigt sich auch da ein offenbar nur noch kahler Kulturgedanke, die Gemeinden sehen sich nicht mehr in einer Region daheim, sondern nur noch in ihrem Dorf. Solche soziokulturellen Veränderungen gab es schon immer, sie zeigen auf, welche Politik- und Gesellschaftstrends momentan wieder oben schwimmen. Das ist schade. Die GLP-Fraktion hofft auf die Einsicht der Gemeinden. Gemeinsam erreicht man fast immer mehr als allein. Das darf auch durchaus als Appell an die Gemeinden verstanden werden. Das Erfreuliche: Der Zweckverband Grosse Kulturbetriebe hat sich definitiv bewährt und wird ganz eindeutig nicht in Frage gestellt. Die Übergangsfinanzierung 2021–2023 bildet die Grundlage

für die Einführung des neuen Verteilschlüssels. Die GLP-Fraktion stimmt der Übergangsfinanzierung für den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe und dem Sonderkredit zu. Betreffend Luzerner Theater ist es der GLP-Fraktion zu früh, um eine definitive Haltung einzunehmen, zudem eröffnen sich in der gegenwärtigen Coronazeit in kulturfinanzieller Hinsicht einige Unsicherheiten. Neben den Betriebskosten, den Lohnfragen und der Personalgestaltung des Luzerner Theaters muss auch die Zusammenarbeit mit dem LSO geklärt werden. Das LSO wird vielleicht auch von Corona betroffen sein und finanzielle Auswirkungen haben. Die Frage über einen Neu- oder Umbau stellt sich für die GLP-Fraktion überhaupt noch nicht. Sie will sich auf den Prozess eines neuen Theaterplatzes einlassen und steht für ein neues Theater ein. Dieser Prozess ist jetzt im Gang, die GLP-Fraktion will den Weg gehen. Alles Weitere wäre eigentlich nur Kaffeesatzleserei.

Christov Rolla könnte es nach allem, was gesagt wurde, kurz machen. Er bittet um Entschuldigung für den Konjunktiv. Es geht um etwas, das ihn beschäftigt und das er gerne mit den Anwesenden teilen möchte. Beim Lesen des Berichts und Antrags und beim Nachdenken über sein meist zufriedenes Leben in der Stadt und im Kanton Luzern ist dem Sprechenden durch den Kopf gegangen, ob die Stadt und der Kanton Luzern wirklich zwei grundverschiedene Sachen sind. Muss oder kann man die beiden politischen Verwaltungseinheiten nebeneinander oder sogar gegeneinander stellen? Das wird im Zweckverband nämlich vorausgesetzt, und es schwingt bei fast allem mit, was das Zusammenleben betrifft, sei es Verkehr, Wirtschaft, Tourismus oder Kultur. Es ist, als gäbe es eine unausgesprochene Waagschale: Da ist die Stadt, da ist der Kanton. In den letzten Jahren begann der Sprechende sich zu fragen, ob man auf zwei verschiedenen Planeten lebt, ob die Stadt Luzern wirklich ein Gegenstück zum Kanton ist, der teils städtisch, teils ländlich, teils dörflich geprägte Gegenden hat. Das sind selbstverständlich rhetorische Fragen. Für den Sprechenden ist die Stadt Luzern nichts Komplementäres und auch kein Pendant zum Kanton, sondern ein Teil davon. So wie «Teret» oder «Eibu» oder «Gonzbu», nur dass sie nicht so einen schönen Spitznamen hat. Die Stadt ist zwar ein recht massiver Klumpen am südöstlichen Kantonsrand, und rund ein Fünftel der Kantonsbevölkerung wohnt in ihr. Deshalb darf man aber nicht vergessen, dass die Menschen in der Stadt Luzern auch Angehörige des Kantons Luzern sind, nicht schnurrige Exoten, die sich aus mysteriösen Gründen ein mehrstöckiges Museum und Kulturhäuser von überregionaler Ausstrahlung erlauben. Das scheint dem Sprechenden manchmal in Vergessenheit zu geraten, wie auch manchmal vergessen wird, dass man miteinander nicht bloss eine Zweckgemeinschaft innerhalb der kantonalen Grenzen bildet. Abgesehen davon, dass man gemeinschaftlich für öffentliche Ausgaben wie Strassen, Sicherheit und Bildung zahlt, herrscht ja auch ein reger Austausch. Die Kantonsbevölkerung wackelt gewissermassen fleissig hin und her: Die Entlebucher Band kauft, wenn sie nicht in Wolhusen fündig wird, in Luzern ihre Verstärker und Effektgeräte, die Hinterländer Humoristin findet in Luzern ein etwas grösseres Publikum, aus irgendwelchen Gründen tagt ja auch das Kantonsparlament in der Stadt Luzern. Umgekehrt spazieren die Städter gerne der Fontanne entlang oder im Eigenthal, gehen ans Jazzfestival Willisau oder besuchen das Schloss Heidegg. Kurzum: Dem Sprechenden erschliesst sich die Polarität oder Binarität oder Zweiteilung zwischen Stadt und Kanton irgendwie nicht wirklich. Damit will er wohlverstanden nicht im Geringsten den Zweckverband in Zweifel ziehen. Dieser scheint ihm und auch der G/JG-Fraktion ein bewährtes Instrument zu sein. Aber der Sprechende möchte damit einerseits die Besorgnis über einen zunehmenden Stadt-Land-Graben ausdrücken, der seinem Gefühl nach

mehr in den Köpfen als tatsächlich real existiert, vielleicht aber gerade deshalb noch grösser werden und zu einer abnehmenden Solidarität führen könnte, zumindest aber zu einem Gemeinschaftsgefühl, das immer kleiner wird. Andererseits – die Anwesenden riechen sicher schon den Braten – möchte der Sprechende damit das Unbehagen der G/JG-Fraktion gegenüber dem neuen Kostenteiler ausdrücken, besser gesagt, das Unbehagen über die Art, wie er entstanden ist und wie es in Zukunft weitergehen könnte. Es sind dabei Tendenzen zu spüren, die der G/JG-Fraktion ein ungutes Gefühl verursachen, und vermutlich wird sie nicht darum herumkommen, über kurz oder lang eine grössere Auslegeordnung zu machen, wie es mit der Kultur, ihrer Förderung und dem Umgang damit aussieht in der kantonalen Zweck-, Schicksals- und Lebensgemeinschaft. Denn, dies als letzter Gedanke zur zweifelhaften Zweiteilung von Stadt und Kanton Luzern: Man darf nicht vergessen, dass sich die Stadt Luzern mindestens vierfach für Kultur engagiert. Sie engagiert sich in der Regionalkonferenz Kultur (RKK), sie engagiert sich im Zweckverband, sie unterstützt ganz direkt ihre eigenen Kulturschaffenden, und sie finanziert als Teil des Kantons Luzern über die Steuern ihrer Bewohnerinnen und Bewohner auch die Kulturpolitik und sämtliche Ausgaben des Kantons mit. Auch darum ist die G/JG-Fraktion nicht sicher, wie fair der neue Kostenteiler ist. Das ist aber vermutlich eine Frage der politischen Realitäten und vielleicht auch eine Frage des Bewusstseins, des Willens und der jeweiligen Finanzstrategien. Jedenfalls geht es der G/JG-Fraktion in dieser Situation primär darum, dass die Stadt Luzern eine gute, starke und verlässliche Partnerin ist, einerseits dem Kanton gegenüber, andererseits den Kulturbetrieben gegenüber. Die G/JG-Fraktion schätzt sich glücklich, dass es diese gibt und möchte, auch wenn sie für den ganzen Kanton da sind und zum Teil weit über ihn hinaus strahlen, ihr Scherflein beitragen, auch wenn das Scherflein jetzt etwas grösser wird, gewissermassen ein Scherf. Die G/JG-Fraktion stimmt dem Sonderkredit zur Übergangsfinanzierung zu und ist mit der blossen Kenntnisnahme des Kapitels 2 sehr einverstanden. Dafür muss sie natürlich zuerst auf den Bericht und Antrag eintreten, auch das tut sie. Nur noch einige kurze Worte dazu: Die G/JG-Fraktion hat den Bericht und Antrag sehr gerne gelesen, sie hält ihn für einen sehr guten, umfangreichen und gründlichen Bericht, für den sie sich herzlich bedankt. Besonders freut die G/JG-Fraktion, dass der Stadtrat sich ganz klar und einmal mehr für ein professionelles Mehrspartenhaus ausspricht. Dass das Musiktheater eine der Sparten sein soll, entspricht ganz und gar ihrer Haltung. Das Musiktheater ist eindeutig ein grosser und wichtiger Pfeiler und das Zugpferd des Luzerner Theaters. Wenn die neue Infrastruktur einen zeitgemässen Musiktheaterbetrieb ermöglicht, werden auch die Anforderungen der anderen Sparten darin Platz haben. Dass aber auch die professionelle freie Szene Platz hat, ist die Hoffnung und die Forderung der G/JG-Fraktion. Es ist auch fast der einzige Kritikpunkt am Bericht und Antrag: Die bisherigen Koproduktionen mit der freien Szene werden etwas gar zu rosig dargestellt. Hier erwartet die G/JG-Fraktion in Zukunft entschieden mehr vom Luzerner Theater, mehr in fast jeder Beziehung, so wie sie auch an dieser Stelle einmal mehr sagen muss, dass sie es beschämend findet, dass das Luzerner Theater schweizweit zu den Häusern gehört, die die tiefsten Mindestlöhne zahlen. Dies wird die Fraktion auch in Zukunft genau beobachten und, wo es in ihrer Macht liegt, handeln. Für den Moment nimmt die G/JG-Fraktion den Bericht und Antrag aber recht wohlwollend zur Kenntnis und tritt ein.

Stadtpräsident Beat Züsli: Der Grosse Stadtrat darf heute an einem symbolischen Ort, wo das Kantonsparlament tagt, einerseits einen wichtigen Schritt für die Institution Zweckverband und andererseits für das Projekt Luzerner Theater machen, was Stadt und Kanton Luzern sehr stark miteinander verbindet. Der Sprechende bedankt sich für die grossmehrheitliche Unterstützung des Weges, den der Stadtrat im Bericht und Antrag vorzeichnet. Auch er ist nicht mit allem zufrieden, das bringt der Bericht und Antrag auch zum Ausdruck, insbesondere mit dem Ergebnis der Evaluation des Zweckverbandes und den Schlüssen, die aus der Evaluation gezogen wurden. Der Sprechende betont, dass in langen und intensiven Verhandlungen mit dem Kanton ein Kompromiss ausgehandelt werden konnte. Der Kompromiss ermöglicht der Stadt Luzern heute, die gemeinsame Aufgabe der Kulturpolitik als Verbundaufgabe weiterzutreiben und weiterzuentwickeln. Stadt und Kanton Luzern können gemeinsam im Gespräch, im Austausch, die Kulturpolitik im Kanton, in der Stadt und in der Region prägen. Der Kompromiss ermöglicht aber auch, das ist dem Stadtrat ganz wichtig, das Projekt des Luzerner Theaters voranzutreiben. Er stellt eine gute Basis dar. Man befand sich in einer blockierten Situation und kommunizierte das auch entsprechend. Mit dem vereinbarten Kompromiss ist es der Stadt Luzern nun möglich, Schritt für Schritt in dem ohnehin noch komplexen Projekt weiterzugehen. Aber wie es bei Kompromissen so ist, beinhaltet der Kompromiss einen Teil, der unbefriedigend ist; so ist es auch für die Stadt Luzern. Zukünftig bezahlt sie einen höheren Beitrag, sie übernimmt künftig 40 % der Kosten des Zweckverbandes; dies wird ab dem Jahr 2023 in drei Schritten umgesetzt. Der Weg zum neuen Luzerner Theater, zu einer neuen Infrastruktur des Luzerner Theaters, versuchte der Stadtrat dem Grossen Stadtrat im Bericht und Antrag aufzuzeigen. Es ist natürlich noch einiges offen. Der Sprechende nimmt auch die Kritik auf, man habe die im Bericht und Antrag vorgeschlagenen Modelle, die zeigen sollen, in welche Richtung das Luzerner Theater gehen soll, nicht mit entsprechenden Finanzierungen unterlegt. Das ist richtig. Der Stadtrat sagte aber schon früher, dass dies zum jetzigen Projektierungsstand schwierig sein würde. Dafür ist ein ausgearbeitetes Betriebskonzept nötig; dieses wird im Moment erstellt. Der Stadtrat ist überzeugt, dass er in der nächsten Phase, wenn er dem Parlament wieder einen Bericht vorlegt, Genaueres darüber sagen kann. Es wurde auch die Rolle des Kantons angesprochen. Der Sprechende betont nochmals: Der Kanton ist ein sehr wichtiger Partner, er wird auch in Zukunft mit 60 % die Mehrheit der Betriebsfinanzierung, über den Zweckverband, wahrnehmen. Es wurde angemerkt, dass der Kanton und die Bevölkerung im Kanton einem Theater in der Stadt Luzern und einer neuen Infrastruktur kritisch gegenüberstehen werden. Es ist Aufgabe der Stadt Luzern, die Kantonsbevölkerung davon zu überzeugen, dass das Haus, das hier entstehen kann, in welcher Form auch immer, etwas ist, das nicht nur für die Stadtbevölkerung, sondern für eine breitere Bevölkerung ist und hoffentlich auch mehr Zielgruppen ansprechen und ins Gebäude ziehen kann als es heute der Fall ist. Man hat eine grosse Chance, die Öffnung, die in den letzten Jahren durch den Theaterbetrieb mit der Intendanz Benedikt von Peters stattgefunden hat, weiterzutreiben und ein Gebäude auf dem Theaterplatz zu erstellen, das die Öffnung auch symbolisiert und rein praktisch ein offeneres Haus wird als zum heutigen Zeitpunkt. Der Stadtrat glaubt, dass die reiche Theaterkultur, die man im ganzen Kanton Luzern hat, eine Riesenchance erhält, wenn man sie mit dem professionellen Theaterbetrieb des Luzerner Theaters verbindet. Seit Anfang des Jahres 2020 kann die neu gebildete Projektierungsgesellschaft die nächsten Projektierungsschritte in die Wege leiten. Im Bericht und Antrag ist abgebildet, wie sich die Projektierungsgesellschaft zusammensetzt: Neben dem Kanton und der Stiftung Luzerner Theater als wichtige Partner wurden weitere

zentrale Partner einbezogen, wie das LSO, das Lucerne Festival, die freie Szene und auch private Unterstützer, die bereits finanzielle Mittel für einen Wettbewerb in Aussicht gestellt haben. Ein erstes Ergebnis dieser Arbeiten ist am Anfang des Berichts und Antrags zu sehen; es wurde gemeinsam eine Vision entwickelt. Wenn man sie liest, wirkt sie nicht wahnsinnig spektakulär. Aber nur schon der Prozess, der mit allen Beteiligten geführt werden konnte, war ganz wichtig, um sich am Schluss auf das, was man mit dem Projekt erreichen will, zu einigen. Auch andere Arbeiten sind mit gewissen Einschränkungen wegen Corona weitergeführt worden. Die Machbarkeitsstudie konnte vorangetrieben werden, diese soll ausloten, was auf dem Theaterplatz möglich ist unter Einbezug der Gutachten der beiden eidgenössischen Kommissionen für Denkmalpflege und Natur- und Heimatschutz. Was ist möglich und kann später allenfalls als Basis dem Wettbewerb zugrunde gelegt werden? Die Stadt Luzern konnte vor rund zwei Wochen den beiden Kommissionen die Machbarkeitsstudie vorstellen. Die Rückmeldung steht noch aus, deshalb kann der Sprechende heute noch nichts dazu sagen. Der Stadtrat erwartet aber bis nach den Sommerferien eine Ergänzung von dem ursprünglichen Gutachten und ist sehr gespannt, wie es herauskommt. Das wird wiederum die Basis für die Weiterentwicklung des Projekts sein. Der Stadtrat ist zuversichtlich, dass man Schritt für Schritt weiterkommen wird. Dafür ist jetzt aber die entsprechende Zustimmung und Unterstützung des Parlaments nötig. Es ist für den Stadtrat ganz wichtig, dass es eine breite Abstützung des Projekts gibt, um die weiteren Schritte gut einleiten zu können. Der Sprechende bedankt sich für die Unterstützung.

Somit tritt der Grosse Stadtrat auf den B+A 8/2020: «Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern Luzerner Theater» ein.

DETAIL

Seite 63 f. 11 Antrag und Beschluss

Die SVP-Fraktion stellt einen **Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme** von Kapitel 3 des Planungsberichts. In der Gegenüberstellung von blosser und ablehnender Kenntnisnahme obsiegt die blosse Kenntnisnahme mit 24 : 16 : 4 Stimmen.

- I. **Der Grosse Stadtrat nimmt mit 24 : 16 : 4 Stimmen Kenntnis von Kapitel 3 des Planungsberichts.**

Die SVP-Fraktion stellt einen **Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme** des Planungsberichts. Die FDP-Fraktion stellt einen **Antrag auf blosse Kenntnisnahme**.

In der Gegenüberstellung von blosser Kenntnisnahme und ablehnender Kenntnisnahme des Planungsberichts obsiegt die blosse Kenntnisnahme.

In der zweiten Abstimmung zu diesen Anträgen obsiegt in der Gegenüberstellung von blosser Kenntnissnahme und zustimmender Kenntnissnahme die zustimmende Kenntnissnahme des Planungsberichts.

- II. Der Grosse Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis vom Planungsbericht.**
- III. Der Grosse Stadtrat bewilligt den Sonderkredit von Fr. 709'968.– für die Übergangsfinanzierung des Zweckverbands Grosse Kulturbetriebe einstimmig mit 45 : 0 : 0 Stimmen.**
- IV. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 8, Michael Zeier-Rast namens der Spezialkommission NTL vom 20. September 2016: «Neue Theaterinfrastruktur Luzern unverzüglich weiterplanen», als erledigt ab.**
- V. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 13, Marcel Lingg und Peter With namens der SVP-Fraktion sowie Laura Grüter Bachmann und Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 5. Oktober 2016: «Entwicklungsmöglichkeiten für Lucerne Festival und LSO aufzeigen», als erledigt ab.**
- VI. Der Beschluss gemäss Ziffer III unterliegt dem fakultativen Referendum.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnissnahme vom Bericht und Antrag 8 vom 18. März 2020 betreffend

Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern

Luzerner Theater

- **Teil Planungsbericht**
Evaluation Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern
Ergebnis Testplanungsverfahren Theaterplatz und Vorschlag für das weitere Vorgehen
- **Teil Bericht und Antrag**
Übergangsfinanzierung Zweckverband für die Jahre 2021 und 2022,

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 27 Abs. 2 und 3, Art. 29 Abs. 1 lit. b., Art. 68 lit. b

Ziff. 2 und Art. 69 lit. b. Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 52 und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Von Kapitel 3 des Planungsberichtes (Evaluation des Zweckverbands Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern) wird Kenntnis genommen.
- II. Im Übrigen wird vom Planungsbericht zustimmend Kenntnis genommen.
- III. Für die Übergangsfinanzierung des Zweckverbands Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern in den Jahren 2021, 2022 und 2023 wird ein Sonderkredit von Fr. 709'968.– bewilligt.
- IV. Die Motion 8, Michael Zeier-Rast namens der Spezialkommission NTL vom 20. September 2016: «Neue Theaterinfrastruktur Luzern unverzüglich weiterplanen», wird als erledigt abgeschrieben.
- V. Die Motion 13, Marcel Lingg und Peter With namens der SVP-Fraktion sowie Laura Grüter Bachmann und Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 5. Oktober 2016: «Entwicklungsmöglichkeiten für Lucerne Festival und LSO aufzeigen», wird als erledigt abgeschrieben.
- VI. Der Beschluss gemäss Ziffer III unterliegt dem fakultativen Referendum.

**10 Postulat 402, Irina Studhalter und Mirjam Landwehr namens der G/JG-Fraktion vom 27. April 2020:
Die Lunge der Stadt retten: Keine Lüftungszentrale im Gütschwald**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Irina Studhalter hält an der vollständigen Überweisung fest.

Die Diskussion ist somit gegeben.

Irina Studhalter: Nach den angeregten Diskussionen sind bereits alle etwas müde und deshalb möchte die Sprechende mit den Parlamentsmitgliedern eine Pause machen. Dazu lädt sie den Rat ein, mit ihr einen Ausflug zu unternehmen. Die Anwesenden sollen sich vorstellen, dass sie an der Baselstrasse zu Hause sind, an der lebendigsten Strasse der Stadt. Es ist laut, die Häuser sind von den Abgasen schwarz, die Fenster bleiben zu, weil es nicht angenehmer wird, wenn man sie

öffnet. Man zieht Turnschuhe an, geht hinaus und läuft Richtung Stadt. Man löst ein Kurzstreckenbillet und steigt in die Gütschbahn ein. Sobald die Tür zu ist, wird es ruhiger, die Bahn surrt los. Man tritt ans Fenster, schaut hinaus und sieht zu, wie man immer weiter über die Stadt fährt und die Aussicht immer besser wird. Oben angekommen, steigt man aus und spaziert in den Gütschwald. Der Autolärm ist immer weiter weg und stattdessen hört man die Vögel pfeifen, es raschelt in den Sträuchern, man hört Blätter im Wind, jemand läuft vorbei und die Steine unter den Schuhen knirschen leicht. Man kann zum Weiher laufen und schauen, ob es Enten hat oder ob man die ausgesetzte Schildkröte findet. Wenn man Glück hat, schaut ein Reh nach, wer da auf Besuch ist. – Die Pause bzw. der Ausflug ist vorbei, der Grosse Stadtrat berät wieder über die Überweisung des Postulats. So ein Ausflug kann Alltag der Bevölkerung, v. a. an der Basel- und Bernstrasse, sein. Wenn man in den letzten Monaten im Wald spazieren ging, ist einem sicher aufgefallen, wie viele Leute das schätzten. Unter anderem darum ist es wichtig, dass der Gütschwald so bleibt, wie er ist. Er ist eine zentrale Ressource nicht nur für das Ökosystem, sondern auch für die Bevölkerung von Luzern. Die Sprechende erinnert die Anwesenden gerne daran und macht es auch noch hundert weitere Male: In diesem Parlament haben alle zusammen den Klimanotstand beschlossen und das Ziel von Netto Null CO₂-Emissionen bis 2030 festgelegt. Jetzt bietet sich die Möglichkeit, darauf hinzuarbeiten. Das ist eine Möglichkeit zum Umwelt- und Klimaschutz. Eine umwelt- und siedlungsverträgliche Realisierung reicht nicht, es braucht einen umweltverträglichen Erhalt. Die Sprechende bittet alle, das Postulat zu überweisen und den Gütschwald zu schützen.

Regula Müller: Eine Lüftungszentrale mitten im Natur- und Erholungsgebiet Gütschwald: ernsthaft? Das kann es ja wohl nicht sein. Man kann zwar die genauen Dimensionen des Bypass-Teilprojekts noch nicht abschätzen, weil die Pläne noch nicht aufliegen, man weiss aber, dass mindestens 80 Bäume der Lüftungszentrale zum Opfer fallen werden. Das ist angesichts der Klimakrise und des Klimanotstands nicht vertretbar. Der Stadtrat hat schon im Jahr 2014 per Stadtratsbeschluss gesagt: «Hinsichtlich der geplanten Rodung weist der Stadtrat darauf hin, dass auf Stadtgebiet voraussichtlich nicht genügend Ersatzaufforstungsflächen zur Verfügung stehen werden». Bisher ist von einer Ersatzaufforstungsfläche nicht viel bekannt. Es soll eine zusätzliche Weiherlandschaft geben, aber das entspricht nicht dem Grundsatz der Stadt Luzern, den Baumbestand stetig zu erhöhen. Die SP/JUSO-Fraktion ist absolut der Meinung, dass der Stadtrat vehement für eine andere Lösung eintreten muss und stimmt deshalb der vollständigen Überweisung des Postulats zu.

Roger Sonderegger ist etwas erstaunt über das soeben Gehörte. Was er vom Stadtrat gelesen hatte, leuchtete ihm ein. Es gibt technisch gesehen zwei Orte, an denen eine solche Lüftungszentrale gebaut werden kann. Entweder dort, wo sie jetzt projektiert ist oder an den Tunnelportalen. Der Sprechende hat jetzt zweimal gehört, dass die Zentrale im Gütschwald nicht gewünscht ist. Jetzt gibt es zwei Schlussfolgerungen: Entweder will man sie an den Portalen oder gar nicht. Man führt also eine Bypass-Diskussion. Der Sprechende unterstellt zumindest Postulantin Irina Studhalter, dass sie den Bypass gar nicht will und nicht einfach nur die Lüftungszentrale woanders haben will. Will man den Bypass, will man ihn nicht? In der städtischen Verkehrspolitik fängt man zwar häufig wieder ganz am Anfang an, der Sprechende meint aber, dass an diesem Projekt festgehalten werden sollte. Über dieses Projekt hat man schon oft gesprochen, mit Spange, ohne Spange.

Man ist zum Schluss gekommen, Stand von heute: Der Nutzen für die Stadt Luzern ist gross und die Schäden klein. Eine Lüftungszentrale im Gütschwald ist nicht schön, der Sprechende gibt es zu. Auch er wünscht sie sich nicht von Herzen, wahrscheinlich die Wenigsten. Man hat dort lieber Bäume, Weiher, Schildkröten usw. Aber wenn man Ja zum Bypass sagt, sagt man auch Ja zur Lüftungszentrale. Den Sprechenden beruhigt, dass die Lüftungszentrale nicht dauernd Abgase in den Gütschwald bringt. Deshalb findet er den Titel des Postulats auch etwas reisserisch. «Die Lunge der Stadt geht kaputt»: Das tut sie nicht, sie bekommt einen hässlichen Bau, aber keinen, der dauernd Abgase ausbläst, sondern nur im Brandfall zum Einsatz kommen wird. Die CVP-Fraktion entnimmt der Antwort des Stadtrates, dass dies beim Sonnenbergtunnel bis jetzt nie der Fall war, diesen gibt es seit über 40 Jahren. Also wird man die Zentrale im Gütschwald nicht allzu oft im Einsatz erleben. Man hätte der Antwort des Stadtrates gerne zugestimmt, es war eine gute Antwort. Zu einer vollständigen Überweisung und damit einer indirekten Ablehnung des Bypasses sagt die CVP-Fraktion Nein.

Patrick Zibung hat sich vor der Sitzung über die Grösse des Gütschwalds schlau gemacht. Die Gesamtfläche beträgt ca. 1 Mio. Quadratmeter, davon sollen nun 1'250 Quadratmeter einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Das entspricht ungefähr 0,125 %. Insgesamt besitzt die Stadt über 1'400 ha Wald, ein erheblicher Teil davon befindet sich auf Stadtgebiet. Das sind 14 Mio. Quadratmeter; Wälder im Privatbesitz sind hier nicht einmal eingerechnet. 23 % dieser Waldfläche sind sogar in Waldreservate ausgeschieden, also in Gebiete, in denen Biodiversität über den Interessen der Gesellschaft und der Menschen stehen. Hier von einer Zerstörung der Lunge der Stadt zu sprechen, ist nicht nur masslos übertrieben, sondern einfach populistisch. Solche Bauten gibt es übrigens auch an diversen anderen Waldstandorten. So auch in der Nähe seines Wohnorts, im Kreuzbuchwald, wo ein Wasserreservoir steht. Der Sprechende geht dort manchmal joggen und hat den Eindruck, dass weder die Biodiversität noch die Luftqualität davon negativ betroffen sind und die Stadt Luzern durch diesen Bau weder kühler noch wärmer ist. Es geht hier um eine verkehrssicherheitsrelevante Installation. Der Gütschwald als Standort für die Lüftungszentrale wurde nicht gewählt, weil man Freude am Bauen im Wald hat, sondern weil es aus sicherheits- und städtebaulichen Gründen der optimale Standort ist. Man hörte es eben vom Sprecher der CVP-Fraktion: Die einzige Alternative wäre eine Installation am Tunnelportal, im Wohngebiet. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass diese Alternative gar nicht diskutiert werden sollte. Im Endeffekt bleibt nur das aktuelle Vorhaben übrig. Kosten und Nutzen liegen für die SVP-Fraktion in einem akzeptablen Bereich. Die Autobahn rund um Luzern ist europaweit bekannt als Nadelöhr auf der Nord-Süd-Achse. Der Grosse Stadtrat sollte auch an die europäischen Nachbarn denken, wie es im nationalen Parlament auch gerne gemacht wird, und aufhören, ein sinnvolles Projekt mit fragwürdigen Argumenten zu torpedieren. Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss klar ab.

Rieska Dommann: Die Forderung der Postulantinnen ist klar und unmissverständlich. Sie wollen die Lüftungszentrale nicht, sie wollen aber auch den Bypass nicht. Der Stadtrat soll sich deshalb mit allen Mitteln gegen die geplante Lüftungszentrale einsetzen. Das will der Stadtrat nicht, die FDP-Fraktion findet, aus gutem Grund. Sie ist froh für dieses klare Bekenntnis zum Projekt Bypass Luzern. Dass der Stadtrat das Postulat trotzdem teilweise entgegennehmen will, überrascht die FDP-Fraktion etwas. Es spielt aber keine Rolle mehr, da es jetzt um eine vollständige Überweisung

geht. Die FDP-Fraktion will nicht, dass sich der Stadtrat gegen die notwendige Lüftungszentrale einsetzt und wird deshalb das Postulat ablehnen. Immerhin handelt es sich bei der Lüftungszentrale um ein sicherheitsrelevantes Element und ist deshalb unverzichtbar. Selbstverständlich erwartet die FDP-Fraktion, dass der Stadtrat gut darauf achtet, dass beim Bau der Lüftungszentrale alle Gesetze eingehalten werden.

Stefan Sägesser: Es ist eine Frage der Güterabwägung. Die fundamentalistische Haltung hüben wie drüben regt den Sprechenden auf. Mit der Antwort des Stadtrates hätte die GLP-Fraktion sehr gut leben können, weil der Spagat, den man macht, wenn man das Stadtzentrum mit einem Bypass entlasten möchte, mehr oder weniger glücklich ist. Es gibt kein Recht auf Autobahnen, aber sie sind natürlich ein Thema für den Verkehr. Der Bypass soll v. a. der Stadt etwas bringen und das Zentrum entlasten. Jetzt gibt es eine Version, die gemäss Stadtrat nicht glücklich macht, aber in der Güterabwägung stimmt. Der Notstollen oder Lüftungsturm, der jetzt dämonisch an die Wand gemalt wird, gefällt dem Sprechenden auch nicht, er will auch nicht durch den Wald spazieren, wenn es nach Abgasen stinkt. Es ist aber ein Überdruckventil. Es braucht so einen Stollen und nun ist die Frage, wo er gesetzt werden kann. Man will ihn nicht ins Wohngebiet setzen. «Frühgeborene» wie der Sprechende, erinnern sich an den Industriegrossbrand in Basel 1986, als es in der Innenstadt brannte. So etwas will man auch bei einem Einmalereignis nicht. Der Gütschwald ist deshalb ein Thema, keines, das dem Sprechenden Freude macht, es ist aber gewissermassen das kleinere Übel. Lobend erwähnen muss er, dass der Stadtrat den Vorgehensweg mit allen Rekurs-, Einsprache- und Partizipationsmöglichkeiten sehr gut dargelegt hat. Jetzt aber ist der Moment, sich für das eine oder das andere zu entscheiden. Die GLP-Fraktion wird die Überweisung ablehnen.

Irina Studhalter möchte auf einige Sachen reagieren. Erstens: Es geht eigentlich um den Bypass und nicht um die Lüftungszentrale. Das stimmt. Mit der fortschreitenden Planung wird auch das Ausmass der Eingriffe ersichtlich. Vorher konnte man es nur erahnen, jetzt merkt man es. Übrigens unterschrieben über 4'000 Personen innerhalb kürzester Zeit die wohl erfolgreichste Petition seit Langem, die die Gütschwaldrodung stoppen will; nächste Woche dürfen die Petitionäre ihr Anliegen beim ASTRA darlegen. Es wurde zweitens gesagt, dass der Titel des Postulats: «Die Lunge geht kaputt», irreführend sei. Die Lunge wird nicht verpestet, wie es offenbar interpretiert wird. Sie wird gerodet, sie wird entfernt, sie ist einfach nicht mehr da. Drittens hörte die Sprechende, dass an manchen Orten die Biodiversität wichtiger ist als die Interessen der Bevölkerung. Auch Patrick Zibung hat wohl Interesse daran, saubere Luft einzuatmen. Es ist durchaus ein Interesse von allen. Dass die Alternative zur Lüftungszentrale im Gütschwald bei den Tunneleingängen ist, zeigt auf, wie heuchlerisch es ist: Da, wo Menschen wohnen, will man keine solche Lüftungszentrale, aber in der Natur soll sie nicht stören. Es gibt einfach keine Rechtfertigung, weshalb man diese in die Natur platzieren darf. Es ist nach wie vor völlig legitim, dass der Gütschwald nicht nur verdreckt, sondern auch geschützt werden muss.

Jules Gut: Irina Studhalter nahm den Grossen Stadtrat in eine Pause mit, diese startete an der Baselstrasse. Jules Gut ist Anwohner, nicht von der Baselstrasse, aber vom gegenüberliegenden Wohngebiet. Er kann den Anwesenden sagen, dass in einer lauschigen Sommernacht, von denen es in der Vergangenheit viele gab und von denen es in Zukunft noch viel mehr geben wird und in

denen die Fenster wegen der Nachtauskühlung offen stehen, der Lärm der Brückenkonstruktion zwischen den Tunnels ziemlich heftig zu hören ist. Tunnel ein, Tunnel aus, Tunnel ein, Tunnel aus, 24 Stunden am Tag geht das immer so. Selbst das seit vielen Jahren geplante Lärmschutzprojekt, das vielleicht irgendwann auch einmal kommt, wird den Lärm nicht ganz beseitigen können. Es wohnen dort sehr viele Leute. Es gibt durchaus sehr gute Gründe für so ein Projekt, das den ganzen Transitverkehr – man redet hier von Hamburg bis Bari – nicht durch die Stadt Luzern laufen lässt und so die Nachtruhe der Quartierbewohner gewährleistet.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Die Debatte geht heute eben nicht um «Bypass: Ja oder Nein?», sondern es geht um die Lüftungszentrale. Für den Stadtrat ist der Bypass ein Teil der Planung. Wenn der Bypass kommt, wird eine Notfalllüftung nötig. Diese sieht der Stadtrat, so leid es ihm tut, im Gütschwald und nicht am Tunnelportal. Irina Studhalter nannte es «heuchlerisch», sie nicht am Tunnelportal zu bauen. Man muss verstehen, dass es eine Notfalllüftung ist. Sie springt an, wenn es brennt. Es brennt hoffentlich nie. Es gab aber schon Tunnelbrände und seither besteht die Auflage, für längere Tunnels eine Tunnellüftung zu installieren. Es geht nur darum. In einer Brandsituation ist die Abluft nicht gefiltert. Bei einer Installation im Wald käme es zu einem Schaden für den Wald, bei einer Installation beim Portal wären die Anwohner im Umfeld des Portals betroffen. Gemäss Aussage des ASTRA ist das der Hauptgrund, weshalb eine Installation im Wald einer im Siedlungsgebiet vorzuziehen ist. Nächsten Montag wird das Projekt aufgelegt, der Stadtrat wird genau prüfen, ob es wirklich die minimalinvasivste aller Möglichkeiten ist; darauf wird er achten, während dem Bau und während des Betriebs. Eventuell muss das in die Einsprache, die ohnehin wegen des Dammgärtlis lanciert wird, integriert werden. Das ist ohnehin die Aufgabe des Stadtrates. Aber wenn ein Bypass kommt, muss man so eine Lüftungszentrale machen. Es ist einfach so. Der Stadtrat schlug den Weg über die teilweise Erheblicherklärung vor, dieser Weg ist jetzt nicht mehr möglich.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 402 ab.

**11 Interpellation 325, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 19. September 2019:
Erneuerbare Energien im Produktemix der ewl**

Christian Hochstrasser beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Christian Hochstrasser: Die Interpellation hat zum Kern, wie im Bereich Strom der Weg Richtung Netto Null CO₂-Emissionen konsequent weitergegangen werden kann. Voraussichtlich kann das Parlament Ende des Jahres erneut die Diskussion über die übergeordneten politisch-normativen Ziele der ewl führen und hoffentlich auch Nägel mit Köpfen machen. Beim Strom ist es schon definiert, man hat einen Zielpfad aufgrund des Energie- und Klimareglements. Auslaufende Verträge

dürfen nur noch mit erneuerbaren Energien ersetzt werden. Die Gefahr dabei ist aus Sicht der G/JG-Fraktion, dass nur so viel erneuerbarer Strom im Angebot bereitgestellt wird, wie die Kunden bestellen. Es gibt dadurch wenig Anreiz für eigene Initiativen. Die Antworten bestätigten diese Befürchtungen ein wenig. Um es kurz zusammenzufassen, es ist doch eine recht komplexe Materie: Es gibt zwei Dimensionen. Die eine ist «assetbasiert», d. h.: Was bezieht die ewl direkt an Strom aus eigenen Quellen oder aus Bezugsverträgen? Die zweite ist die Frage der Zertifikate, bei denen die ewl den Strom quasi veredelt, wenn sie Graustrom kauft und Zertifikate für Strom aus erneuerbaren Energien an einem anderen Ort erwirbt. Das heisst, dass ein Zukauf nötig ist, dass irgendwo an einem anderen Ort erneuerbarer Strom produziert wird, der dort nicht als erneuerbar verkauft wird, sondern als Graustrom. Hier wird etwas veredelt und «grüner» gemacht, auf der anderen Seite etwas künstlich «grauer» gemacht. Die nicht-erneuerbare Energie wird so von der ewl zwar produziert, aber von einem anderen Ort veredelt. Irgendwo muss aber insgesamt genug erneuerbarer Strom produziert werden, sonst geht die Zertifikatsgeschichte nicht auf. Für die Haushalte gibt es in der Zwischenzeit nur noch erneuerbaren Strom, Graustrom gibt es aber weiterhin für Firmenkunden im liberalisierten Markt. Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist es darum wichtig, dass die ewl möglichst viel erneuerbare Energie assetbasiert bezieht und nicht über die Veredelung, die irgendwo an einem anderen Ort kompensiert werden muss. Heute sind das etwa 4,5 %, wahrscheinlich nimmt diese Tendenz der Veredelung zu, weil die ewl noch bis im Jahr 2045 Verträge für nicht erneuerbaren Strom hat. Eine grosse Frage stellt sich bei Antwort 7 des Stadtrates: Die Strommarktiliberalisierung, ein Thema, das die Stadt Luzern seit Jahrzehnten beschäftigt. Was passiert, wenn der Strommarkt vollständig geöffnet wird? Ist die ewl dann als lokales, fortschrittliches, ökologisches Stromunternehmen im Markt dabei, oder würden die heutigen Kunden in der Grundversorgung dann die Stromanbieterin wechseln? Ist die ewl bis dann so aufgestellt, dass sie auf die klimapolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte vorbereitet ist, sie auf dem Markt bestehen kann und erfolgreich ist? Es geht hier auch um das Volksvermögen, das die Stadt Luzern in der ewl hat; dieses ist mit einem relativ grossen Risiko behaftet. Als Eigentümerin der ewl sollte die Stadt Luzern alles Mögliche in die Wege leiten, damit das Unternehmen in einem ökologisch betriebenen Markt der Zukunft, den man wahrscheinlich so absehen kann, bestehen kann. Hier ist ein Effort nötig von der ewl selbst, aber allenfalls auch von politischer Seite. Deshalb glaubt der Sprechende, dass es wichtig ist, dass die Auslegeordnung zwischendurch im Parlament wieder gemacht wird, damit man die richtigen Entscheidungen treffen kann.

Roger Sonderegger: Die CVP-Fraktion bedankt sich am Anfang nicht immer, diesmal tut der Sprechende es gern und dankt dem Interpellanten für die Fragen. Sie sind wichtig und setzen an einem wunden Punkt an, der auch in Zukunft Beachtung verdient. Der Dank gilt auch dem Stadtrat, der eine echte Antwort auf die Fragen lieferte, die Christian Hochstrasser aufgeworfen hatte. Es ist nicht ganz ohne: Alle in der Grundversorgung gehen auf den grünen Strom – nicht ganz freiwillig vielleicht. Es stellt sich die Frage, ob das mit Zertifikaten gemacht wird oder ob eine eigene Beteiligung dahintersteckt. Wenn man die Antworten liest, sind der CVP-Fraktion drei Sachen wichtig. Der Sprechende bedankt sich für die erste Information: Es kostet einen durchschnittlichen Vierpersonenhaushalt Fr. 9.– im Jahr, die Fraktion hält das für vertretbar. Zweitens und ebenfalls wichtig für die Fraktion: Fossile Energien machen nur einen sehr kleinen Anteil im Strommix der ewl aus.

Drittens gibt es eigene Beteiligungen, eigene Assets, eigene Kraftwerke und langfristige Beteiligungen, die fast 50 % des gesamten Strommix ausmachen, nur 4,5 % sind heute Zertifikate. Aber wenn man auf die Frage des Interpellanten zurückkommt, sieht man in Antwort 3, dass dieser Anteil stark steigt, von heute etwa 51 % auf 65–70 %, weil in Zukunft mehr erneuerbarer Strom gebraucht wird. Es stellt sich die Frage, wie das langfristig weitergeht. Handlungsbedarf besteht weiterhin bei den Grosskunden im freien Markt. Die Zukunft ist hier noch total offen. Wenn man etwas vorausdenkt, bei Frage 2 ganz am Schluss, ist eine Frage nicht ganz zu Ende beantwortet. Deshalb möchte der Sprechende sie dem Stadtrat nochmals stellen. Er schreibt in der Antwort: «Grössere Änderungen ergeben sich im Jahr 2022 mit der Änderung der Besitzverhältnisse im Kraftwerk Obermatt und im Jahr 2024 mit dem Wegfall des zweiten ENAG-Bezugsrechts [dem Strom, der aus Frankreich geliefert wird]. Danach stabilisiert sich das Assetportfolio auf einem Niveau (...)». Das klingt nach einer ganz grossen Veränderung. In dem Bereich vermisst die CVP-Fraktion in der Antwort eine Zahl. Zusammengefasst bedankt sich der Sprechende für die Fragen und die Antworten. Es ist ein wichtiges Thema für die Stadt Luzern, das auch in Zukunft ein Augenmerk verdient.

Cyrrill Studer Korevaar: Viel wurde schon gesagt, der Sprechende will die Diskussion nicht in die Länge ziehen. Er dankt der G/JG-Fraktion für die Fragen und dem Stadtrat für die klärenden Antworten und die Übersicht über die ewl im Wandel. Der SP/JUSO-Fraktion fallen folgende Punkte auf: Einerseits der Aufpreis von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde, was pro Jahr und Haushalt einen Mehrpreis von rund Fr. 9.– ausmacht. Es ist unbedeutend mehr und zeigt vielleicht auf, wozu sich die lange belächelten erneuerbaren Energien inzwischen gemausert haben. Würden bei fossilem Strom und Atomstrom die tatsächlichen Kosten den Verbrauchern aufgebürdet, hätten die erneuerbaren Energien vermutlich schon längst die Nase vorne. Wo man sicher aufpassen und vorsichtig sein muss, ist bei der vollständigen Strommarktliberalisierung. Jede und jeder soll seinen Strombezug selbst wählen dürfen. Das birgt die Gefahr, dass sich einzelne auf Kosten der Gesamtgesellschaft Kostenvorteile sichern lassen, wenn sie auf den billigsten Strom zugreifen. Wenn sich in diesem Bereich nicht grundsätzlich etwas ändert und die Kostenwahrheit bis dahin nicht eingeführt ist, besteht die Gefahr eines Rückschritts. Die Politik ist auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene gefordert, Weichen zu stellen, zu beobachten und damit dafür zu sorgen, dass der jetzt absehbare Trend konsequent weitergehen kann.

Die Interpellation 325 ist somit erledigt.

**12 Interpellation 326, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 23. September 2019:
Veloparkplätze am Bahnhof Luzern**

Marco Müller gibt eine Erklärung ab: Wer innovativ sein und Neues aufbauen will, muss mutig sein und auch Risiken eingehen. Dass die G/JG-Fraktion nicht erfreut ist, wenn am Bahnhof an bester Lage Gratisvelostellplätze durch Bezahlstellplätze ersetzt werden und dies der städtischen Veloför-

derung diametral widerspricht, dürfte bekannt sein. Ein bisschen schelmisch nimmt die G/JG-Fraktion zu Kenntnis, dass das Experiment mit den Bezahlparkplätzen schon vor Covid-19 als gescheitert bezeichnet und demnächst beerdigt werden darf, zumal das Angebot kaum genutzt wird.

Die Interpellation 326 ist somit erledigt.

**13 Postulat 328, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 26. September 2019:
Veloparkierung – Es braucht eine Diskussion über die Bewirtschaftung**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Mario Stübi stellt einen **Ablehnungsantrag**. Bewirtschaftete Veloabstellplätze funktionieren bekanntlich mässig, siehe Velostation, oder gar nicht, siehe «smartmo». Das Velo darf nicht auch noch durch die öffentliche Hand benachteiligt werden, die Privaten, dazu gehört leider auch die SBB, kümmern sich ja bereits um eine unerwünschte Kommerzialisierung in der Veloförderung. Die G/JG-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Mirjam Fries ist etwas überrascht über den Ablehnungsantrag. Die Postulantin und der Postulant haben vermutlich eine andere Haltung als Mario Stübi. Sie sind der Meinung, dass effektiv ein Teil der Veloparkplätze bewirtschaftet werden soll. Die Idee des Vorstosses ist eine Gesamtauslegung über alle Parkplätze. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und sagt Ja. Wenn man die Antwort des Stadtrates liest, ist er aber eher skeptisch und hat eher wenig Interesse, die Bewirtschaftung zu prüfen. Er führt aus, dass das Verbot auf der Oberfläche schwierig umzusetzen ist, orientiert sich v. a. an der Velostation Europaplatz in Zürich oder am Luzerner «smartmo»-Testversuch, welche als Negativbeispiele gelten. Es gibt aber durchaus funktionierende Beispiele, die Interpellanten denken an den Bahnhof Basel oder an Bern. Aus Sicht der CVP-Fraktion ist es aufgrund der hohen Investitionskosten absolut legitim, zumindest einen Teil der Parkplätze zu bewirtschaften. Zugegebenermassen ist es wahrscheinlich nicht das Thema der Stunde; aber das Thema der Stunde ist die Tatsache, dass viele Leute in der Coronakrise mehr Velo fahren und dass wahrscheinlich auch in Zukunft mehr Velos gebraucht werden. Die finanziellen Aussichten der Stadt Luzern sind trüb, das spricht für eine Bewirtschaftung der Veloparkplätze. Der Stadtrat nimmt das Postulat zwar entgegen, äussert sich aber noch nicht gross dazu, ob er auch wirklich bewirtschaften will. Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass das notwendig ist und in Zukunft noch wichtiger wird, gerade im Hinblick auf die finanziellen Aussichten. Sie ist für die Überweisung des Postulats und wird das Thema weiterhin verfolgen.

Patrick Zibung: Die Postulantin und der Postulant sprechen im Vorstoss das Projekt «Easy Bike Parking» an. Wenn man mit Velofahrenden spricht, ist niemand von diesem System überzeugt, egal, welche politische Couleure die betreffende Person hat. Das Projekt ist in den Augen der SVP-

Fraktion Unsinn, es funktioniert nicht, braucht zu viel Platz und sollte besser heute als morgen wieder entfernt werden. Kurz gesagt: Die neuen Parkplätze sind alles andere als «easy». Der Sprechende weiss nicht, wie sich die CVP-Fraktion eine solche Bewirtschaftung vorstellt, er kann sich aber keine grundlegend andere Form denken als das viel kritisierte System vor dem Bahnhof. Wenn das das Ziel ist, dann muss dieser Vorstoss erst recht abgelehnt werden, weil es unpraktisch ist und das Velofahren dadurch unattraktiver gemacht wird. Der Sprechende gibt darin seinen Vordnern der SP/JUSO-Fraktion und der G/JG-Fraktion vollkommen recht. Wo die SVP-Fraktion ganz klar für eine Bewirtschaftung Hand bietet, ist bei den Parkplätzen, die einen Mehrwert bieten. Also z. B. beim Velotunnel oder bei der Velostation. Dort ist eine Gebühr praktikabel, angesichts der Kosten auch mehr als angebracht und würde wohl von vielen Velofahrern auch akzeptiert. So eine Bewirtschaftung forderte die SVP-Fraktion daher auch im Abstimmungskampf um die beiden Projekte. Zu den Aussagen von damals steht sie auch heute noch. Und wie die CVP-Fraktion im Postulat richtig schreibt, soll dies bei den Betriebskonzepten auch individuell besprochen werden. Das findet die SVP-Fraktion auch heute noch. Alle anderen Veloparkplätze, die CVP-Fraktion schreibt vom Perimeter rund um den Bahnhof, sollen kostenlos bleiben. Zum Schluss möchte der Sprechende erwähnen, dass die SVP-Fraktion die Idee, Gebühren für Veloparkplätze zu erheben, auf den ersten Blick sympathisch findet. So zahlt man für das, was man benützt. Bei Velo- und Töffparkplätzen gibt es bis jetzt keine praxistaugliche Umsetzung. Man sieht es z. B. am Bahnhof. Auch in anderen Gemeinden bestanden Pilotprojekte. Man kam zum Schluss, dass es nicht wirklich praktikabel ist. Die vorher angesprochene Gesamtauslegeordnung hält die SVP-Fraktion für unnötig, es muss bei den beiden Projekten Velotunnel und Velostation individuell, in der Konzeptphase, besprochen werden. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb das Postulat ab.

Martin Abele: Dieser Vorstoss kommt sicher früh genug, aber eigentlich auch zur Unzeit. Die Stadt Luzern leidet heute unter einer chronischen Unterversorgung an Veloparkplätzen, insbesondere in Bahnhofnähe fehlt es an zentralen, sicheren Abstellplätzen für das Velo. Bis zur voraussichtlichen Inbetriebnahme des Veloparkings in der Bahnhofstrasse dauert es noch mindestens drei Jahre, etwa gleich lang dauert es, bis die 800 Parkplätze im alten Posttunnel bei der hinteren Bahnhofunterführung vollständig zur Verfügung stehen werden. Diese werden aber nach einigen Jahren wegen der Umbauarbeiten für den Durchgangsbahnhof wieder verschwinden. Dann gibt es dort wieder ein Manko. Die Stadt Luzern hat immer noch grossen Nachholbedarf und gleichzeitig besteht weiterhin der Auftrag zur Veloförderung, der Stadtrat hat es in seiner Antwort geschrieben. Die Veloförderung muss unbedingt prioritär vorangetrieben werden. Bevor die Stadt Luzern über eine Bewirtschaftung von Veloparkierungs-Infrastrukturen nachdenkt, muss zuerst so in die Veloinfrastruktur investiert werden, dass sich deutlich mehr Leute dafür entscheiden, auf das Velo umzusatteln. Da ist man immer noch auf einem viel zu kleinen Prozentsatz. Es muss gelingen, die Menschen zum Velofahren in der Stadt Luzern zu motivieren. Wie der Stadtrat in seiner Antwort schreibt, gibt es gesetzliche Einschränkungen, die die Erhebung von Gebühren für Veloabstellplätze auf öffentlichem Grund z. T. verunmöglichen. Es ist zwar denkbar, die öffentliche Veloparkierung zu bewirtschaften, und es ist auch durchaus richtig, dass hier den Nutzenden ein reeller Mehrwert geboten wird. Aber gleichzeitig ist es auch so, dass der Grossstadtrat erst vor einem Jahr den Beschluss fasste, die Gebühren bei der von der Caritas Luzern betriebenen Velostation zu erlassen. Unter an-

derem geschah dies, weil die Kosten potenzielle Nutzerinnen und Nutzer davon abhielten, das Angebot zu nutzen. Auch András Özvegyi von der GLP-Fraktion sagte damals, als Liberaler sei er gegen unnötige Gebühren. Das Parlament muss unbedingt verhindern, dass neue Hindernisse zur Nutzung des Velos aufgebaut werden. Gar nicht einverstanden ist die G/JG-Fraktion mit den Überlegungen des Stadtrates, es könnte eine Gebühr in Verbindung mit einem Reservationssystem für besonders attraktive Abstellplätze erhoben werden. Die G/JG-Fraktion will keine Zwei-Klassen-Gesellschaft bei der Veloparkierung. Gerade erst diskutierte das Parlament die Interpellation 326 zu diesem Thema und sah, dass es im Zusammenhang mit den Veloparkplätzen «smartmo» beim Bahnhof nicht funktioniert. Die G/JG-Fraktion ist komplett dagegen. Sie möchte vermeiden, dass es letztlich zu einem unerwünschten Leerstand bei den Veloparkplätzen kommt. Die G/JG-Fraktion lehnt deshalb das Postulat ab.

Daniel Lütolf: Die GLP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen Gebühren für die Nutzung auf öffentlichem Grund. Die einzige Bedingung ist, dass sie einen echten, nicht nur wahrnehmbaren Mehrwert generiert. Der Sprechende erhielt gestern einen Newsletter von «smartmo»: Ab Juni sind die Stellplätze offenbar kostenlos. Es ist ein Testbetrieb. Dass man jetzt sagen kann, dass es nicht funktioniert, setzt einen durchgeführten Testbetrieb voraus. Man wird sehen, wie es später funktioniert. Vielleicht ist das Projekt technisch unausgereift, zu kompliziert, es ist alles möglich, genau dafür macht man Testbetriebe. Die GLP-Fraktion unterstützt grundsätzlich den Prüfauftrag, da ein unterirdischer Veloparkplatz einen klaren Mehrwert bietet. Ein Mehrwert darf durchaus etwas kosten, sofern es rechtlich möglich ist. Zum Beispiel zahlt man bei der Velostation in Bern pro Tag einen Franken. Dort kann man das Velo parkieren, es ist sicher und geschützt, man kann es auch reparieren lassen, es gibt eine Gratis-Veloentsorgung, Schliessfächer, eine Velowaschstation. Neben diesem Mehrwert bietet die Berner Velostation auch Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger die Möglichkeit eines begleiteten Arbeitseinsatzes. Wenn solche Mehrwerte gegeben sind, hält die GLP-Fraktion einen Prüfauftrag durchaus für möglich. Sie nimmt das Postulat entgegen.

Fabian Reinhard: Die Velofahrenden der Stadt Luzern brauchen eine neue Infrastruktur. Die Infrastruktur wird jetzt gebaut, man lässt sie sich einen Haufen Geld kosten. Die FDP-Fraktion unterstützte die Veloinfrastruktur beim Bahnhof. Velofahren soll attraktiver werden. Wenn ein Verkehrsmittel attraktiver wird, wird der Platz für die Parkierung fast automatisch knapp. Auch wenn man jetzt neue Parkplätze für Velo baut, werden sie hoffentlich nicht irgendwann auch wieder knapp, weil das Verkehrsmittel so attraktiv ist. Deshalb muss man, ganz unabhängig von der Art des Verkehrsmittels, ob es ein Auto oder ein Velo ist, den Parkplatz so effizient wie nur möglich nutzen. Dafür sind Mechanismen nötig, denn sonst entstehen in der Praxis Probleme: Wenn es kein Bewirtschaftungssystem gibt, keine Mechanismen technischer oder preislicher Art, dann gibt es «Velo-leichen», die ewig lang irgendwo stehen und wertvollen Veloparkraum wegnehmen. Das ist nicht sinnvoll und auch nicht im Sinne von irgendjemandem. Spätestens wenn der Veloparkplatz knapp wird, weil das Velofahren so attraktiv ist, wird man darüber nachdenken müssen, wie man den Mehrwert für Veloparkplätze schaffen kann. Der Sprechende geht auf das vorher erwähnte Start-up-Unternehmen ein: Der Sprecher der G/JG-Fraktion sagte, er habe es «schelmisch» entgegengenommen. Er hat es sicher nicht ganz so gemeint. Es war ein Start-up, so etwas kann scheitern. Wenn es nicht scheitern kann, ist es kein wirkliches Start-up. Man war der Zeit etwas voraus und

sollte es wieder versuchen. Beim nächsten Mal klappt es, vielleicht mit einer etwas anderen, besseren Idee. Dann könnte es funktionieren. In diesem Sinne muss man sich Gedanken zur Bewirtschaftung machen, wenn der Platz wieder knapp wird. Die FDP-Fraktion hofft, möglichst bald. Sie wird das Postulat unterstützen.

Mirjam Fries findet den Vorstoss sehr vernünftig. Sie will den Auslöser des Vorstosses noch einmal erklären. Es ging um den Projektierungskredit an der Bahnhofstrasse, man diskutierte den Vorstoss innerhalb der CVP-Fraktion und wollte die Ausführung abwarten. Dann kam der Ausführungskredit für den Velotunnel, dem die CVP-Fraktion zustimmte. Es wurde nicht über die Bewirtschaftung gesprochen, es ist vielleicht auch ein anderer Fall. Dann sagte das Parlament, dass der bestehende Velotunnel nicht mehr bewirtschaftet werden soll, er sei schnell ausgenützt, am falschen Ort. Damit ist die Sprechende einverstanden. Aber irgendwann muss man es gesamtheitlich betrachten. Man benötigt eine grundsätzliche Haltung: Was soll bewirtschaftet werden, was nicht? Was darf etwas kosten? Der Vorstoss besagt, dass es spätestens dann diskutiert werden soll, wenn der erste Ausführungskredit gesprochen wird. Das wird vermutlich im Zusammenhang mit der Velostation Bahnhofstrasse sein. Für die Sprechende ergibt die gesamtheitliche Betrachtung und Diskussion absolut Sinn. Wenn der Überweisung zugestimmt wird, sagt das Parlament nur, dass das Thema dann diskutiert wird.

Nico van der Heiden: Damals sagte er dem Parlament, dass das Thema sinnvollerweise diskutiert wird, wenn der Bericht und Antrag zur Veloparkierungsstation vorliegt. Mirjam Fries will eine grundsätzliche Diskussion, wo bewirtschaftet wird und wo nicht. An der Oberfläche, auf öffentlichem Grund, ist es nicht möglich. Es widerspricht dem Bundesrecht. Aus Sicht des Sprechenden gibt es bezüglich Oberfläche nichts zu diskutieren. Man diskutiert also über unterirdische Veloabstellplätze. Von denen gibt es zwei in der Stadt Luzern, einen bestehenden und einen, der noch kommt. Der Sprechende findet, man soll dann über die Bewirtschaftung diskutieren, wenn die Velostation in Betrieb geht und ein Betriebskonzept hat. Er sieht den Sinn einer Grundsatzdebatte heute nicht. Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Velostation Bahnhofstrasse vorliegt, steigt die SP/JUSO-Fraktion gerne in die Diskussion ein.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hält sich kurz. Der Stadtrat legte seine Haltung in der Antwort auf das Postulat dar. Er wäre bereit, eine Auslegeordnung zu machen, hat aber in Bezug auf Bewirtschaftung eine gewisse Skepsis. Die Frage muss aber irgendwann diskutiert werden. Am besten diskutiert man sie, wenn die konkreten Geschäfte auf dem Tisch liegen. Der Stadtrat wäre bereit, er wartet jetzt ab, was das Parlament dazu sagt.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 328 ab.

**14 Postulat 327, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion
vom 23. September 2019:
Den Erfolg weiterführen – gute Sitzmöglichkeiten in der Stadt**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Sonja Döbeli Stirnemann ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Entgegennahme des Postulats fest.

Sonja Döbeli Stirnemann bedankt sich für die Beantwortung des Postulats. Die FDP-Fraktion ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden. Der Stadtrat geht in seiner Antwort auf die Forderung der FDP-Fraktion ein – es gab vielleicht ein kleines Missverständnis. Die Stühle sind wirklich gut. Die Sprechende gibt zuhänden des Stadtrates noch einen Input: Wenn im öffentlichen Raum wieder einmal über Sitzgelegenheiten nachgedacht wird, jetzt vielleicht auch mobile und temporäre, sind ältere Personen extrem froh, wenn es Rücken- und Armlehnen gibt. Dann können sie besser aufstehen.

Daniel Furrer ist erstaunt, er hatte den Vorstoss anders interpretiert. Er ist aber glücklich, dass Sonja Döbeli Stirnemann es so sieht, denn die SP/JUSO-Fraktion hätte sich gegen eine vollständige Überweisung ausgesprochen. Es ist eine gute Aktion, auch weil sie von Privaten getragen wurde und gut organisiert war. So wie der Sprechende den Vorstoss zuerst interpretiert hatte, hätte es die Stadt Luzern übernehmen sollen. Das wäre nicht in seinem Sinn gewesen und würde auch nicht funktionieren. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates einverstanden.

Der Grosse Stadtrat überweist somit das Postulat 327 teilweise.

**15 Postulat 353, Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion
vom 18. November 2019:
Obstbäume für die Bevölkerung**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Oliver Heeb stellt einen **Ablehnungsantrag**. Obstbäume für die Bevölkerung – ein sympathischer Vorstoss. Nur gehört die Bereitstellung von Obstbäumen nicht zu den zentralen Staatsaufgaben. Wer wissen oder vermitteln möchte, woher unsere Nahrungsmittel kommen, kann das schon heute tun, beispielsweise im Rahmen eines Ausflugs zum nahegelegenen Hofladen oder diesen Sommer bei Ferien auf dem Bauernhof oder indem man die Jugend zum Landdienst motiviert. So einfach ist das; es braucht nur ein wenig Eigeninitiative. Bevor Obst geerntet werden kann, muss ein Baum gepflanzt und danach kontinuierlich, manchmal über Jahre, gepflegt werden. Das Ganze beginnt

mit den Fragen nach dem geeigneten Standort und der Sorte. Wieso nicht eine alte, vom Aussterben bedrohte Obstsorte? Die Bäume müssen geschnitten werden, dazu ist Sachkenntnis notwendig. Dann gibt es Schädlinge und Krankheiten, die unter Kontrolle gehalten werden müssen. Alles in allem ein interessantes Betätigungsfeld. Der Sprechende fragt darum die Postulantin: Wieso macht sie nicht das Naheliegende und wird selbst aktiv? Vielleicht gründet sie einen Verein oder eine Interessengemeinschaft «Obstbau in der Stadt», stellt ein Bewirtschaftungskonzept auf die Beine, sucht kompetente Leute, die diese Arbeit übernehmen können. Die Anspruchsmentalität, die aus diesem Postulat strömt, stört die SVP-Fraktion einmal mehr. Könnte man nicht auch andersherum fragen? Nicht, «Was kann der Staat für mich tun?», sondern: «Was kann ich für den Staat tun?». Der Sprechende ist überzeugt, dass ein solches Projekt bei der Stadt Luzern wohlwollende Aufmerksamkeit finden wird. Eigeninitiative vor Anspruchsmentalität; machen statt fordern. In diesem Sinn lehnt die SVP-Fraktion das Postulat in dieser Form ab.

Regula Müller: Die Entgegennahme des Postulats «Obstbäume für die Bevölkerung» durch den Stadtrat freut die Sprechende sehr. Der Ausspruch passte noch nie besser als hier: «Der Vorstoss trägt offensichtlich Früchte». Dass auf eine Gesamtzahl von 11'000 Bäumen auf Stadtgebiet nur gerade 220 Obstbäume fallen, zeigt, dass es sicher noch ein paar mehr vertragen könnte. Dass schon weitere Obstbäume im Bereich der Museggmauer, beim Hubelmatt-Schulhaus und bei der Oberseeburgkuppe geplant sind, ist ein guter Anfang. Ein Punkt stört die Postulantin in der Antwort aber ziemlich: Sie lässt den Vorwurf nicht gelten, dass eine Vielzahl der Früchte von den Leuten gar nicht ab- oder aufgelesen werden. Denn wie viele Luzernerinnen und Luzerner wissen, dass die Äpfel, Birnen, Kirschen und Zwetschgen ihnen gehören? Wer weiss, wo diese Bäume stehen? Die Sprechende selbst wusste es nicht. Hier fände sie eine entsprechende Kommunikation nötig. Sie ist sich sicher, dass dann viel mehr Leute von dem Angebot profitieren, das Obst heimnehmen und verwerten würden. Sie freut sich, wenn der grösste Teil des Parlaments den Empfehlungen des Stadtrates folgen und das Postulat überweisen würde. Die Sprechende möchte noch etwas zu Oliver Heeb sagen: Es gibt bereits einen Verein namens FRUCTUS, der sehr gerne etwas tun würde. Er ist aber darauf angewiesen, dass die Stadt Luzern Flächen zur Verfügung stellt und ihn ein bisschen unterstützt.

Agnes Keller-Buchers erste Reaktion auf das Postulat war eher negativ. Es wäre wirklich schlimm, wenn Stadtluzerner Kinder nicht wüssten, woher Äpfel, Birnen oder Kirschen stammen. Die Stadt ist nicht so gross, als dass man nicht locker in der Freizeit zu Fuss zur nächsten Wiese, wo ein Baum steht, gehen kann. So, wie Irina Studhalter es darstellte, ist man schwups draussen, fährt mit der Bahn hoch zum Gütsch, macht ein paar Schritte und schon sieht man die Bäume. Die Postulantin stellt sich vor, dass man überall auf Grünflächen Obstbäume pflanzen kann. Die schönen, roten Äpfel sollen dann von der Bevölkerung gepflückt werden. Doch das ist nicht so einfach, denn die Äpfel sind unterschiedlich reif. Die ersten reifen sind ganz zuoberst, sie haben am meisten Sonnenlicht. Um sie abzulesen, braucht man eine Leiter. Tut man das nicht, fallen sie auf den Boden, faulen, Vögel picken sie an und solche Äpfel isst die Bevölkerung kaum. Dann liegen sie am Boden herum auf den schönen Wiesen, zu denen Familien ihre Ausflüge machen, wo sie picknicken wollen. Aber die herumliegenden Äpfel ziehen Hornissen und Wespen an, sodass die Äpfel entfernt werden müssen – und zwar von den Stadtangestellten. Das war der erste Gedanke der

Sprechenden. Die Antwort des Stadtrates beruhigte sie dann wieder. Er zeigte die Problematik gut auf und will die Pflanzung von Obstbäumen dort prüfen, wo das räumliche Konzept auch passt. Die Pflanzung soll eher an Siedlungsrändern, in naturnaher Umgebung stattfinden und nicht auf stark genutzten Grünflächen. Aus diesem Grund kann die CVP-Fraktion den Vorstoss unterstützen und wird ihm zustimmen.

Irina Studhalter: Die Stadt gehört allen. Das ist nicht ein leerer Spruch, sondern zeigt sich in genau solchen Themen. Es freut die Sprechende sehr, dass der Stadtrat es auch so sieht. Der städtische Boden gehört allen, die in der Stadt leben. Der Boden darf auch genutzt werden; natürlich immer mit Respekt und Vorsicht. Es ist nicht ein klassisches Votum, die Sprechende will dem Parlament aber den Film «Tomorrow – Die Welt ist voller Lösungen» empfehlen. Es ist ein Dokumentarfilm, der etwa zehn nachhaltige Projekte auf der ganzen Welt zeigt. Es wird beispielsweise eine kleine Stadt in England gezeigt, in der eine Seniorin in den Rabatten und Parks zu gärtnern begann. Bald einmal waren sie eine Gruppe von Gleichgesinnten. In den Rabatten wuchsen Salate, Möhren und Radieschen, die alle ernten und essen durften. Genauso stellt es sich die Sprechende in der Stadt Luzern vor, einfach nicht mit Gemüse, sondern mit Früchten. Die G/JG-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats.

Marc Lustenberger ging es ähnlich wie Agnes Keller-Bucher. Er war beim ersten Lesen des Postulats ein wenig skeptisch, weil er sich vorstellte, dass am Quai Obstbäume gepflanzt werden. Der Stadtrat macht aber in seiner fundierten Antwort deutlich, dass dies weder möglich noch sinnvoll ist. Dass aber an geeigneten Standorten am Stadtrand geprüft und hoffentlich auch umgesetzt wird, solche Obstbäume zu pflanzen, ist sinnvoll. Somit ist die FDP-Fraktion einverstanden, das Postulat entgegenzunehmen. Grundsätzlich ist sie aber der Meinung, dass man solche Fragen der Stadtgärtnerei überlassen könnte.

Stefan Sägesser: Heute ist der Tag des Pragmatismus oder der Moral- und Staatskunde. Auch der Sprechende betont, dass die Stadt allen Bewohnenden gehört. Sie sind aber auch der Staat und tragen eine Verantwortung. Heute ist es ein andauerndes Hin und Her zwischen unglaublicher Erwartungshaltung dem Staat gegenüber, der von allen finanziert wird und dem selber Liefern, was man nur wenig will. Der Sprechende zweifelt etwas an der Eigenverantwortlichkeit der Leute, wenn er sieht, was alles auf den Boden geworfen wird. In der Stadt Luzern ist es etwas anders, es ist ein moralisches Thema, mit Obstbäumen die Welt zu verbessern. Alle sind für alle da. Die Engländer haben eine ganz andere Kultur; das erwähnte Beispiel aus England war sehr schön. Der Sprechende behauptet von sich, schon sehr lange der grösste Fruchtdieb zu sein, den es gibt. Er wandert in der Stadt Luzern sämtliche Plätze mit öffentlichen Bäumen ab, futtert alles, nimmt auch Früchte mit nach Hause und macht Konfitüre daraus; er ist ein «Konfi-Spezialist», man darf bei ihm Konfitüre holen kommen. Das, was Agnes Keller-Bucher erwähnte, entspricht der pragmatischen Realität: das Obst wird nicht aufgesammelt. Die Zwetschgen- und Pflaumenallee, die wenigen Äpfel beim Richard-Wagner-Museum, wo der Sprechende übrigens seit dem Jahr 1994 auch baden geht, und die Mirabellen, die in der ganzen Stadt verteilt sind: Ausser Wespen und kreischenden Kindern hat man am Schluss nichts mehr davon. Trotzdem findet der Sprechende wie auch die GLP-Fraktion das Postulat und v. a. auch die Antwort sehr gut. Es wird das Anliegen, zu zeigen,

was es überhaupt gibt sowie das Anliegen Biodiversität aufgenommen. Man will ein möglichst breites Angebot von Sorten, von Pflanzen erreichen, die in der Stadt Luzern wachsen. Wo es sinnvoll ist, darf man selbstverständlich auch einen Obstbaum pflanzen. Der Sprechende plädiert dafür, ProSpecieRara-Produkte zu nehmen und nicht irgendwelche importierte aus Südafrika. Die GLP-Fraktion sagt Ja zur Entgegennahme des Postulats.

Regula Müller geht auf Stefan Sägers Äusserungen ein und sagt, dass sie bei der nächsten Parlamentssitzung gerne etwas Konfitüre bei ihm abholen kommt. Das Problem mit dem Liegenbleiben des Obstes kommt eher daher, dass die Leute nicht wissen, dass sie es mitnehmen dürfen. Mit entsprechender Kommunikation, so hofft die Sprechende, wird es besser. Und zu Agnes Keller-Bucher gewandt, sagt sie, dass sie Bauerntochter ist und daher sehr genau weiss, wie man Äpfel erntet und dass sie unterschiedlich wachsen. Sie weiss aber auch, wie schön es ist, wenn man dann von dem Obst profitieren kann.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Man ist wieder bei den Bäumen. Eben wurde über eine drohende Rodung gesprochen. Damit nicht der falsche Eindruck zurückbleibt: Dem Sprechenden liegen Bäume sehr am Herzen, zumal viele Bäume im Gütschwald von seinem Vater nach dem Sturm 1967 gesetzt wurden. Jetzt ist man auch in der Stadt daran, mehr Bäume zu setzen, mehr zu prüfen, wo Potenzial ist. Obstbäume sind eine Möglichkeit, es wurde in der Antwort dargelegt. Wo ist es zweckmässig, wo können Obstbäume einen Beitrag leisten? Genau das, was Oliver Heeb kritisierte, dass man auf einen Bauernhof gehen kann, kann man auch in der Stadt machen. Man kann auch in der Stadt zeigen, was Obst bedeutet, wie es wächst; man kann es der Bevölkerung im ganz nahen Umfeld zeigen. Die Pflege übernehmen die Leute von der Stadtgärtnerei, sie kümmern sich um die Bäume. Der Sprechende kann der Argumentation nicht folgen, wieso man nicht prüfen sollte, mehr Obstbäume im städtischen Baumbestand zu haben. Dass es als Vorwurf empfunden wurde, wie Regula Müller sagte, dass das Obst nicht aufgelesen wird, ist selbstverständlich nicht so verstanden, sondern eben ein Hinweis, dass diese Früchte aufgelesen werden dürfen. Der Stadtrat ist deshalb froh über den Vorstoss. Vielleicht kann man jetzt schon eine gewisse Kommunikation an die Öffentlichkeit machen und mitteilen, dass das Bäume und v. a. Früchte sind, die allen gehören. Es ist richtig, dass die Leute, anders als Stefan Sägers, wohl das Gefühl haben, dass sie das Obst nicht auflesen dürfen. Daran kann man sicher arbeiten. Der Stadtrat ist hier sehr offen und will im Sinne der Vorstossantwort vorgehen. Marc Lustenberger sagte, man könnte solche Fragen der Stadtgärtnerei überlassen. Die Stadtgärtnerei übernimmt die Umsetzung. Der Sprechende findet es aber gar nicht schlecht, solche Themen in der Öffentlichkeit, im Parlament zu diskutieren. So kann der Grosse Stadtrat eine Antwort geben, ob der Stadtrat auf Kurs ist oder ob man etwas justieren muss. Der Sprechende bedankt sich für die Unterstützung.

Oliver Heeb antwortet Stadtrat Adrian Borgula: Die SVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen die Idee und findet sie sympathisch. Womit sie Mühe hat, ist der Wunsch, immer wieder Aufgaben an den Staat zu delegieren und nicht mehr Eigeninitiative und Eigenengagement zu zeigen. Der Sprechende stellt sich mehr zivilgesellschaftliches Engagement vor, das nicht nur darin besteht, zu fordern und die Hand aufzuhalten, sondern auch aktiv mitzuarbeiten.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula antwortet Oliver Heeb: Es geht um Bäume auf öffentlichem Grund. Die Stadtgärtnerei kann diese so weiter pflegen, dann wird es kaum zusätzliche Obstbäume geben oder sie kann, das ist die Überlegung des Stadtrates, mehr Obstbäume auf öffentlichem Grund pflanzen. Dahinter liegt keine Anspruchshaltung. Das macht die Stadt Luzern sowieso, es gehört zu den Aufgaben der Stadtgärtnerei. Es geht um den öffentlichen Grund, den die Stadt Luzern bewirtschaftet und es geht um die Lenkung der Praxis, damit etwas mehr auf Fruchtbäume umgestellt wird. Damit kann ein Beitrag zum Nahrungsmittelbewusstsein, zur Naherholung, vielleicht auch zu ein paar guten Produkten, vielleicht auch zu ein paar seltenen Arten wie z. B. der Mispel, einer alten Frucht, zu finden im Bramberg hinter dem Schirmerturm, geleistet werden. Das trägt zur Artenvielfalt der Kulturpflanzen bei. Der Sprechende sieht den Vorwurf der Anspruchshaltung nicht.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 353.

**16 Postulat 346, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 31. Oktober 2019:
Grünstadt-Label Gold in Luzern als erste Stadt anstreben**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Marco Müller ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Überweisung des Postulats fest.

Marco Müller: Nach der vorherigen Diskussion rund um die Fruchtbäume und aufgrund seines Blutzuckerspiegels, der im Keller ist, hätte er wahnsinnig Lust, in einen saftigen Apfel oder eine Birne zu beissen. Die Überleitung zum Grünstadt-Label Gold passt wunderbar. Seit dem Jahr 2017 hat die Stadt Luzern das Grünstadt-Label Schweiz. Nicht nur die G/JG-Fraktion freut sich sehr über das Label, sondern auch die ganze Bevölkerung: Kleine Kinder, die sich z. B. nachmittäglich auf der Lidowiese tummeln, ältere Leute, die sich im Schatten eines Baumes im Dreilindenpark unterhalten, Sportlerinnen und Sportler, die entweder um den Rotsee oder durch den Bireggwald joggen, hoffentlich ohne Stürze und unschöne Blessuren, oder auch Touristen, die sich auf dem Inseli ein Picknick genehmigen. Sie alle haben sehr grosse Freude an den Grünräumen. Der Slogan der Stadt Luzern, den Luzern Tourismus gelegentlich braucht, heisst: «Die Stadt – der See – die Berge». Der Sprechende ist der Meinung, dass der Slogan um ein viertes Element erweitert werden müsste, es müsste nämlich heissen: «Die Stadt – der See – die Grünflächen – die Berge». Nicht nur zu Covidzeiten, auch in den warmen Sommern, die bekanntlich immer mehr werden, schätzen sehr viele Leute in der Stadt die Grünflächen. Die Einheimischen, aber auch die Gäste, die sich hier aufhalten. Es ist deshalb sehr wichtig, dafür zu sorgen, dass die Grünflächen auch in Zukunft eine hohe Priorität geniessen. In der Bewirtschaftung der Grünflächen und in der Förde-

rung der Biodiversität ist die G/JG-Fraktion der Meinung, dass ein Label wie Grünstadt sehr hilfreich sein kann. Jeder Franken, der in Grünflächen investiert wird, trägt sehr viel zur Lebensqualität der Stadt Luzern bei. Der Sprechende wagt zu behaupten, dass dies Investitionen sind, die weit wirkungsvoller sind als jeder Franken, der in irgendwelche Marketingmassnahme oder Imagebrochure investiert wird. Mit dem Vorstoss fordert er, dass die Stadt Luzern als erste das Goldlabel erreicht. Er sieht das als Ansporn. In der Antwort des Stadtrates liest er, dass man auf gutem Weg dorthin ist; das freut ihn. Es leuchtet ihm auch ein, dass die Stadt Luzern es nicht allein in der Hand hat, die erste Stadt zu sein, die das Goldlabel erreicht. Gleichzeitig konnte man lesen, dass die Stadt Luzern demnächst weitere Investitionen im Zusammenhang mit den Kunstrassen plant; bei der Vergabe des Labels war das ein Kriterium, bei dem die Stadt Luzern weniger Punkte bekam, was u. a. dazu führte, dass es ein Silberlabel wurde. Von daher ist der Sprechende zuversichtlich, dass die Stadt bald das Goldlabel erreicht. Er hofft, dass es bald gelingt. Jedes Mal, wenn er sein Abstimmungscouvert im Stadthaus einwirft, sieht er an der linken Ecke der Mauer die Plakette des Grünstadt-Labels Silber hängen. Er freut sich, wenn dort schon sehr bald das Goldlabel hängt.

Roger Sonderegger: Anfang des Jahres gab es in der Schweiz 2202 politische Gemeinden. Von diesen haben sieben das Grünstadt-Label. Wichtig ist, dass die Stadt Luzern wirklich etwas in dieser Sache unternimmt. Das hat der Stadtrat in seiner Antwort im Detail aufzeigen können. Sieben Gemeinden, das sind neben Luzern Winterthur, Ecublens, Basel, Schaffhausen, Degersheim und Morges. Sie haben nicht das Label Gold, aber das Label Grünstadt. Muss die Stadt Luzern jetzt die erste sein? Der Sprechende ist nicht dieser Ansicht. Der Stadtrat sieht es gleich wie die CVP-Fraktion. Wichtig ist, das Label anzustreben, wichtig ist, dass man es irgendwann erreicht, aber sicher nicht unbedingt als erste Stadt. In diesem Sinne unterstützt die CVP-Fraktion die teilweise Entgegennahme, wie der Stadtrat sie vorschlägt. Die Fraktion geht noch einen Schritt weiter und schlägt vor, das Postulat zur Abschreibung vorzuschlagen. Es ist offensichtlich, dass der Stadtrat in diese Richtung zieht, man muss also im Sinne des Postulats nichts mehr unternehmen, was nicht sowieso von Stadtrat und Verwaltung verfolgt wird. Deshalb kann es auch von der Geschäftsliste gestrichen werden.

Peter Krummenacher: Wie gross das Bedürfnis der Bevölkerung ist, Spaziergänge im Wald und am See zu unternehmen oder auch sich auf Grünflächen aufzuhalten, hat sich in der gegenwärtigen Situation sehr stark gezeigt. Zum Glück hat die Stadt und ihre Umgebung eine hohe Grünraumqualität und wirkt somit der aktuellen Isolation und Einsamkeit entgegen. Die Pflege und der Unterhalt, aber auch die immer schöne Bepflanzung der Grünflächen in der Stadt sind mit hohem Aufwand verbunden. Hier leistet die Stadtgärtnerei grossartige Arbeit. Dafür hat sie auch Dank verdient. Es freut die FDP-Fraktion, dass die Stadt Luzern als erste Stadt mit dem Label Grünstadt Schweiz auf Silberniveau ausgezeichnet wurde. Für das Goldniveau reichte es knapp nicht, trotz genügender Punktezahl. Von den zwei nicht erreichten «Muss-Massnahmen» konnte eine bereits umgesetzt werden und die zweite ist derzeit in Bearbeitung. Es ist alles auf einem guten Weg. Die zusätzlichen Mittel von Fr. 70'000.– pro Jahr ab 2021 für biologische Mittel usw. können zwar nicht als gering angesehen werden, erscheinen der FDP-Fraktion für ein umweltgerechtes und zeitgemässes Management der Grünflächen aber notwendig. Da der Erhalt des Goldlevels als erste Stadt nicht ausschliesslich in der Hand der Stadt Luzern liegt, ist es für die Fraktion wichtiger, dass

die Stadt weiterhin nachhaltige, schöne und gesunde Grünflächen der Bevölkerung zur Verfügung stellen kann, als dass das Goldlevel jetzt erfolgt. Die FDP-Fraktion ist für die teilweise Entgegennahme des Postulats und kann mit einer Abschreibung leben.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag** zu diesem Postulat. Sie fragt sich, ob man mit viel Geld irgendein Prestigelabel fördern oder sich in Zukunft wieder vermehrt auf die Alltagssorgen der Bevölkerung konzentrieren will. Dass die Fraktion das Postulat ablehnt, liegt aber v. a. an der grundlegend kritischen Einstellung der SVP-Fraktion gegenüber jeder Zertifizierungs- und Labelgültigkeit. Ihre Ablehnung heisst aber nicht, dass sie gewisse Massnahmen, die jetzt vorgeschlagen wurden und die zur Erlangung des Labels führen würden, grundsätzlich ablehnt. Es geht der SVP-Fraktion effektiv darum, dass man personelle und finanzielle Ressourcen freisetzen will, um so eine Zertifizierung zu erreichen.

Stefan Sägesser schliesst sich dem Votum von Peter Krummenacher an. Die GLP-Fraktion dankt der Stadtgärtnerei und lobt sie. Die Gärtnerei verpflichtet sich auch der ganzen Strategie, die jetzt z. B. mit dem Bericht und Antrag zur Biodiversität und dem Postulat zu den Fruchtbäumen behandelt wird. Die Fraktion ist mit der Forderung aus dem Postulat einverstanden, es geht alles kongruent auf, man ist auf gutem Weg. Die Stadt Luzern hat im Jahr 2021 die Chance, sich für das Goldlabel zu bewerben. Die GLP-Fraktion ist deshalb für die Überweisung.

Mario Stübi: Auch die SP/JUSO-Fraktion dankt einerseits für den Vorstoss und andererseits für die Antwort des Stadtrates. Die Fraktion ist mit der teilweisen Entgegennahme sehr einverstanden und freut sich, wenn die Stadt Luzern das Label erreicht.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula bezieht sich auf das erwähnte Ablehnungsargument und sagt, dass es dem Stadtrat nicht um die Zertifizierung, sondern um den Prozess geht. Die Stadt war von Anfang an bei der Erarbeitung des Prozesses dabei. Der Prozess ist das Wichtige, er macht es spannend, löst ein Nachdenken aus, wie die Stadt Luzern ihre Arbeitsabläufe weiter verbessern und noch ökologischer machen kann. Es geht nicht darum, mit viel Geld irgendein Zertifikat oder Label zu erreichen, sondern der Prozess selbst ist das Entscheidende. Letztlich ist der Sprechende froh, dass die Stadt Luzern nicht mehr an der Spitze als «Energistadt Gold» steht. Damals sagte er, dass es schön ist, an der Spitze zu stehen, aber die Stadt sollte möglichst schnell nicht mehr an der Spitze sein, denn das würde bedeuten, dass andere Städte nachziehen und sich bewegen; die Aufgabe ist gross. Zum Unterton von Marcel Lingg, man solle sich quasi auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren, meint der Sprechende: Naherholung, Grünräume, Klimaschutz sind wichtige Aufgaben der nächsten Jahre. Das alles ist im Grünstadt-Label-Prozess enthalten. Es geht um den Umgang mit den städtischen Grünräumen. Deshalb dankt der Sprechende für die gute Unterstützung und die vielen positiven Voten. Er und auch seine Leute aus der Stadtgärtnerei hören das gerne. Er wird es weiterleiten.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 346 teilweise und schreibt es gleichzeitig ab.

**17 Interpellation 365, Claudio Soldati und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 17. Dezember 2019:
Chlorothalonil-Rückstände im Wasser – Können wir Luzerner Trinkwasser unbedenklich konsumieren?**

Claudio Soldati bedankt sich beim Stadtrat für die relativ rasche Antwort. Die SP/JUSO-Fraktion ist froh, dass die Stadtluzerner Bevölkerung das Trinkwasser unbedenklich konsumieren kann. Gleichzeitig ist sie beunruhigt, man konnte in den letzten Wochen und Monaten lesen, dass in rund der Hälfte der Schweizer Kantone die Chlorothalonilbelastung im Grundwasser über dem Grenzwert liegt. Die SP/JUSO-Fraktion wird das Thema weiterverfolgen und, wenn es notwendig wird, allenfalls wieder ins Parlament bringen.

Die Interpellation 365 ist somit erledigt.

**18 Postulat 338, Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion, Mirjam Landwehr und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion sowie Daniel Lütolf und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 23. Oktober 2019:
Tempo 30 nachts**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Nico van der Heiden ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Überweisung des Postulats fest.

Nico van der Heiden dankt dem Stadtrat für seine sehr informative Antwort. Beim Lesen der Antwort hat er wieder einiges gelernt – das ist doch das, was Spass macht, auch nach neun Jahren in diesem Parlament. So hat er gelernt, dass in Lausanne durch konstruktive Anarchie, gepaart mit Westschweizer Rebellentum und einem in Verkehrsfragen sehr fortschrittlichen Kanton Sachen möglich sind, die in der Stadt Luzern leider noch nicht gehen. Das Parlament diskutierte an der letzten Ratssitzung über spontan installierte Velowege in Coronazeiten. Der Stadtrat zeigte auf, dass das rechtlich leider nicht möglich ist; die Stadt Luzern hält sich an das Gesetz. Drei Tage später sah man in der Tagesschau, wie in Genf und Lausanne temporäre Velospuren aufgemalt wurden. Interessant, wie unterschiedlich man im grundsätzlich gleichen Rechtsstaat auf dringende Bedürfnisse reagieren kann. Zurück zu Tempo 30, darum geht es ja: Der Sprechende stellte erfreut fest, dass die Stadt Luzern – oder der Stadtrat – selbstbewusster geworden ist gegenüber dem Kanton bezüglich Tempo 30. Dass an der Bernstrasse Tag und Nacht Tempo 30 gelten muss, ist allen absolut glasklar. Und damit Kollege Patrick Zibung noch etwas hat, worauf er reagieren kann, will der Sprechende ihm gerne noch die mittelfristige Vision der SP/JUSO-Fraktion in Sachen Tempo 30 auf den Luzerner Strassen mitgeben: Tempo 30 auf allen Hauptachsen und Tempo 20

auf allen Quartierstrassen. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit dem skizzierten Vorgehen in der Antwort auf das Postulat sehr einverstanden und signalisiert dem Stadtrat darum Rückenwind in Fahrtrichtung zu noch mehr Tempo 30.

Patrick Zibung überlegt, ob ihm noch etwas in den Sinn kommt in Bezug auf diese Sache oder ob es ihm die Sprache verschlagen hat. – Der Stadtrat schreibt es in seiner Antwort: Flächendeckend Tempo 30 einzuführen, ist rechtlich nicht umsetzbar. Dies ist schon einmal ein kleiner Dämpfer für die Vision der SP/JUSO-Fraktion. Die SVP-Fraktion ist aber nicht kategorisch gegen Tempo 30, insbesondere in den Quartieren kann es zu einer Verbesserung von Sicherheit und Aufenthaltsqualität führen. Es gibt aber auch andere Interessen, die eine schnelle und zuverlässige Erreichbarkeit der Stadt erfordern. Darum darf es für die SVP-Fraktion kein Tempo 30 auf Hauptstrassen geben; egal, ob auf Kantonsstrassen oder Gemeindestrassen erster Klasse, egal ob nur in der Nacht oder ganztags. Als Negativbeispiel ist die Hirschmattstrasse zu nennen. Da es aktuell fast nur noch um solche Strassen geht, weil es auf den meisten anderen Strassen in den Quartieren bereits Tempo 30 gibt, lehnt die SVP-Fraktion das Postulat klar ab. Sie lehnt auch eine teilweise Überweisung ab, denn sie befürwortet es nicht, dass Anträge an den Regierungsrat gestellt werden, um Tempo 30 auf Kantonsstrassen einzuführen. Sie lehnt das Postulat aber auch deshalb ab, weil es explizit nur um ein nächtliches Tempo 30 geht. Die Unsicherheit für die Verkehrsteilnehmenden nähme zu. Es wäre eine grosse Verunsicherung, der Schilderwald würde zunehmen, die Akzeptanz wäre wohl kleiner, wie es der Stadtrat in seiner Antwort auch schreibt, was zu mehr Kontrollen führen würde. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab und stellt den **Antrag auf Ablehnung**. Noch kurz zur Vision der SVP-Fraktion. Der Sprechende hat es bereits gesagt: Die SVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen Tempo 30; auf den Hauptstrassen soll aber weiterhin Tempo 50 gelten. Deshalb hat die Junge SVP auch die Anti-Stau-Initiative lanciert, die u. a. Tempo 30 bekämpft.

Mirjam Landwehr bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche Antwort. Wie in ihr ausgeführt ist, sind Tempo-30-Beschränkungen wirtschaftlich tragbare Massnahmen zur Bekämpfung des Lärms. Zudem zeigt sich auch ein klarer Mehrwert in Bezug auf die Verkehrssicherheit. Mit Blick auf diese Erkenntnis, die in Fachkreisen längstens verbreitet ist, ist es enttäuschend, dass Bemühungen zur Einführung von Tempo-30-Abschnitten auf Kantonsstrassen bisher erfolglos geblieben sind. Die G/JG-Fraktion hofft sehr, dass in dieser Hinsicht beim Kanton jetzt tatsächlich ein Umdenken stattfindet. Es ist Zeit, dass auch der Kanton sich von der vermeintlich leistungsorientierten Verkehrsplanung löst und Hand bietet für die siedlungs- und menschenverträgliche Umwandlung von Strassenschneisen in Lebensräume. Die Ausführungen des Stadtrates, wie so eine dauerhafte Einführung von Tempo 30 aus fachlicher und rechtlicher Sicht sinnvoll ist, erscheinen einleuchtend. Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat dafür, dass er sich künftig noch intensiver darum bemüht, speziell auf Strassen, auf denen die Lebensqualität durch Verkehrslärm massiv eingeschränkt ist, eine Tempo-30-Beschränkung zu erreichen.

Marco Baumann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die sehr ausführliche und informative Stellungnahme. Er begründet sehr gut, warum eine generelle Einführung von Tempo 30 in der

Nacht rechtlich nicht möglich ist. Tempo 30 ist auch nicht auf allen Strecken und Strassenabschnitten gleich sinnvoll. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion den Stadtrat in seinen Aussagen, dass jeweils die Eignung und Notwendigkeit auf gewissen Streckenabschnitten geprüft werden soll, wenn es sich fachlich oder rechtlich aufdrängt. Wenn nötig, soll es auch mit dem Kanton koordiniert werden, so, wie es jetzt schon gehandhabt wird. Es kann nicht das Ziel sein, flächendeckend Tempo 30 zu erreichen, wie es die SP/JUSO-Fraktion ideologisch vorantreiben will. Das Ziel muss sein, Strassenabschnitte dort zu optimieren, wo Probleme aufgrund von Lärm oder fehlender Verkehrssicherheit vorherrschen. Weil der Stadtrat das aber bereits so umsetzt, ist das Postulat nicht nötig. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat deshalb ab.

Daniel Lütolf: Die GLP-Fraktion bedankt sich für die ausführliche Antwort. Auch der Sprechende hat relativ viel gelernt. Seitens SVP-Fraktion erstaunt ihn etwas, dass sie in den Quartieren Tempo 30 offenbar durchaus als diskussionswürdig und sinnvoll erachtet. Der Sprechende erinnert daran, dass die Neustadt und der Maihof auch Quartiere sind und dass es insgesamt ganz viele Quartiere in der Stadt gibt. Scheinbar hat man die gleiche Meinung und kann Tempo 30 in diesen Quartieren einführen. Der Sprechende will nicht viel länger reden, er erwähnt nur noch ganz kurz: Lausanne zeigt eindrücklich, dass eine massive Lärmreduktion, hohe Sicherheit und eine spürbare Erhöhung der Lebensqualität dazu geführt haben, dass über 33'000 Menschen bei der Evaluation des Testprojekts ein «Daumen hoch» abgaben. Es gibt kein echtes Argument, welches dagegen spricht, Tempo 30 in der Stadt Luzern einzuführen. Natürlich ist es auch die Vision der GLP-Fraktion, das nicht nur in der Nacht zu tun. Man kann es durchaus 24 Stunden pro Tag machen. Die GLP-Fraktion ist der Überzeugung, dass es in Luzern genauso erfolgreich umgesetzt werden könnte wie in Lausanne oder Zürich. Der Sprechende wohnte sehr lange in der Neustadt an der Winkelriedstrasse. Was man auf jeden Fall erreichen würde mit einer Tempo-30-Limitierung ist, dass man den pubertierenden, meist männlichen Autofahrern mit einem dezenten Selbstwertgefühl Einhalt gebieten könnte. Das Leergasfahren vor den Clubs ist etwas komisch. Langer Rede kurzer Sinn: Die GLP-Fraktion ist einverstanden mit der teilweisen Entgegennahme, es liegt ihr aber wirklich am Herzen, dass der Stadtrat gegenüber dem Kanton Druck aufsetzt und diesen erhöht.

Roger Sonderegger: Manchmal lohnt sich ein kurzer Blick in die Geschichtsbücher. Dem Sprechenden kam die Forderung irgendwie bekannt vor. Er blätterte nach – das geht wunderbar in der Datenbank des Grossen Stadtrates – und fand das Postulat vom 19. März 2012 mit dem Titel «Darf's ein bisschen ruhiger sein? Flächendeckend Tempo 30 nachts», eingereicht von Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion. Der Stadtrat wollte das Postulat annehmen, der Grosse Stadtrat lehnte es im Herbst 2012 ab. Es ist ein bisschen wie mit der Mode: Man muss das Gleiche zweimal sagen, damit man recht bekommt, oder das Anliegen noch einmal im richtigen Moment hervorholen. Vielleicht ist jetzt so ein richtiger Moment. Die Zeiten beim Tempo 30 haben sich weiterentwickelt; die Antworten hingegen sind relativ ähnlich geblieben: Es ist lärmtechnisch günstig und sinnvoll, es ist sicherheitsmässig zielführend, es ist schon überall auf den Gemeindestrassen umgesetzt, und es ist schwierig, das beim Kanton durchzusetzen. Letzteres ist in Bewegung, wahrscheinlich sind die meisten froh darüber. Wenn man den Begriff «flächendeckend» etwas weiterdenkt, würde das bedeuten, dass Tempo 30 dort wäre, wo der Sprechende im Alltag unterwegs ist, nicht nur in der Neustadt, sondern auch auf

der Ruopigenstrasse, auf der Thorenbergstrasse, auf der heute Tempo 80 gilt. Es wäre auch auf der westlichen Bergstrasse, auf der heute ebenfalls Tempo 80 gilt. Das sind Sorgenbeispiele, der Sprechende bringt sie, um an extremen Beispielen zu illustrieren, dass es keine sinnvolle Strategie sein kann, überall Tempo 30 einzuführen. Der Sprechende ist sehr froh und findet es wohltuend, dass der Stadtrat die Aussage des Bundesgerichts anführt: «Flächendeckend geht nicht». Die Vision der SP/JUSO-Fraktion ist nur schon vor dem Hintergrund der aktuell gültigen Rechtslage akut gefährdet. Flächendeckend geht nicht, es ist immer eine Einzelfallbetrachtung nötig und ein Gutachten, das aufzeigt, dass die Einführung von Tempo 30 genau auf diesem Strassenabschnitt ziel führend ist. Die CVP-Fraktion hält es mit der etwas nüchterneren Auslegung des Stadtrates: Tempo 30 Ja, aber nur da, wo es im Einzelfall klug ist, und dann 24 Stunden, am Tag und in der Nacht. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb mehrheitlich die teilweise Entgegennahme des Postulats im Sinne des Stadtrates.

Nico van der Heiden bedankt sich für die mehrheitlich gute Aufnahme der teilweisen Entgegennahme. Roger Sonderegger hat recht: Steter Tropfen höhlt den Boliden. Gewisse Vorstösse muss man mehrmals bringen, bis sie mehrheitsfähig sind, dann entwickelt sich die Welt weiter. Was heute als Vision wegen dem Bundesgesetz noch unmöglich ist, kann in zehn Jahren anders sein. Man kann streiten, ob Visionen gut sind oder nicht. Es ist dem Sprechenden klar, dass es aktuell noch nicht möglich ist – sagen darf man es trotzdem. Beim Sprecher der FDP-Fraktion hat der Sprechende gestutzt: Er hätte gedacht, dass die FDP-Fraktion zustimmen würde, denn Marco Baumann sagte, dass überall dort, wo Probleme mit Lärm oder mit der Verkehrssicherheit bestehen, Tempo 30 eingeführt werden soll. Die Lärmkarte des Kantons nach Strassenzügen zeigt, dass auf allen Hauptstrassen die Grenzwerte massiv überschritten werden. Der Sprechende ist mit Marco Baumann einverstanden: Überall, wo ein Lärmproblem besteht, wird Tempo 30 eingeführt. Dann ist man ziemlich sicher bei flächendeckend Tempo 30. An Patrick Zibung hat der Sprechende zwei Rückfragen: Er sagte, es gebe legitime Bedürfnisse, die auch gegen Tempo 30 sprechen würden. Der Sprechende fragt sich, welche Bedürfnisse das sind. Patrick Zibung nannte die Hirschmattstrasse als schlechtes Beispiel für Tempo 30. Der Sprechende weiss nicht, wie es den anderen ergeht, aber er hatte sich während des Tempo-50-Regimes immer gefragt, wie man mit dem Auto überhaupt Tempo 50 fahren kann auf einer Strasse, die baulich schon immer für Tempo 30 gemacht war. Wieso ist diese Strasse ein schlechtes Beispiel? Bezüglich der grossen Unsicherheit und dem Schilderwald ist dem Sprechenden in den Sinn gekommen, dass die Stadt Luzern sehr viele nächtliche Fahrverbote hat. Ob sie eingehalten werden oder nicht, ob das vielleicht stärker kontrolliert werden müsste oder nicht, darüber kann man sich streiten. Rein theoretisch würde die Einführung von Tempo 30 aber daran nicht scheitern.

Patrick Zibung nimmt Stellung zu Nico van der Heidens Fragen: Ein grosses Problem bei flächendeckend Tempo 30 ist, dass der öffentliche Verkehr dabei zu den grossen Verlierern gehört. Der ganze Betrieb wird teurer, das weiss man aus dem Kanton Zürich, wo die VBZ eine Erhebung über die Auswirkungen von flächendeckend Tempo 30 gemacht hat. Dem Wissen des Sprechenden nach wurde das auch bei der Hirschmattstrasse diskutiert, als man auf Tempo 30 reduzierte, es wird vermutlich auch bei der vbl ein Thema sein. Grundsätzlich zu sagen, dass es bei den vielen

Schildern auf ein paar mehr nicht mehr ankommt, findet der Sprechende ein etwas seltsames Argument. Dann als Antwort auf den Vorredner aus der GLP-Fraktion: Tempo 30 bezieht die SVP-Fraktion auf die Strassen in den Quartieren, die nicht die übergeordnete Funktion haben, Gebiete miteinander zu verbinden. Auch im ersten Gang bzw. in der Tempo-30-Zone kann man laut fahren, der Sprechende begrüsst das nicht, nennt es aber als Gegenargument. Eine letzte Frage, die im Anschluss auch bilateral geklärt werden kann: Gilt die Vision der SP/JUSO-Fraktion von Tempo 20 und Tempo 30 auch für Velos?

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Bei der Schlusserklärung des Sprechers der FDP-Fraktion hat auch er gestützt. Sein Votum klang lange wie der Vorschlag des Stadtrates, nämlich das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Dieser sagte dann aber, es sei unnötig, man lehne es ab. Das konnte der Sprechende nicht ganz nachvollziehen, es ging ihm ähnlich wie Nico van der Heiden. Zu Roger Sonderegger gewandt, sagt er: Mit Tempo 80 über die westliche Bergstrasse zu fahren, ist wahrscheinlich nicht verantwortungsvoll. Man muss das Tempo den Bedingungen anpassen, diese sind in der Nacht nicht für Tempo 80 gemacht. Das Parlament wird sicher bald wieder über die westliche Bergstrasse in einem anderen Zusammenhang reden. Der Sprechende bittet den Grossen Stadtrat, dem Antrag des Stadtrates zu folgen. Die Romandie macht es tatsächlich manchmal anders und geht forscher an die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit heran. Die Stadt Luzern hat eine etwas andere Kultur, ist etwas genauer auf der rechtlichen Schiene. Das wird sich vielleicht ändern, vielleicht wird sich auch die rechtliche Ausgangslage ändern. Der Stadtrat ist aber überzeugt, dass er den Weg weitergehen will, den er bis jetzt beschritten hat. Da, wo es wirklich notwendig ist, soll Tempo 30 auf Hauptstrassen Tag und Nacht eingeführt werden. Die Stadt Luzern meldete dem Kanton, dass die Bernstrasse und die Baselstrasse aus Verkehrssicherheits- und aus Lärmschutzgründen höchste Priorität haben. Es ist so, wie Nico van der Heiden sagte: Lärmschutz ist ein sehr wichtiges Thema in der Stadt Luzern. Tempoüberschreitungen finden v. a. auf den Hauptstrassen statt, in der Nacht ist die Bevölkerung empfindlicher. Es wäre deshalb nur logisch, Tempo 30 wegen Lärmschutz nachts als ganz wichtige Massnahme einzuführen. Aber auch wegen der Verkehrssicherheit, für die Tempo 30 auf den kritischen Abschnitten sehr viel bringt. In diesem Sinne bittet der Sprechende, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 338 teilweise.

**19 Postulat 330, Marco Baumann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Agnes Keller-Bucher und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion sowie Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 3. Oktober 2019:
Parkplatzlösung für Stadtluzerner Vereine schaffen**

Wurde aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben.

**20 Postulat 376, Mirjam Landwehr und Heidi Rast namens der G/JG-Fraktion
vom 20. Januar 2020:
Schulareale als wichtigen Teil des öffentlichen Raums anerkennen**

Wurde aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach schliesst die heutige Marathonsitzung, in der es nicht viele Pausen gab. Die nächste Sitzung vom 25. Juni 2020 soll wieder Pausen enthalten. Ziel ist, wieder Publikum dabeizuhaben und damit den Weg zur Normalität weiter zu beschreiten. Die kommende Sitzung beinhaltet zwei aussergewöhnliche Tagesordnungspunkte: den Abschluss des Projekts «Blick über den Tellerrand» und die Verabschiedung von elf Kolleginnen und Kollegen auf das Ende der Legislaturperiode. Der bereits organisierte Abschlussanlass an der HSLU in Horw lässt sich coronabedingt nicht realisieren. Über ein alternatives Programm wird der Grosse Stadtrat noch informiert. In der letzten, halbtägigen Sitzung vom 2. Juli 2020 geht es v. a. um Vorstösse und den Geschäftsbericht.

Der Sprechende dankt allen, die zum Gelingen der heutigen Sitzung beigetragen haben: Peter Soland, der mit seinem Team für die Live-Übertragung gesorgt hat, der Stadtverwaltung, die hinter den Kulissen alles sehr gut vorbereitet hat, den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die dazu beigetragen haben, dass trotz der dringlichen Vorstösse lediglich zwei Traktanden vertagt werden mussten.

Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr

Luzern, 21. August 2020

Die Protokollführerin:



Karin Spinnler Schmid

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin

Die Protokollführerin:



Barbara Sabel

Eingesehen von:



Daniel Egli
Stadtschreiberin-Stv.